

Zivilgesellschaftliches Lagebild Antifeminismus 2023

Dokumentation und Analysen der Meldestelle Antifeminismus

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**



Impressum

Herausgeber:

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12

10115 Berlin

Telefon + 49 (0)30. 240 886 10

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Ans Hartmann, H. Beeck, Judith Rahner, Sabine Herberth

Beratung: Lorenz Blumenthaler

Lektorat: Britta Kollberg

Gestaltung: Mandy Münzner

Druck: Druckzone Cottbus

ISBN 978-3-940878-84-7

© Amadeu Antonio Stiftung, 2024



Antifeminismus
begegnen –
Demokratie stärken

Diese Veröffentlichung erscheint im Rahmen des Verbundprojekts „Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken“, das die Amadeu Antonio Stiftung gemeinsam mit dem Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V. durchführt. Sie wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Zugleich möchten wir all unseren Spender*innen danken, die die Arbeit der Stiftung überhaupt erst ermöglichen und mittragen.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Inhalt

Geleitwort Prof.in Dr. Beate Rudolf – 6

Vorwort: Gemeinsam gegen Antifeminismus – 8

1. Kapitel – Grundzüge des Antifeminismus – 12

1.1. Unterscheidung von Misogynie, Sexismus und Antifeminismus – 12

1.2. Antifeminismus: eine vertiefende Betrachtung – 13

2. Kapitel – Erfassung und Dokumentation antifeministischer Vorfälle:

Die Arbeit der Meldestelle kurz vorgestellt – 16

2.1. Wie werden Meldungen erfasst und ausgewertet? – 17

2.2. Datenschutz – 18

2.3. Betroffenenzentrierte Arbeit: Was bietet die Meldestelle den Nutzenden und der Öffentlichkeit? – 19

3. Kapitel – Bericht und Auswertung: Die Meldestelle Antifeminismus 2023 – 21

3.1. Zahlen und Fakten – ein Überblick – 21

3.2. Angreifen, beleidigen und agitieren – eine qualitative Auswertung und Einordnung antifeministischer Vorfälle – 29

3.3. Meldungen zu geschlechtsspezifischer Gewalt, Sexismus und Diskriminierung – 45

3.4. Antifeministische Angriffe auf die Meldestelle – 46

4. Kapitel – Schlaglichter auf aktuelle antifeministische Debatten und Entwicklungen – 48

4.1. „Von einem MdB erwartet man eigentlich mehr Contenance“: Frauenfeindliche und antifeministische Angriffe auf Politikerinnen – 48

4.2. Männlichkeits-Coaches auf TikTok: Antifeminismus in 60 Sekunden – 53

4.3. Gaming, Antifeminismus und „Anti-Wokeness“ – 57

4.4. Antifeminismus als Brücke: Protest-Mobilisierung in Nordsachsen – 61

4.5. Frauen in der extremen Rechten: Strategien und Orte von (Anti-)Feminismus – 65

5. Kapitel – Resilienz gegen Antifeminismus und Frauenhass: Was ist zu tun? – 66

„Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken“ – 68

Quellen – 70

Die Meldestelle Antifeminismus Anlaufstellen, Beratung und Vernetzung, Ressourcen und Literaturempfehlungen – 72

Geleitwort Prof.in Dr. Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ – dieser Satz des ersten Artikels der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 bringt klar zum Ausdruck: Menschenwürde und Menschenrechte stehen allen Menschen gleichermaßen zu. Feminismus, also der – inhaltlich vielfältige – Einsatz für die Gleichstellung von Frauen und Männern, für Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung, zielt mithin auf die Verwirklichung eines zentralen und untrennbaren Bestandteils der Menschenrechte. Das spiegelt sich auch im deutschen Grundgesetz: Es stellt die Menschenwürde, die freie Entfaltung der Persönlichkeit und das Diskriminierungsverbot, einschließlich des Gebots der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, an den Anfang.

Gegen all dies richtet sich Antifeminismus. Er lehnt die menschenrechtliche Gleichheit und Selbstbestimmung jedes Menschen unabhängig vom Geschlecht ab, weist Frauen und Mädchen bestimmte „traditionelle“ Rollen zu, reduziert sie insbesondere auf die reproduktive Funktion, propagiert die Unterordnung von Frauen und Mädchen unter männliche Herrschaft und rechtfertigt Diskriminierung, Belästigung und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen. Antifeminismus ist also eine zutiefst menschenrechtsfeindliche und menschenfeindliche Ideologie, eine Ideologie der Ungleichheit und Abwertung, eine Ideologie, die Hass und Gewalt verbreitet. Antifeminismus ist aber nicht allein eine Ideologie, sondern auch Grundlage für Handlungen, die sich direkt



© DIMR / A. Illing

gegen einzelne Menschen richten. Diese Handlungen sind auch Teil einer politischen Strategie. Menschen, die sich für Geschlechtergleichheit, Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung einsetzen, sollen eingeschüchtert werden. Ziel ist es, diese Menschen aus dem öffentlichen Diskurs zu verdrängen, um damit der antifeministischen Ideologie die Diskurshoheit zu verschaffen und sie sodann zu verwirklichen. Das nunmehr vorliegende erste Zivilgesellschaftliche Lagebild Antifeminismus stellt dar, mit welchen Mitteln dieses Ziel verfolgt wird: mit Drohungen, Gewalt, Desinformation, Rufschädigung, Verletzungen der Privatsphäre, sexualisierten Beleidigungen und Zusendung pornographischer Bilder und Videos. Solche Taten werden oftmals orchestriert, etwa als „Shitstorms“. Sie richten sich insbesondere gegen Politiker*innen, Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen.

Antifeminismus attackiert damit zugleich auch eine Grundvoraussetzung der rechtsstaatlichen Demokratie: den freien – und das bedeutet vor allem: den angstfreien – öffentlichen Diskurs und das Recht jedes Menschen auf Beteiligung an diesem Diskurs. Die Demokratie lebt vom Streit um das bessere Argument; sie wird zerstört, wenn es Beteiligten darum geht, andere mundtot zu machen. Genau das aber ist das Ziel antifeministischer Akteure und Akteurinnen.

Es ist daher auch nicht überraschend, dass antifeministische Überzeugungen zum Kernbestand rechtsextremer Bewegungen und Parteien zählen. Denn diese Bewegungen und Parteien streben ein autoritäres Herrschaftssystem an und lehnen den demokratischen Diskurs ab, da sie behaupten, den „Willen des Volkes“ zu verkörpern. Gerade nationalistische und völkische Bewegungen und Parteien, die rassistische Bevölkerungspolitiken propagieren, etwa die Deportation von Teilen der Bevölkerung, nutzen die antifeministische Beschränkung der Frau auf die Funktion der Gebärerin. Sie sei für den Fortbestand des angeblich bedrohten, rassistisch definierten Volkes erforderlich. Hierbei klingen zugleich auch tradierte Rollenvorstellun-

gen an. Dies ermöglicht es antifeministischen und rechtsextremen Akteuren und Akteurinnen, Brücken in konservative Wählerschichten zu schlagen.

Die Sensibilisierung von Politik und Öffentlichkeit für Antifeminismus, seine Inhalte, sein Vorgehen und seine Gefahr für zentrale Grund- und Menschenrechte und für die rechtsstaatliche Demokratie ist deshalb dringend erforderlich. Ein erster wichtiger Schritt ist es, Antifeminismus als Phänomen zu beschreiben und sichtbar zu machen. Die „Meldestelle Antifeminismus“, auf deren Erkenntnissen das vorliegende Zivilgesellschaftliche Lagebild Antifeminismus beruht, leistet genau das. Das Lagebild zeigt zugleich, wie wichtig zivilgesellschaftliches Monitoring ist.

Zusätzlich zur Sensibilisierung von Politik und Öffentlichkeit für Antifeminismus und seine Gefahren muss der Blick auf die Betroffenen gerichtet werden, auf alle diejenigen, deren Rechte von antifeministischen Akteuren und Akteurinnen verletzt werden. Sie benötigen menschenrechtliche Solidarität und praktische Unterstützung, durch Anlaufstellen, Verweisberatung und tatkräftigen Beistand – durch zivilgesellschaftliche Beratungsstellen und durch alle, die sich an öffentlichen Diskursen, offline wie online, beteiligen. Antifeminismus entgegenzutreten ist unerlässlich, um öffentliche Diskursräume offen zu halten.

Das vorliegende Zivilgesellschaftliche Lagebild Antifeminismus kann nur ein erster Auftakt sein. Ich danke der Amadeu Antonio Stiftung sehr herzlich für die Initiative und hoffe, dass das Lagebild Politik und Zivilgesellschaft befähigt, antifeministische Haltungen und Aktionen zu erkennen, und sie ermutigt, diesen entschieden entgegenzutreten. Denn es geht darum, die Grundlage unserer Verfassungsordnung zu verteidigen: die gleiche Würde und gleichen Rechte aller Menschen, unabhängig vom Geschlecht. ●

*Professorin Dr. Beate Rudolf
Direktorin des Deutschen Instituts
für Menschenrechte*

Gemeinsam gegen Antifeminismus

Kaum ein anderes gesellschaftspolitisches Feld wird derart massiv, aber gleichzeitig unbemerkt angegriffen wie die Gleichstellungs-, Geschlechter- und Familienpolitik. Gegen deren Umsetzung richtet sich der Antifeminismus, eine Weltanschauung sowie (zumeist organisierte) Form von Gegenwehr, die gegen Frauenrechte und die Gleichberechtigung aller Geschlechter kämpft. Antifeminismus ist eine politische Strategie und die Grundlage für Handlungen. Er wendet sich in Wort und Tat gegen Frauen und LGBTQIA+ oder Einrichtungen und Organisationen, die sich für Gleichstellung, gegen Sexismus oder für die Stärkung geschlechtlicher, körperlicher und sexueller Selbstbestimmung einsetzen.

Bisher fehlten ein systematischer Überblick und ein zivilgesellschaftliches Monitoring, die antifeministische An- und Übergriffe abbilden, um die Öffentlichkeit für die oftmals von ihr unbemerkten Vorfälle sensibilisieren zu können. Seit Februar 2023 können Vorfälle und Betroffenenenerfahrungen aus diesen Bereichen nun an die Meldestelle Antifeminismus übermittelt werden. Als zivilgesellschaftliches Dokumentations- und Unterstützungsnetzwerk will die Meldestelle antifeministische Vorfälle in Deutschland systematisch erfassen und auswerten. Sie hat sich damit zum Ziel gesetzt, die Auswirkungen des breiten gesellschaftlichen Antifeminismus sichtbarer zu machen.

Im vorliegenden Lagebild Antifeminismus widmen wir uns also einer umfassenden Analyse zum Ausmaß und Inhalt der menschenfeind-

lichen, antifeministisch motivierten Angriffe, die in den übermittelten Meldungen deutlich werden. Wir sind beeindruckt, dass das Angebot der Meldestelle von Beginn an auf so viel Resonanz stieß und 2023 bereits 372 Meldungen als antifeministisch eingeordnet sowie insgesamt 814 Meldungen als valide Betroffenenmeldungen dokumentiert werden konnten. Meldungen, die nicht als antifeministisch eingeordnet wurden, beinhalten Schilderungen von Betroffenen aus dem Bereich geschlechtsspezifische Gewalt (211) sowie Vorfälle, die unter der Kategorie Sexismus, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (231) zusammengefasst wurden. Durchschnittlich erreichten uns damit 2,4 Meldungen pro Tag.

Die Arbeit der Meldestelle wurde viel diskutiert. Fehlannahmen und in den Debatten verbreitete Desinformationen über die Ziele der Meldestelle konnten wir mit den Ausführungen zur Arbeitsweise und zur fachlichen Rahmung unseres Vorgehens richtigstellen – und in Teilen selbst als antifeministische Strategien einordnen. Uns ist wichtig: Die Anliegen und Analysen des Monitorings stellen immer die Erfahrungen und Schilderungen Betroffener ins Zentrum. Die Auswertung von Meldungen erfolgt ausschließlich anhand anonymisierter Daten, personenbezogene Daten Dritter werden nicht gespeichert.

Betroffene, die 2023 das Angebot der Meldestelle nutzten, waren u.a. Gleichstellungsbeauftragte und Mitarbeitende von Beratungsstellen, Verbände, NGOs, zivilgesellschaftliche

»Antifeminismus
**ist demokratie-
gefährdend!«**

Initiativen, (feministische) Aktivist*innen, Expert*innen, Fachpersonen aus den Bereichen Gleichstellung, Anti-Diskriminierung und Geschlechterforschung sowie Social Media-Nutzende. Vorfälle ereignen sich häufig im digitalen Raum, aber auch aus jedem Bundesland erreichten uns Meldungen – sie zeigen, dass antifeministische Vorfälle bundesweit und in allen Sphären unserer Gesellschaft geschehen.

Die genauen Zahlen und Fakten sowie tiefergehende inhaltliche Analysen werden ausführlich in Kapitel 3 des Lagebilds dargestellt. Hier werden in einer qualitativen Auswertung zahlreiche Vorfälle konkret geschildert und nach Angriffsdimensionen, wie beispielsweise antifeministisch motivierte Bedrohung, Beleidigung, Sachbeschädigung oder Hate Speech und Mobilisierung, eingeordnet und kontextualisiert. Anschließend widmet sich das Lagebild einer Art „Tiefenbohrung“ zu fünf aktuellen antifeministischen Diskursen und Entwicklungen. Anhand von Monitoring-Daten und Recherchen aus dem Jahr 2023 werden das Ausmaß und die Qualität digitaler Angriffe auf Politiker*innen, die Rolle von Antifeminismus im Gaming, die Verbindung des Phänomens zu Queerfeindlichkeit und seine Verbreitung auf Plattformen wie TikTok in tiefergehenden Analysen beschrieben. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Aneignung feministischer Themen durch die Neue Rechte. Diese Abschnitte geben Einblicke in

die strategische Ausrichtung antifeministischer Akteur*innen und ihre Wirkungen auf die Gesellschaft.

Abschließend zeigt das Lagebild einige konkrete Handlungsmöglichkeiten und Erfordernisse dafür auf, nicht nur auf die Herausforderungen zu reagieren, sondern auch präventiv tätig zu werden. Mit diesem ersten Report möchten wir ein vertieftes Verständnis für die Dringlichkeit der Auseinandersetzung mit Antifeminismus fördern und gleichzeitig Wege der Prävention und Intervention aufzeigen.

Für ihre fachliche Begleitung und wertvollen Rat bedanken wir uns herzlich bei den Mitgliedern des Beirats der Meldestelle Antifeminismus, ebenso wie bei unseren Kolleg*innen, Kooperationspartner*innen und Unterstützer*innen. Wir danken dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die finanzielle Unterstützung des Projekts im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ Nicht zuletzt möchten wir all diejenigen danken, die sich solidarisch für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen, und diejenigen, die das Zusammentragen und Auswerten antifeministischer Vorfälle und unsere Arbeit überhaupt erst möglich machen, indem sie ihre Erfahrungen und ihr Wissen mit uns teilen und sich nicht zum Schweigen bringen lassen. ●

Ihr Team der Meldestelle Antifeminismus

Grundzüge des Antifeminismus

T: Sabine Herberth

Zwischen Fortschritt und Widerstand: Die Dynamik des Antifeminismus

Im Lichte der fortwährenden Diskussionen um Gleichberechtigung und gesellschaftlichen Fortschritt stellt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit Artikel 3 Absatz 2 ein fundamentales Bekenntnis zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen dar. Seit der Erweiterung dieses Artikels im Jahr 1994 um die staatliche Verpflichtung zur Förderung der Gleichberechtigung und der Anerkennung nicht-binärer Geschlechtsidentitäten durch das Bundesverfassungsgericht 2017 sind signifikante Verbesserungen erzielt worden. Trotz Errungenschaften wie der Ehe für alle, der Verschärfung des Sexualstrafrechts oder dem verbesserten Schutz vor sexueller Belästigung bleiben jedoch strukturelle Ungleichheiten bestehen, die Frauen und nicht-binäre Personen nach wie vor benachteiligen.

Gegenbewegungen zu diesen Fortschritten, die sich durch einen neuen, gezielten Widerstand gegen feministische Errungenschaften auszeichnen, haben an Momentum gewonnen. Dieser neue Antifeminismus, der sich explizit den Kampf gegen „Gender“ auf die Fahnen geschrieben hat, steht in direkter Opposition zu den vielfältigen Bemühungen um eine inklusivere und gerechtere Gesellschaft.¹ Die Entwicklungen, die aus der Moderne hervorgehen – gekennzeichnet durch das Aufbrechen traditioneller Strukturen – haben sowohl Freiheiten geschaffen als auch Ängste geweckt. Diese Ängste, wie etwa die vor dem Verlust von Privilegien und vor der Unsicherheit durch Veränderungen, sind oft der Nährboden für Widerstände gegen die Emanzipation.² Solche Widerstände manifestieren sich in verschiedenen Formen. Antifeminismus, in Abgrenzung zu Sexismus und Misogynie, definiert sich durch eine gezielte Opposition gegen feministische Bewegungen und Ziele. Der

Anti-Gender-Diskurs, als eine aktuelle Ausprägung des Antifeminismus, verdeutlicht die anhaltende und sich wandelnde Natur dieser Opposition.

Die Relevanz dieses Themas für die demokratische Zivilgesellschaft kann nicht unterschätzt werden. Antifeminismus, indem er sich gegen die Grundprinzipien von Gleichheit und Gerechtigkeit wendet, bedroht nicht nur die Errungenschaften der feministischen Bewegung, sondern auch die Grundfesten der Demokratie selbst. Durch die Unterminierung von Gleichberechtigung und die Förderung von Ungleichheit fördert Antifeminismus eine gesplante Gesellschaft, in der Diskriminierung und Ungerechtigkeit gedeihen. Dies macht eine kritische Auseinandersetzung mit Antifeminismus und dessen Auswirkungen auf die Demokratie unerlässlich.

1.1. Unterscheidung von Misogynie, Sexismus und Antifeminismus

Im Kontext der anhaltenden Debatten um die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit ist es essenziell, die Begriffe Sexismus, Misogynie und Antifeminismus mit Präzision zu verwenden und voneinander abzugrenzen. Die Differenzierung ermöglicht es uns, die vielschichtigen Herausforderungen innerhalb des Diskurses um Gleichberechtigung adäquat zu adressieren und effektive Strategien zu entwickeln.

Sexismus: Die strukturelle Dimension

Sexismus manifestiert sich als eine allgegenwärtige Diskriminierung, die Personen aufgrund ihres (zugeordneten) Geschlechts und/oder ihrer sexuellen

Orientierung benachteiligt. Er ist tief in gesellschaftlichen Normen und Institutionen verwurzelt und äußert sich alltäglich in einer Vielzahl von Kontexten – von der Arbeitswelt bis zur privaten Sphäre. Sexismus schreibt Geschlechterrollen vor und hierarchisiert sie, was in einer systematischen Bevorzugung von Männern (Patriarchat) und einer Benachteiligung von Frauen und nicht-binären Menschen resultiert. Dennoch können auch Männer unter den negativen Auswirkungen des Sexismus leiden, insbesondere wenn sie von traditionellen Geschlechterstereotypen abweichen.³

Misogynie: Der gezielte Frauenhass

Misogynie, oder Frauenfeindlichkeit, spezifiziert die feindselige Diskriminierung, die sich direkt gegen Frauen und weiblich gelesene Personen richtet. Dieser Begriff, der tief in den feministischen Kämpfen verwurzelt ist, benennt die systematische Abwertung von Weiblichkeit und allem, was traditionell als weiblich betrachtet wird. Misogynie überschreitet dabei oft die Grenzen einfacher Vorurteile und mündet in offene Feindseligkeit. Die Tötung von Frauen wegen ihres Geschlechts oder wegen bestimmter Vorstellungen von Weiblichkeit, bekannt als Femi(ni)zide⁴, verdeutlicht die extreme Gewalt, die aus misogynen Einstellungen resultieren kann.⁵

Antifeminismus: Eine politische Gegenbewegung

Antifeminismus steht für eine explizite Opposition gegen die Ziele und Errungenschaften der feministischen Bewegung. Die Abgrenzung von Antifeminismus zu Sexismus und Misogynie erfolgt entlang der Frage, inwiefern Verhaltensweisen in konkretes politisches oder aktivistisches Handeln münden. Dabei richtet Antifeminismus sich nicht nur gegen spezifische feministische Anliegen, sondern auch gegen das Grundprinzip der Geschlechtergerechtigkeit selbst. Er äußert sich in direkten Angriffen auf feministische Akteur*innen und Ideen und zielt darauf ab, feministische und queere Positionen durch permanente Angriffe aus der Öffentlichkeit zu verdrängen, um gesellschaftlichen Liberalisierungen entgegenzuwirken.⁶

Die Notwendigkeit, diese Begriffe klar voneinander zu trennen, dient nicht nur der analytischen Präzision, sondern hat auch praktische Relevanz im Kampf für

Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung. Die Einordnung von Handlungen und Haltungen innerhalb dieser begrifflichen Kategorien ermöglicht es uns, die jeweils spezifischen Herausforderungen zu identifizieren und gezielt anzugehen.

1.2. Antifeminismus: eine vertiefende Betrachtung

Der Begriff Antifeminismus hat vor allem in der jüngeren Vergangenheit erneut an Bedeutung gewonnen und steht im Zentrum zahlreicher Forschungsarbeiten und gesellschaftlicher Debatten. Der Kampf feministischer Bewegungen zielt darauf ab, misogynen und sexistischen Strukturen zu überwinden. Demgegenüber steht der Antifeminismus, der genau diese Bemühungen bekämpft, um bestehende patriarchale Strukturen zu erhalten.

Definition von Antifeminismus

Antifeminismus manifestiert sich als organisiertes Vorgehen und politische Strategie. Er repräsentiert eine Weltanschauung oder Ideologie, die sich gegen Feminismus, feministische Anliegen und Emanzipationsbewegungen richtet. Diese Ideologie ist dynamisch und passt sich zeitgenössischen Kontexten an, als Reaktion auf spezifische Auseinandersetzungen rund um Geschlecht und Sexualität. Zu den Kernaspekten antifeministischer Politik gehören die Ablehnung von Geschlechtergerechtigkeit, der Kampf gegen Feminismus und gegen geschlechtliche und sexuelle Selbstbestimmung sowie die Zurückweisung der Diversität von Lebensentwürfen. Dies schließt die Ablehnung von Frauen- und Geschlechterforschung und der Gleichberechtigung von LGBTQIA+-Personen mit ein.⁷

Angriffsziele und Betroffene

Antifeminismus nimmt verschiedene Ziele ins Visier, die von Individuen über Gruppierungen bis hin zu institutionellen Organisationen reichen, die sich durch ihr Enga-

gement für Gleichberechtigung und den Kampf gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung auszeichnen. Im Kern stehen folgende Betroffene im Fokus antifeministischer Aktivitäten:⁸

1. Individuen: Zu dieser Kategorie zählen Personen des öffentlichen Lebens, wie Politiker*innen, Aktivist*innen, Forscher*innen, Journalist*innen und andere, die sich für feministische Belange, Gleichberechtigung sowie gegen Sexismus und Frauenfeindlichkeit einsetzen.

2. Gruppen: Antifeminismus richtet sich auch gegen kollektive Zusammenschlüsse, die feministische Werte fördern oder unterstützen. Darunter fallen Frauennetzwerke, LGBTQIA+-Verbände und andere Gruppierungen oder Organisationen, die sich dem Kampf für Geschlechtergerechtigkeit und der Bekämpfung von Diskriminierung widmen.

3. Organisationen: Zu den Zielen gehören ebenfalls Einrichtungen, die sich der Umsetzung von Gleichstellungspolitik verschrieben haben. Dazu zählen unter anderem Gleichstellungsbeauftragte, Frauenhäuser, Anlaufstellen für Gewaltopfer und akademische Institutionen, die sich mit Geschlechterforschung befassen.

4. Diskurse: Nicht zuletzt wendet sich Antifeminismus gegen den feministischen Diskurs an sich, also gegen die Prinzipien, Überzeugungen und Forderungen, die Gleichberechtigung, den Kampf gegen Sexismus und die Anerkennung vielfältiger Lebensweisen vorantreiben wollen. Dies schließt die Ablehnung von Gender-Studien, die Kritik an der Gender-Mainstreaming-Praxis und die Gegnerschaft zu Maßnahmen zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit ein.

Akteur*innen

Antifeministische Akteur*innen bilden ein breites und heterogenes Spektrum, das sich über verschiedene gesellschaftliche, politische, religiöse, akademische und mediale Bereiche erstreckt. Sie können individuell oder als Teil von Gruppen, Organisationen oder Bewegungen agieren. Zu den Hauptakteur*innen und Strömungen im Bereich des Antifeminismus gehören:

1. Extrem rechte Organisationen und Bewegungen: Diese Gruppen lehnen Feminismus oft als Teil einer ver-

meintlichen kulturellen oder politischen „Dekadenz“ ab und setzen sich für traditionalistische und rückwärtsge wandte Geschlechterrollen und patriarchale Strukturen ein, die Frauen und geschlechtliche Minderheiten als minderwertig verstehen.⁹

2. Incels (Involuntary Celibates): Eine Online-Subkultur von überwiegend jungen Männern, die sich unfreiwillig zölibatär fühlen und ihre Situation teilweise Frauen und feministischen Bewegungen anlasten, was sich in frauenfeindlichen und antifeministischen Haltungen äußert.¹⁰

3. Religiöser Fundamentalismus: Anhänger*innen verschiedener Religionen mit einem dogmatischen Religionsverständnis, die strikte traditionalistische Geschlechterrollen befürworten und sich gegen Bestrebungen nach Gleichberechtigung sowie gegen die Anerkennung von LGBTQIA+-Rechten stellen.¹¹

4. Politische Akteur*innen und Parteien: Einige politische Kräfte, insbesondere aus dem rechtskonservativen bis rechtsextremen Spektrum, nutzen antifeministische Rhetorik, um sich gegen progressive Geschlechterpolitik und Feminismus zu positionieren.¹²

5. Akademische und mediale Stimmen: Einzelne Akademiker*innen, Kommentator*innen und Medienschaffende, die feministische Theorien und Praktiken kritisieren und antifeministische Narrative verbreiten. Häufig unter Berufung auf die Meinungsfreiheit und die Verteidigung traditioneller Werte.¹³

6. Männerrechtsaktivisten: Gruppen und Individuen, die behaupten, dass Männer durch feministische Bewegungen und Politiken benachteiligt werden, und die gegen vermeintliche Ungerechtigkeiten im Familienrecht, Bildungssystem und anderen Bereichen kämpfen.¹⁴

Trotz ihrer Diversität eint diese Akteur*innen das gemeinsame Ziel, Gleichstellung zu bekämpfen und zu untergraben sowie ewiggestrige Geschlechterrollen und -hierarchien zu bewahren oder wiederherzustellen.

Die Brückenfunktion von Antifeminismus

Antifeminismus dient als eine Art Brückenideologie, die es ermöglicht, verschiedenste Gruppen mit ansonsten divergierenden Interessen unter einem gemeinsamen

Banner zu vereinen. Diese Brückenfunktion erklärt, wie antifeministische Narrative es schaffen, Unterstützung weit über die Kerngruppen hinaus zu mobilisieren.¹⁵

1. Zwischen extremen und moderaten Positionen: Antifeministische Themen und Rhetoriken finden Anklang in einem breiten Spektrum, das von gemäßigten bis hin zu extremen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen reicht. Sie ermöglichen es, Menschen und Gruppen mit unterschiedlichen Überzeugungen zu verbinden, die sich in ihrer Ablehnung feministischer Ziele einig sind.

2. Scharnierfunktion in die Mitte der Gesellschaft: Durch die relativ breite Akzeptanz antifeministischer Positionen in Teilen der Gesellschaft können rechts-populistische und rechtsextreme Akteur*innen ihre Ideologien in die Mitte der Gesellschaft tragen. Antifeminismus wird somit zu einem Wegbereiter für weitere menschenfeindliche Einstellungen und Politiken.

3. Überschneidungen mit anderen Ideologien: Antifeminismus zeigt signifikante Überschneidungen mit anderen Ungleichheitsideologien wie Rassismus, Homophobie, Transphobie und Antisemitismus. Diese Intersektionalität verstärkt die Brückenfunktion, da sie unterschiedliche Vorurteile und Diskriminierungsformen unter einem Dach vereint.

Abschließend ist festzuhalten, dass nicht jede Kritik am Feminismus als antifeministisch zu bewerten ist. Feminismus ist ein dynamischer Prozess, der sich kontinuierlich entwickelt und sich mit dem Kampf für Menschenrechte und gegen Diskriminierung verbindet. Die steigende antifeministische und frauenverachtende Stimmung in der Gesellschaft stellt jedoch eine demokratiegefährdende Entwicklung dar, die es zu erkennen, zu benennen und entschieden zu bekämpfen gilt.¹⁶ ●

»Nicht jede Kritik am
Feminismus ist
antifeministisch!«

Erfassung und Dokumentation antifeministischer Vorfälle: Die Arbeit der Meldestelle kurz vorgestellt

T: Ans Hartmann

Die „Meldestelle Antifeminismus“ als zivilgesellschaftliches Dokumentations- und Unterstützungsnetzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, die Auswirkungen des breiten gesellschaftlichen Antifeminismus sichtbar zu machen. Wie sehen antifeministische Angriffe in Deutschland aus? Wer ist betroffen und in welcher Form? Der Blick auf die Erfahrungen von Betroffenen kann im Zusammenhang mit dem Angebot, antifeministische Vorfälle systematisch zu erfassen, Antworten liefern. Dafür können antifeministische Angriffe und individuelle Erfahrungen von betroffenen Einzelpersonen wie auch von Organisationen, Verbänden u.ä. auf der Webseite antifeminismus-melden.de übermittelt werden. Die Meldungen werden für weiterführende inhaltliche Auseinandersetzungen mit dem Thema Antifeminismus dokumentiert und aufbereitet. Grundlage für die Dokumentation und eine Einordnung als „antifeministischer Vorfall“ sind ausschließlich die eingehenden Schilderungen und Informationen und deren Auswertung.

Die Arbeit der Meldestelle Antifeminismus wird gerahmt durch die langjährigen Erfahrungen der Amadeu Antonio Stiftung im Themenfeld, einen begleitenden Fachbeirat sowie ein breit aufgestelltes Monitoring und umfangreiche Recherche-Expertise zu unterschiedlichen Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit.

Was können die Auswertung und Dokumentation leisten?

Die gemeldeten Fälle und übermittelten Daten ersetzen keine polizeilichen Erfassungssysteme, repräsentativen Studien oder Betroffenen-Befragungen. Sie sind aber ein wichtiger Baustein, um Erfahrungen von Betroffenen sichtbar zu machen, unterschiedliche Erscheinungsformen von Antifeminismus besser verstehen und einordnen zu können, die Öffentlichkeit für das Phänomen zu sensibilisieren und die Präventionsarbeit voranzubringen.

2.1. Wie werden Meldungen erfasst und ausgewertet?

Die Idee von zivilgesellschaftlichen Melde- und Dokumentationsstellen ist bereits in einigen Bereichen von Hasskriminalität/gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit etabliert. Für den Bereich antifeministischer Vorfälle versteht sich die Meldestelle Antifeminismus seit ihrem Start zum 1. Februar 2023 als bundesweites Angebot.

Alle eingehenden Meldungen werden in mehreren Schritten geprüft, ausgewertet sowie parallel anonymisiert:

a. Einordnung und Prüfung

Was ist eine valide Meldung? Wo sind Falschmeldungen/missbräuchliche Nutzung zu vermuten? Prüfung dahingehend: Ist die Meldung nachvollziehbar? Entspricht sie den Kriterien zur Aufnahme in Dokumentation und Auswertung? Ist die Betroffenenbeschreibung valide bzw. durch Nachfragen bei der meldenden Person verifizierbar sowie durch Hintergrundrecherchen (z.B. Presseartikel) nachzuvollziehen?

b. Übergeordnete Zuordnung und Kategorisierung

Eingehende Meldungen werden nach einem entwickelten Kategoriensystem zugeordnet:

1. antifeministisch
2. geschlechtsspezifische Gewalt
3. Sexismus, Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF), Sonstiges

c. Vertiefende Analysen und Einordnungen

- Inhaltliche Analyse antifeministischer Vorfälle und definitionsgeleitete Zuordnung von Kategorien, z.B. nach Angriffsarten (wie Bedrohung, verbaler Angriff, Online-Kommentar) und Angriffszielen (Einzelpersonen, Berufsgruppen oder Einrichtungen) sowie Sendungsinhalten (Verschwörungsmythen, Gleichstellungspolitik, Rassismus) und hier vor allem Verknüpfungen mit anderen Formen von Ungleichwertigkeitsideologien
- Quantitative Auszählungen nach Angaben zu Bundesland, Ort, online, Beratungsbedarf, „wurde bei der Polizei angezeigt“ sind anhand der Formulare Daten möglich

Wie wird entschieden, ob Vorfälle antifeministisch sind?

Kriterien, deren, zumindest teilweise, Erfüllung für eine Einordnung als antifeministischer Vorfall relevant sind:

- Ist der Vorfall ereignisbezogen?
- Ist er mit einer politischen Botschaft verbunden?
- Ist ein organisiertes Vorgehen zu erkennen?
- Gibt es ein anti-emanzipatorisches Motiv bzw. einen Bezug zu aktuellen Narrativen/Diskursen um Geschlechtergerechtigkeit oder einen Bezug zu antifeministischer Ideologie, Verschwörungsnarrativen u.ä. in diesem Kontext?
- Wird die betroffene Person oder Sache (bei Sachbeschädigung) aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit als Frau, queere Person oder wegen eines Engagements für Gleichberechtigung, Gewaltschutz usw. angegriffen?

Als wesentlich – auch in der Abgrenzung zu anderen Vorfällen und Betroffenen Erfahrungen – erweisen sich dabei die Frage nach dem organisierten Vorgehen, die vorliegenden Informationen zum Anlass/Ort sowie Kontext-Informationen, die eine Zuordnung der Motivation hinter den Angriffen oder bei den Akteur*innen potentiell ermöglichen.

Fachliche Weiterentwicklung der Kriterien und Analyse kategorien

Herausforderungen in der Auswertung können darin bestehen, dass nicht immer alle bzw. ausreichend Kontextinformationen vorhanden sind. In der inhaltlichen Analyse sind aktuell z.B. folgende Beschreibungsebenen antifeministischer Vorfälle relevant: Angriffsziel, Angriffsmodi (dies kann sich auf Vorgehen, Kontext, Anlass beziehen), Inhalte/übermittelte Botschaften und Narrative (siehe hierfür auch Kapitel 3.1. „Zahlen und Fakten – ein Überblick“).

Die Kategorie „antifeministischer Vorfall“ ist also eine aus fachlichen Kriterien abgeleitete Auswertungskategorie, die kontinuierlich weiterentwickelt werden soll.

2.2. Datenschutz

Für die Analysen wird ausschließlich mit entsprechend anonymisierten Daten gearbeitet. Es werden keine Informationen über unbeteiligte Dritte gespeichert. Der Anonymisierung und Löschung potentieller personenbezogener Daten ist ein entsprechendes Verfahren in Zusammenarbeit mit externen und unabhängigen Datenschutzbeauftragten zugrunde gelegt. Die Nutzenden sind dazu aufgerufen, bereits bei der Schilderung des Vorfalls keine Daten von Dritten anzugeben.

Angebote: Beratung, weiterführende Information, Verweis in bundesweite Unterstützungsstrukturen

Bei validen Meldungen, die einen Bedarf an weiterführenden Informationen und/oder den Wunsch nach Beratung angeben, wird mit der betroffenen Person Kontakt aufgenommen. Hierfür wird eine E-Mail-Adresse als Kontaktmöglichkeit abgefragt.

Eine Übermittlung von Meinungen (anderer) ist nicht ausreichend für die Dokumentation als antifeministischer Vorfall!

Die Meldestelle richtet sich an Menschen, die antifeministisch motivierte Angriffe, Bedrohungen und Diskriminierung erfahren oder deren Rechte, Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten durch die Auswirkungen antifeministischer Ideen und Bewegungen eingeschränkt werden.

Für die Einordnung und statistische Erfassung als antifeministischer Vorfall werden Art und Kontext des Vorfalls, ein gewaltvoller, auf Ungleichheitsvorstellungen basierender Gehalt und die schädlichen Auswirkungen der Angriffe auf die Betroffenen berücksichtigt.

Die Dokumentation geschieht als betroffenenorientierte anonymisierte Schilderung. Auch Äußerungen im öffentlichen Diskurs, auf Online-Plattformen usw. können z.B. im Rahmen von fachlichen und wissenschaftlichen Diskussionen als antifeministisch charakterisiert werden und stellen in der Regel erst einmal eine Meinung/Meinungsäußerung dar. Zu einem antifeministischen Vorfall im Sinne der Meldestelle können diese Äußerungen zählen, wenn organisierte kampagnenhafte Elemente, eine gezielte Mobilisierung oder auch eine Feindbildmarkierung damit verbreitet werden. Also bspw. dann, wenn die eigene Plattform-Reichweite genutzt wird, um Tausende User*innen mit frauenfeindlichen sexistischen Aussagen, Bildmontagen oder Falschnachrichten aufzuhetzen, um sexualisierte Drohungen gegen Politikerinnen oder Streamer*innen auszusprechen. Oder wenn ein Dating Coach auf YouTube Tausenden jungen Männern und Jugendlichen beibringt, sexualisierte Gewalt mindestens zu legitimieren, wenn nicht sogar strategisch einzusetzen, weil sie ein naturgegebenes Recht sei.

2.3. Betroffenenzentrierte Arbeit: Was bietet die Meldestelle den Nutzenden und der Öffentlichkeit?

Um ein neues, innovatives zivilgesellschaftliches Monitoring zu Antifeminismus aufzubauen und zu etablieren, wurde umfangreich zum Thema in Veranstaltungen, Workshops und durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert und das Angebot der Meldestelle bekannt gemacht. Auf der Webseite erhalten Nutzende der Meldestelle einen ersten Überblick über das Thema Antifeminismus. Eine Auflistung von möglichen Bereichen und Beispielen antifeministischer Angriffe und Vorfälle soll ihnen eine Idee davon vermitteln, mit welchen Erfahrungen sie sich an die Meldestelle wenden können. Alle gewählten Beispiele sind abgeleitet aus der Praxiserfahrung und Beratungsarbeit der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung und aus der Forschung zu Antifeminismus.

Für die Übermittlung von Erfahrungen mit Angriffen und Gewalt gibt es keine Ausschlusskriterien. Es ist Aufgabe des zivilgesellschaftlichen Monitorings und nicht der betroffenen Person zu analysieren, ob ein Vorfall antifeministisch motiviert ist.

Dieser Ansatz soll die Hemmschwelle senken und verhindern, dass Menschen eigene Erfahrungen nicht mitteilen, weil sie vermuten, sie passten nicht unter eine Überschrift, seien nicht wichtig oder relevant genug. Alle eingehenden Meldungen werden ernstgenommen und nach Verifikation in Auswertungen und Analysen einbezogen. Das gilt auch für solche, die womöglich

nach vorliegenden Kriterien nicht als „antifeministisch“ eingeordnet werden können. In der Praxis zeigt sich mittlerweile, dass es sich dann häufig um Vorfälle bzw. Erfahrungen handelt, die den Kategorien Sexismus/Diskriminierung oder geschlechtsspezifische Gewalt zugeordnet werden können.

Antifeminismus ist mehr als Sexismus

Antifeminismus ist als Begriff und Konzept durchaus noch erklärungsbedürftig, vor allem in der Abgrenzung zu Frauenfeindlichkeit, Sexismus und Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Auch das muss für das Angebot der Meldestelle übersetzt und kommuniziert werden. In der Auswertung und Analyse der Daten bedeutet das außerdem: die Kriterien, nach denen eingehende Meldungen als antifeministisch eingeordnet werden können, zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Bei der zivilgesellschaftlichen Erfassung von Hasskriminalität und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie in der Betroffenen-/Opferberatung ist immer auch maßgeblich, wie Betroffene die erlebte Gewalt bzw. die Angriffe einordnen. Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, dass Antifeminismus im Unterschied zu anderen Formen von Ideologien der Ungleichwertigkeit im öffentlichen Bewusstsein noch nicht breit bekannt ist und sich zudem nicht allein auf (zugeschriebene) Identitätsmerkmale und/oder einzelne Kategorien von Diskriminierung/Hasskriminalität bezieht. Als Charakterisierung trifft Antifeminismus vor allem auch Aussagen darüber, mit welchen Überzeugungen und Ideologien Angriffe motiviert und begründet werden, sowie darüber, welche Weltbilder, Inhalte und Strategien von Kommunikation und politischer

»Jede Meldung
ist wichtig und wird
ernst genommen.«

Mobilisierung diejenigen zugrunde legen, die antifeministisch agieren.

Antifeminismus geht über Sexismus, Misogynie und LGBTQIA+-Feindlichkeit hinaus bzw. kann diese Analysen erweitern. Nicht jeder frauenfeindliche Angriff ist mit Antifeminismus zu erklären und nicht jede sexistische oder queerfeindliche Aussage ausreichend, um ein dahinterstehendes antifeministisches Weltbild zuzuschreiben. Deswegen spielen in der Betrachtung und Auswertung mehrere Ebenen eine Rolle.

Antifeminismus als Strategie

Antifeminismus ist u.a. eine Strategie politischer Akteur*innen. Sie setzen dabei auf sexistische, frauenfeindliche Einstellungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit. D.h. Antifeminismus kann nicht nur anhand von konkreten antifeministischen Vorfällen und Betroffenenenerfahrungen aufgezeigt werden. Antifeminismus ist jedoch ebenso eine politische Debattenstrategie. Ihre Akteur*innen setzen gleichzeitig auf systematische Einschüchterung und Bedrohung derjenigen, die (nach ihrer Einschätzung und Zuschreibung) für anzugreifende Ziele, Merkmale oder Institutionen stehen. Dabei trägt die gesellschaftliche Verankerung von Sexismus, Misogynie und LGBTQIA+-Feindlichkeit mit dazu bei, dass antifeministische Ideen und antifeministisch motivierte Gewalt dann auch Verbreitung und Legitimation bei Einzelpersonen finden, die nicht zwangsläufig (politisch) organisiert vorgehen.

Trotz dieser Herausforderungen oder gerade ihretwegen ist es sinnvoll und vorteilhaft, die Arbeit der Meldestelle am Begriff „Antifeminismus“ zu orientieren: Er zeigt und kritisiert zugleich die vorhandenen sexistischen, frauenfeindlichen, menschenfeindlichen Einstellungen und vor allem die dadurch legitimierten systematischen Angriffe. Und er verdeutlicht, welche Relevanz diese Einstellungen und die damit verbundenen Weltbilder für demokratiefeindliche Entwicklungen und die damit verbundene Einschränkung von Gleichheit und Teilhabe haben. ●

Bericht und Auswertung: Die Meldestelle

Antifeminismus 2023

T: Ans Hartmann, H. Beeck

3.1. Zahlen und Fakten – ein Überblick

Das Angebot der Meldestelle wurde seit ihrem Start zum 1. Februar 2023 kontinuierlich genutzt. Zum Zeitpunkt der Auswertung (Stand Januar 2024) konnten 814 der eingegangenen Meldungen als valider Vorfall bzw. verifizierte Betroffenen-Meldung dokumentiert werden. **372 dieser Meldungen** wurden als antifeministischer Vorfall eingeordnet. Die anderen Meldungen

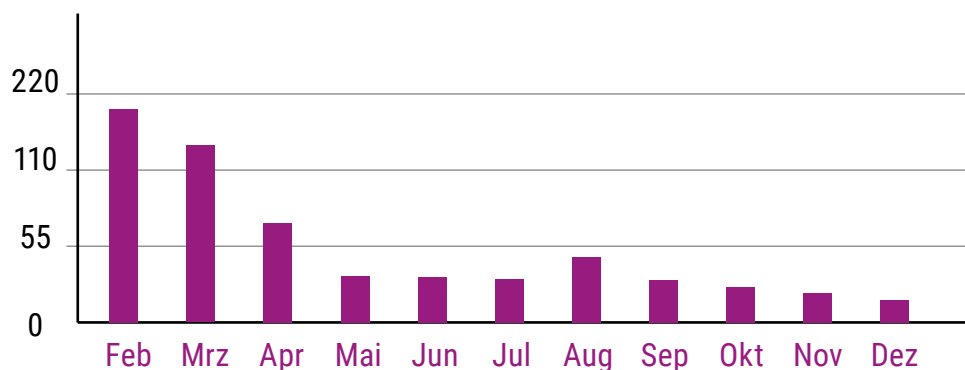
zeigen ein weites Feld an Vorfällen und Schilderungen von Betroffenen aus dem Bereich geschlechtsspezifische Gewalt (211) auf sowie Vorfälle, die zunächst unter der Kategorie Sexismus, Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) (231) zusammengefasst werden.

Der folgende Teil gibt zunächst einen zahlenmäßigen Überblick anhand der grundlegenden Auswertungskategorien.

Übersicht: Kategorien der als valide dokumentierten Meldungen

Antifeminismus	Geschlechtsspezifische Gewalt	Sexismus/Machtmissbrauch/Diskriminierung
→ organisierte (Online-)Angriffe → physische und verbale Angriffe/Bedrohungen → antifeministische Raumnahme on- und offline → institutioneller Antifeminismus → organisierte Angriffe auf Gleichstellungsbeauftragte, Frauenverbände, Politiker*innen, Beratungsstellen → Gehsteigbelästigung, Angriffe auf Beratungsstellen/medizinische Einrichtungen	→ sexualisierte Gewalt → Partnerschaftsgewalt → Belästigung und Übergriffe im öffentlichen Raum → Übergriffe in medizinischen Kontexten	→ Diskriminierung am Arbeitsplatz → sexistische Werbung → Ungleichbehandlung, strukturelle Benachteiligung und Gewalt in Institutionen → Übergriffe im öffentlichen Raum → gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung

Monatlicher Verlauf 2023



Meldungen
gesamt

Wo finden die Vorfälle statt? (regionale Verteilung und online)

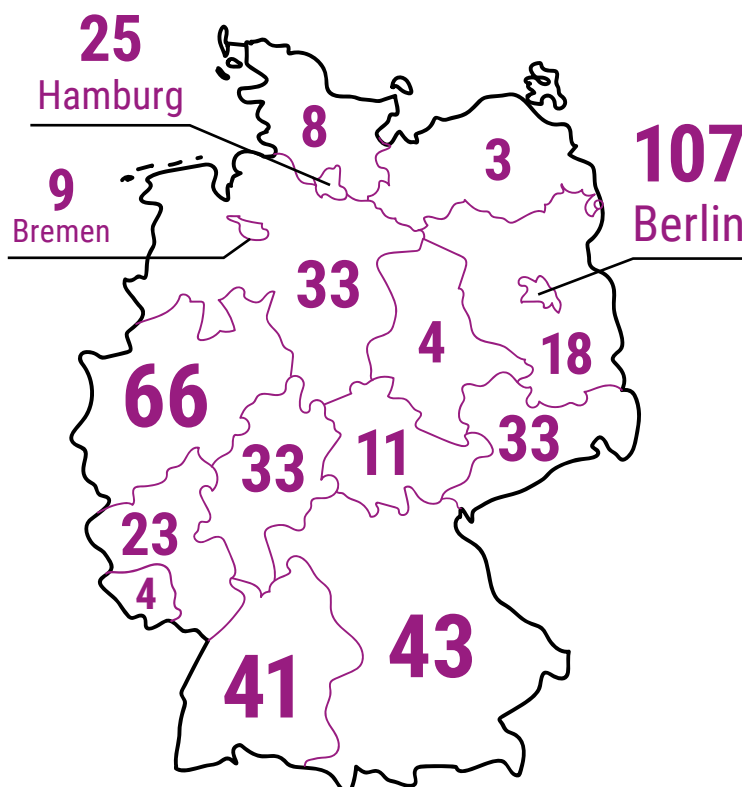
Mit einem Anteil von über einem Drittel (354 von 814) zeigt sich der digitale Raum als äußerst relevant für die erfassten Vorfälle. Zu vermuten ist zum einen, dass die Meldestelle als digitales Angebot für Meldungen, die sich auf den digitalen Raum beziehen, besonders zugänglich ist und potentiell auch besonders von Menschen genutzt wird, die entsprechend aktiv und sensibilisiert sind. Zum anderen dürfte sich darin aber auch die Relevanz digitaler Gewalt und Angriffsformen widerspiegeln – sowie die Rolle digitaler Medien als Raum von Debatten und Ort für die Verbreitung antifeministischer Inhalte.

Es konnten bundesweit Vorfälle dokumentiert werden. In der länderspezifischen Verteilung zeigt sich ein Schwerpunkt auf Berlin und den größeren Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die Verteilung lässt zum jetzigen Zeitpunkt keine direkte Aussage über lokale Unterschiede im Vorkommen antifeministischer Vorfälle zu. U.a. dürften die Zahlen auch davon abhängen, wo das Angebot der Meldestelle bereits bekannt ist und von Personen und Strukturen genutzt wird, die im Bereich Antifeminismus bereits sensibilisiert sind.

Verteilung Vorfälle online und nach Bundesland



antifemini-
stische Vorfälle



Unterstützungsbedarf und Verweisberatung bei knapp jeder 5. Meldung

Durchschnittlich gibt jede*r fünfte Nutzer*in im Prozess an, weiterführende Informationen und/oder Beratung zu wünschen. Dieser Anteil zeigt sich relativ konstant im monatlichen Verlauf.

Im Kontext antifeministischer Vorfälle im digitalen Raum wird häufig Bedarf zu Wissen und Unterstützung im Umgang mit organisierten digitalen Angriffen, beim Einordnen von Narrativen oder dem Entfernen und Melden antifeministischer Inhalte auf Plattformen deutlich.

Für Gleichstellungsbeauftragte, politisch Aktive oder Mitarbeitende von Verbänden und NGOs sind antifeministische Angriffe häufig mit der Frage nach der sicheren (beruflichen) Nutzung von Social Media und präventiven digitalen Strategien verbunden. Auch die Gewährleistung der individuellen Sicherheit von Mitarbeitenden und das Sicherheitsmanagement bei Veranstaltungen und in Büroräumen spielt eine Rolle. Um antifeministischen Aussagen vor allem nach Vorfällen im direkten Umfeld besser begegnen zu können, wird ein Bedarf an niedrigschwelligen Informationen und Argumentationsgrundlagen formuliert.

Auch im Bereich geschlechtsspezifische Gewalt wird sehr großer Bedarf an Unterstützung deutlich. Häufig kann hier an lokale Fachberatungsstellen verwiesen werden.

Betroffene, die Vorfälle von Diskriminierung/Benachteiligung im medizinischen Bereich, im Kontakt mit Behörden oder in Beruf und Ausbildung schildern, geben ebenfalls verhältnismäßig häufiger an, weiterführende Informationen und Unterstützung zu wünschen.

Bezüge zu extrem rechter Ideologie bzw. extrem rechten Akteur*innen und eine entsprechende Verweisberatung an die Mobile Beratung vor Ort werden vor allem bei Meldungen zu Angriffen/Belästigungen im öffentlichen Raum relevant. Dies ist auch bei konkreten Bedrohungen im Wohnumfeld der Fall, bspw. beim regelmäßigen Konfrontiert-Sein mit rechtsextremen, antisemitischen, rassistischen, frauenfeindlichen Sprüchen von Nachbarn.

Anzeigen/Meldungen bei der Polizei

Ungefähr für jeden 16. übermittelten Vorfall wird angegeben, dass er auch angezeigt wurde.

Antifeministische Vorfälle 2023 nach Kategorien (Gesamtzahl 372)

Die folgenden Beschreibungen und Auswertungen beziehen sich auf die Meldungen, die als „antifeministischer Vorfall“ eingeordnet wurden.

Wer wendet sich an die Meldestelle als Betroffene:

- Gleichstellungsbeauftragte
- (feministische) Aktivist*innen
- Mitarbeitende von Beratungsstellen
- Verbände, NGOs, zivilgesellschaftliche Initiativen
- Expert*innen, Fachpersonen aus den Bereichen Gleichstellung, Anti-Diskriminierung, Geschlechterforschung
- Schüler*innen, Student*innen
- Social Media-Nutzende, Content Creators
- sensibilisierte Einzelpersonen

Bei den Meldenden zeigt sich eine große Bandbreite. Die Meldestelle wird genutzt von Schüler*innen bis hin zu Rentner*innen, von Armutsbetroffenen bis zu sehr reichen Menschen. Menschen, die von Rassismus, Antisemitismus, Ableismus etc. betroffen sind, thematisieren häufig, dass bei erlebten geschlechtsspezifischen und antifeministischen Angriffen auch andere diskriminierungsspezifische Abwertungen oder Ungleichheitsvorstellungen relevant sind bzw. zwangsläufig damit zusammenhängen. Da nicht alle Betroffenen diese Informationen teilen und sie nicht explizit abgefragt werden, sind keine quantitativen oder für die Gesamtheit der dokumentierten Vorfälle repräsentativen Aussagen möglich.

Die Analyse antifeministischer Vorfälle kann nach verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen. Erste Kategorisierungen von Angriffsformen in Verbindung mit dem Anlass bzw. Kontext des Vorfalls lassen sich für die 2023 erfassten antifeministischen Vorfälle anhand der nachfolgend aufgelisteten Gruppen vornehmen. Für die Darstellung erfolgt nur jeweils eine vorrangige Zuordnung. Nichtsdestotrotz können immer auch mehrere Beschreibungsebenen auf einzelne Vorfälle zutreffen oder nicht ausreichend Kontextinformationen für trenn-

Angriffsmodus/Kontext (N=372)	Vorfälle 2023
Angriffe via Social Media/Vorfälle auf Plattformen/digitale Gewalt	133
verbale Übergriffe/Drohungen im öffentlichen Raum und sozialen Umfeld	37
antifeministische Propaganda	70
Kontext Politik, Angriffe auf Gleichstellungsstellen und Instrumente zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit durch verwaltungsrechtliche Maßnahmen, Mobilisierung in politischen Gremien	20
organisiertes Vorgehen gegen gewaltbetroffene Mütter/Antifeminismus im Kontext von Sorge- und Umgangsrechtsverfahren	13
Angriffe/Bedrohung via E-Mail/Brief/Anruf	15
Sachbeschädigung	16
physische Angriffe	13
institutionelle Barrieren, Benachteiligung, Diskriminierung	22
antifeministische Demonstrationen und Veranstaltungen	13
politische Mobilisierung und Feindbildmarkierung vor allem aus dem extrem rechten oder religiös-fundamentalistischen Spektrum	12
medizinische Vernachlässigung/Gewalt	4
Doxxing	3
Angriff auf technische Infrastruktur	1

Angriffsziel	Vorfälle 2023
Einzelperson(en)	117
zivilgesellschaftliche Institution/Organisation	46
Politiker*innen	28
gesellschaftliche Gruppen als Ganzes	87
staatliche Institutionen	9
Markierung virulenter Themen/Diskurse	64
gezielte strategische Instrumentalisierung von Themen, i.d.R. auch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bzw. marginalisierte Gruppen betreffend (z.B. rassistische Instrumentalisierung des Themas Gewaltschutz)	21

Antifeministische Botschaften, Sendungsinhalte und Zusammenhänge mit Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Die folgende Übersicht nimmt eine Zuordnung der übermittelten Botschaften, verhandelten Themen im Kontext Geschlechtergerechtigkeit und/oder deutlich werdenden menschenfeindlichen, diskriminierenden Vorstellungen und antifeministischen Einstellungen vor (Mehrfachzuordnungen sind enthalten, soweit mehreres zutrifft).

Sendungsinhalt	Anzahl
Frauenfeindlichkeit, Misogynie, Sexismus	167
geschlechtsspezifische Gewalt	92
geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (u.a. Queer- und Transfeindlichkeit)	149
extrem rechte Ideologie	52
explizite Abwertung von Feminist*innen	31
Rassismus	29
Instrumentalisierung von Kinderschutzthemen	26
Sexistische Geschlechterrollen, „Dating Coaching“, „Pick-Up-Strategien“	24

geschlechtergerechte Sprache	23
Sexarbeitsfeindlichkeit	15
Maskulismus/Männerrechte	17
körperliche Selbstbestimmung (Gehsteigbelästigung, Angriffe auf Ärzt*innen und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen)	12
organisierte Väterrechtler, Umgangs-/Sorgerecht	24
NS-Relativierung	13
Verschörungserzählungen	10
Gleichstellung	9
Wissenschaft/Gender Studies	7
Antisemitismus	6
Behindertenfeindlichkeit	5
Ageism/Altersdiskriminierung	1
Incel-Ideologie	2
Zuordnung unsicher	7

Thematische Setzungen im Überblick

Der inhaltlichen Analyse, die sich vor allem mit Kategorien von Hasskriminalität beschäftigt, soll an dieser Stelle noch ein kurzer Überblick über thematische Setzungen innerhalb der Meldungen vorangestellt werden.

- Gleichstellung, Frauenrechte und das Feindbild Feminismus werden von Betroffenen häufig als Ausgangspunkt von Online-Mobilisierung und antifeministischen Angriffen ausgemacht.
- Die Meldungen machen eindrücklich deutlich: Massenhafte organisierte sexistische, frauen- und queerfeindliche Angriffe verdrängen Betroffene aus digitalen (auch beruflichen) Räumen, führen zu Belastungen und dazu, dass sie sich nicht mehr äußern bzw. nicht mehr aktiv sind.

- Wesentliches Instrument antifeministischer Angriffe und Bedrohungslagen sind Formen geschlechtsspezifischer, vor allem digitaler Gewalt wie z.B. sexualisierte Belästigung, sog. „Dick Pics“, Vergewaltigungs- und Mordandrohungen oder spezifisches Doxxing (also das gezielte Sammeln und Veröffentlichen privater Informationen, meist der Wohnadresse, was häufig zu einer massiven Gefährdungslage führt).
- Es gibt zahlreiche Meldungen zu Online-Beiträgen, die zu Gewalt gegen Frauen aufrufen (teilweise sehr explizit, teilweise verkleidet als „Dating Coaching“).
- Verbale Übergriffe im öffentlichen Raum verweisen überwiegend auch auf extrem rechte Ideologie und eine Verknüpfung mit rassistischen, antisemitischen Narrativen oder explizit queerfeindliche Motivlagen.

- Meldungen von i.d.R. gewaltbetroffenen Müttern bezüglich gerichtlich angeordneter Umgangs- und Sorgerechtsregelungen trotz Gewalterfahrungen in der Partnerschaft werden in der Auswertung sichtbar, sind aber vor allem auch in den ergänzenden Anfragen an die Meldestelle sehr präsent.
- Auffallend ist die Anzahl von Meldungen zu Angriffen auf queere Symboliken und queeres Leben als Ganzes. Zahlreiche Regenbogenflaggen, darunter viele, die offiziell von Gemeinden und Institutionen aufgehängt worden waren, wurden 2023 zerstört, verbrannt, mit Sprengsätzen beworfen und sogar durch Hakenkreuzflaggen ausgetauscht.
- Organisierte Angriffe gegen Organisationen aus dem Bereich Gleichstellung und Gewaltschutz waren 2023 häufig queer- und transfeindlich motiviert.
- Relevant sind ebenfalls organisierte Angriffe und Belästigungen im Kontext des Themas körperliche Selbstbestimmung und Schwangerschaftsabbruch, sowohl Angriffe gegen Schwangere (Gehsteigbelästigung) als auch gegen Ärzt*innen, Beratungsstellen, als auch in Form von Demonstrationen.

Überblick zum gesamten Dateneingang

Vor allem in den ersten Monaten war zusätzlich eine umfangreiche missbräuchliche Nutzung der Meldestelle festzustellen. Diese äußerte sich in der Übermittlung von Falschmeldungen und diskriminierenden, menschenfeindlichen, teils strafrechtlich relevanten Inhalten sowie Beleidigungen, Bedrohungen oder Diffamierungen mit konkretem Bezug zur Amadeu Antonio Stiftung, der Meldestelle oder zu einzelnen Mitarbeitenden.

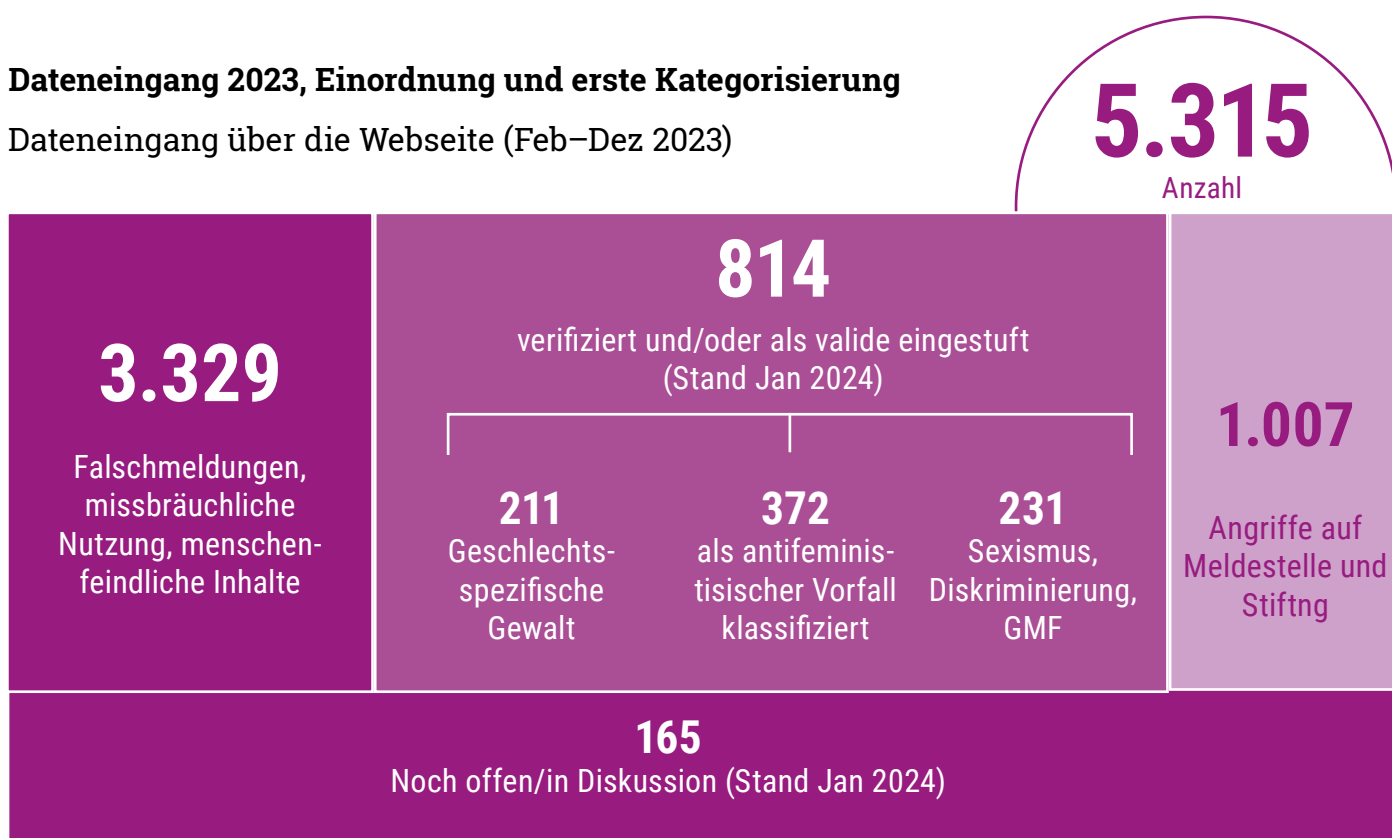
Die eingehenden Daten werden daher zunächst drei übergeordnete Gruppen zugeordnet:

- valide, verifizierbare Meldungen
- Falschmeldungen/missbräuchliche Nutzung
- Angriffe auf die Arbeit der Meldestelle und die Amadeu Antonio Stiftung

Für die zentrale betroffenenorientierte Auswertung sind ausschließlich valide und verifizierbare Meldungen relevant. Eingänge, die keine tatsächlichen Vorfallsschilderungen enthalten oder nicht verlässlich als solche verifiziert werden können, werden nicht als valide Meldung dokumentiert. Zur Beschreibung der Datenlage werden sie dennoch in der Auswertung dargestellt.

Dateneingang 2023, Einordnung und erste Kategorisierung

Dateneingang über die Webseite (Feb–Dez 2023)



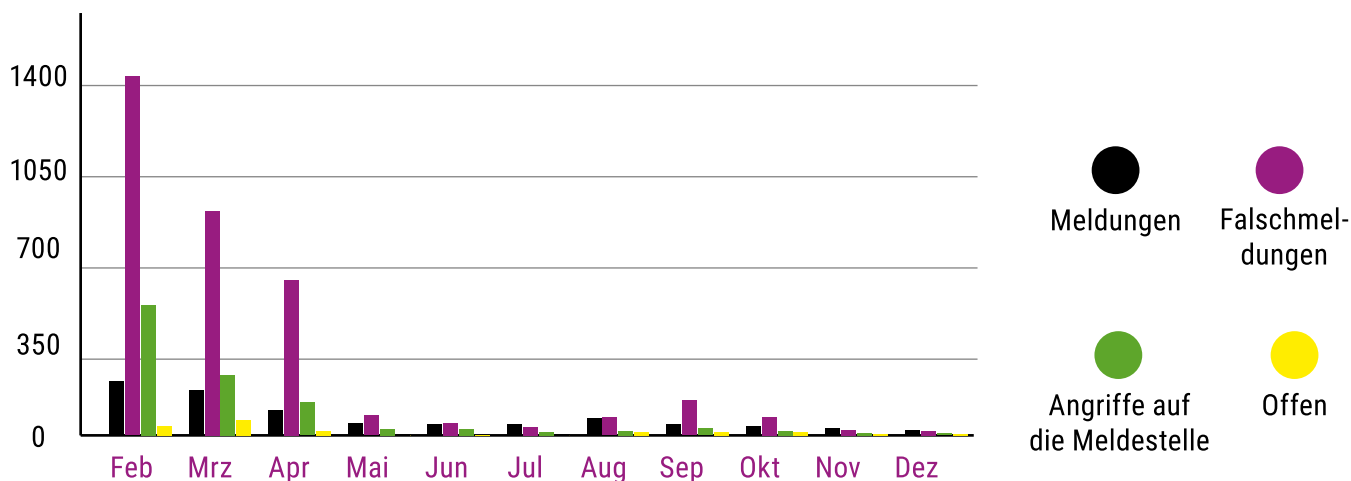
Ein Großteil der Inhalte aus missbräuchlicher Nutzung bedient sich antifeministischer und anderer menschenfeindlicher Motive und trat besonders in den ersten Monaten, u.a. in organisierter Form, auf. Dies verweist nicht zuletzt auf die hohe gesellschaftliche Relevanz des Themas und kann somit zusätzlich der Analyse und Charakterisierung antifeministischer Angriffe dienen (siehe hierzu auch Kapitel 3.4. „Antifeministische Angriffe auf die Meldestelle“).

abgestimmten, Angriffen zu sein. Neben dem großen zahlenmäßigen Anteil solcher Meldungen und der dabei übermittelten Bandbreite an menschenfeindlichen Aussagen und Bedrohungen verweist auch der ungewöhnlich lange Zeitraum, in dem die Meldestelle im Fokus stand, auf das besondere Mobilisierungspotential hinter dem Thema Antifeminismus.

Die massenhaften Falschmeldungen und ihre Inhalte stehen symptomatisch für strategische antifeminis-

Monatlicher Verlauf nach Gruppen

Jahresverlauf 2023, Meldungen und missbräuchliche Nutzung



Der Start der Meldestelle war von hoher öffentlicher Aufmerksamkeit begleitet. Das Thema Antifeminismus konnte erfolgreich und in scheinbar neuer Intensität in die öffentliche Debatte eingebracht werden. Eine breite Zielgruppe konnte erreicht und die Meldestelle als Dokumentations- und Unterstützungsangebot für Betroffene bekannt gemacht werden. Allein in den ersten drei Monaten wurden knapp 500 Meldungen dokumentiert.

Gleichzeitig war die hohe Aufmerksamkeit an einen mehrere Wochen andauernden Hatestorm und eine massive Mobilisierung gegen das Vorhaben geknüpft. Daraus resultierende Angriffe äußerten sich auch im massenhaften Eingehen von Falschmeldungen, Bedrohungen und anderen diskriminierenden, gewaltvollen Inhalten. Die Themen und in der Debatte verbreitete Falschaussagen über die Meldestelle finden sich in einem großen Teil dieser Meldungen wieder. Teilweise schienen spezifische Medienberichte oder Social Media-Posts Ausgangspunkt von zahlreichen, auch

tische Angriffe und Einschüchterungsversuche. Sie werden als Anteil der eingegangenen Meldungen transparent gemacht. Mehrere Angriffe auf die technische Infrastruktur des Projekts in Form von automatisiert übermittelten Meldungen werden nicht in der quantitativen Erfassung berücksichtigt.

Der Rückgang eingehender Meldungen ab Mai 2023 ist u.a. auf das Nachlassen der öffentlichen Präsenz und medialen Besprechung zurückzuführen sowie auf den Umstand, dass die bereits erreichte Zielgruppe in den ersten Wochen auch weit zurückliegende Erfahrungen mitteilte, während sich die regelmäßige Nutzung im weiteren Verlauf des Jahres eher auf aktuellere Vorfälle bezog. Entsprechend den Erfahrungen anderer zivilgesellschaftlicher Meldestellen ist mit einem Anstieg der durchschnittlichen Nutzungszahlen entlang der fortschreitenden Etablierung und Implementierung des Projekts und einer erfolgreichen Weiterentwicklung des Angebots der Meldestelle zu rechnen.

3.2. Angreifen, beleidigen und agitieren – eine qualitative Auswertung und Einordnung antifeministischer Vorfälle

T: Judith Rahner

INHALTSHINWEIS:

In diesem Beitrag werden Fälle von Bedrohungen, körperlicher, sexualisierter Gewalt und Tötungen besprochen. Teilweise werden dabei sexistische, rassistische, antisemitische und behindertenfeindliche Aussagen direkt wiedergegeben.

Im Folgenden werden antifeministische Vorfälle analysiert und eingeordnet, die im Jahr 2023 bei der Meldestelle Antifeminismus gemeldet und dokumentiert wurden. Dafür werden aus den 372 als antifeministisch klassifizierten Fällen exemplarische Vorfälle besprochen und entlang von fünf Dimensionen eingeordnet und kontextualisiert. Darunter fallen Gewalt, Bedrohungen, Beleidigungen, aber auch Sachbeschädigungen, wenn die Umstände des Vorfalls Anhaltspunkte für eine antifeministische Motivation geben, sowie Benachteiligung und antifeministische Mobilisierung.

Antifeminismus und geschlechtsspezifische Gewalt

In Anlehnung an die Istanbul-Konvention, das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ von 2011, hat die deutsche Innenministerkonferenz (IMK) 2021 nach jahrelangen Forderungen aus feministischen Kreisen eine Definition erarbeitet, um die Leerstelle bei der Erfassung geschlechtsspezifischer Gewalt an Frauen besser füllen und diese Straftaten in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) wie auch im Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität (KPM-PMK) aufnehmen zu können. Damit ist eine Grundlage geschaffen, um Statistik, Prävention, Bekämpfungsmaßnahmen und Forschungsarbeit auszubauen.

Unter „geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten“ werden dabei Taten subsumiert, bei denen die Motivation des Täters (zumindest auch) im weiblichen Ge-

schlecht des Opfers begründet liegt. Dies sind strafbare Handlungen, die sich gegen Frauen aufgrund von Vorurteilen gegen das weibliche Geschlecht richten. Die Vorurteile äußern sich dabei in einer ablehnenden Einstellung zur Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter im Sinne des Art. 3 Absatz 2 des Grundgesetzes, bezogen auf die gesamte gesellschaftliche Gruppe der Frauen.¹⁷

Die nachfolgende Analyse ist an diese Definition angelehnt. Sie wird allerdings mit der Definition zu Antifeminismus sehr viel weiter gefasst und fokussiert als zivilgesellschaftliches Monitoring nicht Straftatbestände, sondern zuvörderst die Perspektive der Betroffenen bzw. der meldenden Person. Zudem werden die Vorfälle vor dem Hintergrund eines politischen Moments geschlechtsbasierter Gewalt eingeordnet und beziehen sich überdies auch auf die Aspekte antifeministischer Weltbilder, die über die Kategorie „geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten“ hinausgehen.

Die gemeldeten und hier ausgewerteten Fälle geben keinen repräsentativen Überblick auf Antifeminismus in Deutschland. Vor allem, da die Meldestelle neu etabliert wurde und dementsprechend noch nicht alle Zielgruppen erreicht haben kann. Die qualitative Auswertung ist zudem keine Analyse nach kompletter Datenlage der Meldestelle. So sind die gemeldeten Fälle zu Sexismus und Partnerschaftsgewalt hier nicht mit eingeflossen und bedürfen einer gesonderten Auswertung. Die Analyse greift aus den validierten antifeministischen Vorfällen exemplarische Fälle auf und ordnet sie ein, um ein strukturiertes Bild geben zu können. Kontextualisiert werden die Vorfälle zudem mit Hintergrundinformationen, Studien oder weiteren Fällen.

Die Kategorisierung der gemeldeten Vorfälle ist natürlich erstmal keine Frage, die für Betroffene prioritär ist. Sie brauchen nach einem antifeministischen Übergriff, bei Bedarf, Zugang zu Unterstützung und professioneller Begleitung. Für die Prävention ist es dennoch wichtig zu verstehen, welche Motivlagen und welcher gesellschaftliche Nährboden antifeministische Vorfälle begünstigen, um potentiell Betroffene besser zu schützen.

Fünf Angriffsdimensionen vom antifeministischen Hass, Hetze und Mobilisierung

Die gemeldeten Fälle von Antifeminismus sind in der folgenden Analyse in fünf Dimensionen unterteilt:

(1) Antifeministisch motivierte physische Gewalt sind körperliche Angriffe, in denen die Betroffenen keine bis schwerwiegende körperliche Folgen davontragen oder sogar ihr Leben verlieren. Darunter sind auch Versuche zu Angriffen subsumiert.

(2) Antifeministisch motivierte Bedrohung liegt dann vor, wenn jemand vorsätzlich mit einer rechtswidrigen Straftat bedroht wird (vgl. § 241 StGB). Drohungen können beispielsweise sein: „Ich bring Dich um!“, „ich zerkratze Dein Auto“, „ich mache Dich fertig“ oder „ich vergewaltige Dich!“ Die Androhung von Körperverletzung und Vergewaltigung fällt unter Bedrohung, auch wenn sie als „Scherz“ gemeint war, und auch, wenn sie in der Öffentlichkeit erfolgt (vgl. § 11 Abs. 3 StGB). Fälle, die in diese Dimension eingeordnet werden, erfüllen nicht zwangsläufig den Straftatbestand des § 241 StGB. Erfasst und abgebildet werden auch Fälle, die Bedrohungsdynamiken oder ein Klima der Angst und Verunsicherung erzeugen können – und sollen.

Was ist Antifeminismus?

Antifeminismus ist eine Weltanschauung, ein (zumeist organisierter) Widerstand und äußert sich in Einstellungen und Verhaltensweisen, die gegen die Umsetzung von Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit gerichtet sind. Antifeminismus beschreibt also die Ablehnung oder teilweise organisierte Opposition gegen Frauenrechte und die Gleichberechtigung aller Geschlechter. Antifeminismus ist politische Strategie, Grundlage für Handlungen und wendet sich dann in Wort und Tat gegen Frauen und von LGBTIQ+ oder Einrichtungen und Organisationen, die sich für Gleichstellung, gegen Sexismus oder für die Stärkung geschlechtlicher, körperlicher und sexueller Selbstbestimmung einsetzen.

(3) Antifeministische Diskriminierung ist eine ungerechtfertigte individuelle oder institutionelle Ungleichbehandlung und Benachteiligung aufgrund diskriminierender Wertvorstellungen oder aufgrund (unreflektierter) sexistischer Einstellungen, die sich gegen Frauen und Menschen aus der LGBTQIA+-Community richtet. In Erweiterung zu strukturellem und institutionellen Sexismus sind hier vor allem Fälle beschrieben, in denen die Betroffenen durch organisierte, teils kampagnenartige und öffentliche Diffamierungen Diskriminierung erleben.

(4) Mit antifeministisch motivierter Sachbeschädigung ist die vorsätzliche Beschädigung oder Zerstörung einer im Allgemeinen fremden Sache gemeint, wenn die Sache bzw. der Gegenstand symbolisch für Frauen(rechte) oder geschlechtliche Vielfalt steht oder wenn die Umstände der Tat oder Aussagen der Angreifenden Anhaltspunkte für eine antifeministische Motivation geben.

(5) Als antifeministische Beleidigung, Hate Speech und Agitation werden die Verächtlichmachung und Herabwürdigung Anderer verstanden, wenn dies nicht bedrohend geschieht oder mit Benachteiligungen einhergeht. Beleidigungen, Beschimpfungen und Verleumdungen können nach § 185 ff. StGB eine Straftat darstellen. Beleidigen bedeutet dabei, jemanden mit Worten persönlich zu verletzen, und Beschimpfungen erfolgen durch die Verwendung von Schimpfwörtern, wie „Schlampe“. Unter antifeministischer Agitation wird vor allem die öffentliche Beleidigung oder Beschimpfung einer Person oder Gruppe verstanden, beispielsweise in Kommentarspalten auf Social Media, auf Flyern, Plakaten, Aufklebern oder in Massen-E-Mails.

Die aufgeführten fünf Dimensionen von antifeministischem Hass, Hetze und Agitation sind eine Orientierung und stellen ein Analyseraster dar, um bei der Meldestelle Antifeminismus gemeldete Fälle einordnen und auswerten zu können. Die Analyse und Problematisierung von Antifeminismus ist damit selbstverständlich nicht erschöpft. Die Einordnung der in den Vorfällen sichtbar werdenden antifeministischen Einstellungen vor dem Hintergrund aktueller Debatten wäre bspw. ebenso eine relevante Dimension.

Einige der gemeldeten Fälle erfüllen eindeutig Straftatbestände. Teilweise sind sie bereits bei der Polizei angezeigt oder gerichtlich verhandelt worden. Teilweise

wurden sie von der Presse aufgegriffen, und es wurde darüber berichtet. Andere Fälle sind von Betroffenen aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht worden, und wieder andere liegen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze bzw. im Graubereich. Nicht immer lassen sich Vorfälle und Erfahrungen in Straftatbestände fassen. In den hier aufgeführten Fällen geht es auch nicht um die polizeiliche oder juristische Bewertung und Überprüfung von Straftaten. Das ist nicht Aufgabe eines zivilgesellschaftlichen Monitorings – und vor allem keine Voraussetzung für die Nutzung der Meldestelle. In einem zivilgesellschaftlichen Monitoring geht es vor allem darum nachzuzeichnen, was Menschen erleben und tagtäglich „aushalten“ müssen – auch jenseits von strafbaren Delikten. Es geht zugleich darum, den Nährboden von Hasskriminalität sichtbar zu machen und das Dunkelfeld zu erhellen.

(1) Antifeministisch motivierte physische Gewalt

Neben zahlreichen Meldungen im Bereich geschlechtsspezifische Gewalt und sexualisierte Gewalt sind der Meldestelle insgesamt 12 Fälle antifeministisch motivierter physischer Gewalt und 1 Tötung mit antifeministischen Bezügen gemeldet worden.

Die zwei nachfolgend aufgeführten Beispiele stehen für Angriffe und Gewalt im öffentlichen Raum:

Eine Frau wird am Abend in der Innenstadt plötzlich und ohne Vorwarnung von hinten heftig in den Rücken gestoßen, so dass sie hinfällt und sich Rippenprellungen zuzieht. Der junge Mann, der sie gestoßen hat, spuckt im Vorbeigehen direkt neben der am Boden liegenden Person aus und sagt „Lesbenfotze“. Dann entfernt er sich schnell. Die Betroffene schildert in ihrer Meldung, dass der junge Mann aus ihrem „nicht heteronormativ-weiblichem Aussehen“ geschlossen haben muss, dass sie evtl. lesbisch sein könnte. Eine Anzeige wurde eingestellt, weil der Täter nicht ermittelt werden konnte.

Die Tat wurde von den Sicherheitsbehörden als politisch motivierte Kriminalität (PMK) klassifiziert und unter den neu geschaffenen Kategorien „Hasskriminalität:

frauenfeindlich“ und „sexuelle Orientierung“ erfasst und gespeichert. Sie ist damit auch Teil der öffentlichen Kriminalitätsstatistik.

Eine trans Person wurde am Bahnhof in Berlin von einem unbekannten Täter ins Gesicht geschlagen und getreten. Das Opfer schlug mit dem Hinterkopf auf dem Gehweg auf und erlitt Verletzungen am Kopf. Zuvor habe der Täter die Person bereits fotografiert, ausgelacht und verbal bedroht, teilte die Polizei mit.¹⁸

Beide Fälle sind nur eine Auswahl und reihen sich ein in einen generellen Anstieg registrierter Fälle von Hasskriminalität gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen. Diese Übergriffe werden als antifeministisch eingeordnet, weil die Zeichnung queerer Menschen als Bedrohung, etwa für Frauenrechte oder Kinderschutz, in den letzten Jahren zu einem zentralen Motiv antifeministischer Debatten und ihrer Akteur*innen geworden ist. Die Idee einer natürlich gegebenen bzw. ausschließlich biologisch vorgeschriebenen Ordnung zweier Geschlechter und darauf basierende heteronormative Werte und Lebensvorstellungen sind fest im antifeministischen Weltbild verankert. Besonders wenn queerfeindliche Übergriffe bspw. am Rande von politischen Veranstaltungen, wie CSDs, geschehen oder eine prinzipielle Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt besteht, müssen Kontext und Motivation von Übergriffen eindeutig auch als antifeministisch bezeichnet werden.

Im Jahr 2022 (für 2023 stehen die Veröffentlichungen noch aus) sind im Bereich „sexuelle Orientierung“ 1.005 Straftaten erfasst worden, davon 227 Gewaltdelikte. Im Bereich „geschlechtliche Diversität“ waren es 417 Straftaten, davon 82 Gewalttaten.¹⁹ Ausschluss und Gewalt richten sich überproportional gegen trans Frauen. Hier zeigt sich die Verknüpfung einer Abwertung von Weiblichkeit und Transgeschlechtlichkeit – auch als Transmisogynie bezeichnet.

Gesellschaftliche Debatten können dabei wie Brandbeschleuniger wirken. Im Jahr 2023 ist der Entwurf zum Selbstbestimmungsgesetz heftig und kontrovers diskutiert worden. In diesen Debatten ging es nicht immer um Sorgen und Ängste von Menschen, sondern um teilweise bösartige und diffamierende Behauptungen und Des-

Informationskampagnen, die trans Personen zur Zielscheibe werden ließen. Oft genug sind Hass und Hetze aus dem rechtsextremen Spektrum erfolgt, für die trans Personen als Symbole eines angeblichen Werteverfalls der Gesellschaft stehen. Für rechtsextreme Akteure war Transfeindlichkeit, neben Migration oder Corona, eines der mobilisierungstärksten Themen. Stimmungsmache und kampagnenartige Desinformation über trans Menschen können konkrete Auswirkungen auf deren Leben haben. Dies zeigen auch die Zahlen der Meldestelle. Insgesamt wurden 149 antifeministische Fälle mit einem Bezug zu Feindlichkeit gegenüber geschlechtlicher Vielfalt gemeldet.

Der nächste aufgeführte Fall steht exemplarisch für die Wechselwirkung von Antifeminismus in männlich geprägten Domänen (hier: Militär), den sexistischen Erfahrungen, die Frauen darin erleben, und dem Umgang mit Betroffenen:

Eine Frau meldet, dass sie in ihrer Kaserne von einem Kameraden vergewaltigt wurde. Ein Jahr später habe sie den Vorfall ihrem Vorgesetzten gemeldet und wurde von diesem im Büro zusammengeschrien. Sie wurde aufgefordert, ihre vorzeitige Entlassung zu unterschreiben. Der Täter wurde sehr viel später aus dem Dienst entlassen. „Meine ganze Zeit als Soldatin habe ich Sexismus erlebt, und er wird strukturell in der Bundeswehr verteidigt.“

Bestimmte Gruppen in der Bundeswehr erfahren laut einer Studie von 2020 ein höheres Maß an Diskriminierung und Benachteiligung.²⁰ Vor allem Frauen haben ein höheres Risiko und sind in der Bundeswehr sogar dreimal mehr von Sexismus betroffen als im bundesweiten Arbeitskontext.²¹ Überholte Rollenbilder von soldatischer Männlichkeit, Überlegenheit und Stärke sowie Korpsgeist sind im Militär besonders ausgeprägt und begünstigen Sexismus und Antifeminismus. Sie können der Nährboden für sexualisierte Gewalt, aber auch für andere Formen von Gewalt sein, wie Initiationsriten und Männlichkeitsbeweise.

Der Meldestelle Antifeminismus wurden auch Femizide – also Tötungen von Frauen – gemeldet, von denen ein Fall hier beschrieben und auch als antifeministisch eingeordnet werden soll:

Ein mehrfach wegen Nötigung, Körperverletzungen, Hitlergruß und „Sieg Heil“-Rufen vorbestrafter Mann ist angeklagt, eine Frau, mit der er zuvor Sex hatte, getötet zu haben. Der Körper wurde in Plastiksäcken an einem Fluss versteckt. Der Prozess läuft seit April 2023.

Zum Prozessauftritt behauptet der Angeklagte noch, dass ein „Ali“ die Frau ermordet habe. Hier liegt, v.a. auch mit Blick auf seine Vorstrafen, die Vermutung nahe, dass der Täter auch aufgrund rassistischer Einstellungen den Mord einem migrantischen Mann anhängen wollte. Da er offenbar extrem rechtem Gedankengut anhängt und zudem mit der Tat geprahlt hat, indem er Fotos an Bekannte verschickte, auf dem er mit dem Leichnam der nackten Frau – als Trophäe – posiert, kann dieser Femizid zugleich als antifeministisch eingeordnet werden. Zu vermuten ist, dass sexistische und antifeministische Motive sowie Überlegenheitsdenken gegenüber der Frau als tateskalierend oder möglicherweise sogar tatmotivierend anzusehen sind.²²

Für das Jahr 2022 sind in der neu geschaffenen Kategorie „frauenfeindlich motivierte Hasskriminalität“ insgesamt 206 Fälle aufgeführt, davon 15 Fälle von Gewalt. Zum Vergleich: „männerfeindliche Vorfälle“ insgesamt: 17.²³ Für das Jahr 2023 stehen die Zahlen noch aus. Es bleibt abzuwarten, ob Sicherheitsbehörden die politische Dimension Frauenhass des obigen Falls ebenfalls berücksichtigen und den Fall entsprechend klassifizieren.

(2) Antifeministisch motivierte Bedrohungen

Bedrohungen machen einen großen Teil der gemeldeten Fälle aus. Einige Gruppen von Frauen, zum Beispiel junge Frauen, Politikerinnen, Journalistinnen oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, sind besonders Ziele antifeministischer Bedrohungen. Wenn sie von Rassismus betroffen oder queer sind, sind Bedrohungen besonders massiv.

Gegen politisch Engagierte

28 der eingegangenen Meldungen kamen von Politikerinnen bzw. von Zeug*innen, die Bedrohungen und Beleidigungen gegen Politikerinnen beobachtet haben:

Eine Landespolitikerin erhält einen beleidigenden Drohbrief, dem eine Revolverpatrone beigelegt ist. Neben der Patrone finden sich in dem Brief die Worte „Jetzt bist du tot“. Der Staatsschutz des Landeskriminalamtes ermittelt.

Vor allem Frauen, die sich öffentlich gegen Sexismus, Rassismus, Antisemitismus positionieren oder für Geflüchtete oder Klimaschutz eintreten, werden teilweise mit massiven Hasskommentaren im digitalen Raum konfrontiert.²⁴

Eine Politikerin veröffentlicht ein Buch über die tägliche Gewalt im Internet, der sie schon seit langem in Form von sexistischer und rassistischer Hate Speech ausgesetzt ist. Die Veröffentlichung des Buches zieht eine Flut weiterer entsprechender Kommentare nach sich. Ein User auf Twitter schreibt: „Boah, mich regt dieser niedrige IQ von dieser Lebensform so auf.“

Antifeministische und geschlechtsbasierte Gewalt gegen Politiker*innen lässt sich in drei Formen beschreiben: 1. historisch und gegenwärtig als Ausschluss von Frauen aus Politik als männliche Domäne, 2. als sexistische Übergriffe männlicher Kollegen und 3. als Angriffe auf die psychische und physische Integrität als öffentliche Person. Die gemeldeten und hier aufgeführten Fälle beziehen sich auf die letzte Dimension.

Die Landesvorsitzende der Berliner Jusos bekam einen anonymen Drohbrief mit sexistischem und rassistischem Inhalt „Du Schlampe!“ und „Verpisst Dich dort, woher Du kommst!!!“ [Sic!] Der Brief enthielt zudem weißes Pulver. Die betroffene Politikerin hat den Vorfall auf ihrem Twitter-Account publik gemacht.

Deutlich wird in dieser und weiteren Meldungen auch eine Verwobenheit mit anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit, vor allem mit Rassismus, Sexismus sowie Homo- und Transfeindlichkeit. Durch die breite Anschlussfähigkeit des Antifeminismus aufgrund seiner sozialen Akzeptanz besitzt er eine „Scharnierfunktion“²⁵ zu antidemokratischen und rechtsextremen Ideologien

und verbindet sich leicht mit weiteren menschenfeindlichen Einstellungen wie Rassismus oder Muslimfeindlichkeit. Auch NS-Relativierung und Antisemitismus finden sich in den antifeministischen Vorfällen:

Eine Bundestagsabgeordnete mit migrantisches Familienbezügen bekommt auf Facebook die Nachricht: „So was wie Sie gehört in die Gaskammer. Eine Ausländerin in einer Deutschen Regierung, Pfui.“

Unbekannte beschmieren die Eingangstür und Fensterscheiben am Kreistagsbüro einer Bundestagsabgeordneten, die vor allem für ihren Einsatz für Menschenrechte bekannt ist, mit SS-Runen, Hakenkreuz, der Aufschrift „Juden“ und einem Fadenkreuz sowie „Linke Fotzen“.²⁶ Diverse Meldungen sind aufgrund von verwendeten Symboliken, Szenecodes oder anderer Umstände extrem rechten Milieus zuzuordnen.

Die Bürgermeisterin einer Kleinstadt wird im Zusammenhang mit Entscheidungen zum Thema Migration auf Social Media innerhalb der privaten Benutzergruppe mit 3.000 Nutzer*innen bedroht und beleidigt. In einem Post äußert jemand, dass sie dafür „früher an der Laterne gehangen“ hätte. Die User können aufgrund ihres Social Media-Auftritts und ihrer Kleidung der rechtsextremen Szene zugeordnet werden.

Die minderjährige Sprecherin der Jugendorganisation einer Partei wird in neonazistischen und rechtsextremen Schmierereien an Hauswänden um einen öffentlichen Platz ihrer Heimatstadt massiv bedroht. Neben den Drohungen finden sich auch Hakenkreuze und NS-Verherrlichungen unter den Graffiti. Die Betroffene zieht sich daraufhin vorerst von ihrer öffentlichen Arbeit zurück. An die Wände wurde unter anderem „Tod [Name]“ gesprüht, versehen mit einer Figur an einem Galgen. Andere Parolen lauteten „Nazi Kiez“, „Haut ab sonst Tod“ und „[Name] wir kriegen dich“.

Wie heftig die psychische und physische Integrität als öffentliche Person angegriffen wird, zeigt vor allem

der letzte Fall. Die Ziele, Intention und Motivation der Täter*innen – und die Effekte und Auswirkungen von Gewalt – können der Rückzug der Betroffenen aus der Öffentlichkeit sein.²⁷ Politikerinnen sind oftmals von systematischen Formen solcher Einschüchterung betroffen.

Geschlechtsbasierte Gewalt gegen Politikerinnen ist ein weltweites Phänomen. In Deutschland gibt es dazu nur wenige Studien: Von 800 befragten Politikerinnen geben 40 Prozent sexuelle Belästigung an, und 60 Prozent wurden in Sozialen Netzwerken beleidigt und bedroht.²⁸ Bürgermeisterinnen sind in besonderem Maße Beleidigungen und Bedrohungen (76 %) bis hin zu sexueller Belästigung (13 %) ausgesetzt.²⁹ Männliche Politiker sind ebenfalls von Hass und Gewalt betroffen. Sie werden im Unterschied zu ihren Kolleginnen jedoch in ihrer Rolle als Politiker angegriffen. Frauen werden als Politikerin und als Frauen angefeindet und beleidigt. Anfeindungen richten sich gegen Charakter, Kompetenz, Erfolg und Aussehen³⁰ und sind oftmals mit sexualisierter Gewaltandrohung versehen. Der Sexismus im Bundestag hat dabei seit dem Einzug der AfD zugenommen.³¹

Auf Facebook wird ein Beitrag geteilt, auf dem eine prominente deutsche Politikerin zu erkennen ist. Darunter der Kommentar: „Deutsche Panzer rollen wieder, sind zwar fett und doof aber sie rollen“. Das Hass-Posting wurde als frauenfeindlich gelöscht. Eine strafrechtliche Überprüfung nach §188 StGB wird geprüft.

Das Regionalbüro einer Landtagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt wurde erneut angegriffen. Dieses Mal wurde der Briefkasten gesprengt. Dazu „Liebesgrüße“ per Aufkleber.

Die Fälle müssen auch vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Stimmung gesehen werden, die Frauen in der Politik nicht unbedingt unterstützt. So sind in einer repräsentativen Bevölkerungsstudie zu Antifeminismus 23 Prozent der Befragten der Meinung, dass Frauen sich in der Politik häufig lächerlich machten. 2020 lag dieser Wert noch bei 15 Prozent.³²

Gegen Gleichstellungsbeauftragte und frauenpolitische Verbände

Kaum eine andere Berufsgruppe steht qua Auftrag so explizit für die Umsetzung von Gleichstellung und Frauenrechten und damit im Fokus antifeministischer Agitation und Angriffe:

Mehrere Blogs von Männerrechtlern veröffentlichen Beiträge über ein*e Gleichstellungsexpert*in, in denen die Person als Feindbild markiert wird. Darin werden u.a. auch die Privatadresse genannt und ein Porträtfoto gezeigt (Doxxing). Die Kombination aus beidem und die erstarkende militante Maskulinisten-Szene erhöhen ihre Angst sowohl vor Online- wie auch vor körperlichen Angriffen. Die Seiten haben kein Impressum, und die Mitglieder kommentieren unter Pseudonymen.

Damit ist eine strafrechtliche Verfolgung kaum möglich, obwohl Doxxing als gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten in das Strafgesetzbuch aufgenommen wurde (§ 126a StGB). Doxxing ist eine Strategie, die häufig und gezielt angewendet wird, um politische Gegner*innen einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.

Gleichstellungsbeauftragte sind Gegenwind, Rechtfertigungsdruck, Geringschätzung und auch Diffamierungen gewohnt und sehen diese teilweise als inhärenten Teil ihrer Arbeit. Kaum ein anderer kommunaler oder behördlicher Tätigkeitsbereich dürfte mit derart vielen Vorurteilen gegen den eigenen Arbeitsauftrag umzugehen haben.³³

Das kommunale Frauen-Gremium einer Partei erhält eine E-Mail mit gewaltvollem Inhalt und einer Morddrohung, in der es u.a. heißt, „es wird Zeit, dass Leuten wie euch endlich der Garaus gemacht wird“. Der Absender ist ihnen bekannt und Mitglied einer anderen Partei. Die Betroffenen haben die Polizei informiert.

Einige Meldungen machen die „Wesensverwandtschaft von antifeministischer und extrem rechter Ideologie“³⁴ besonders deutlich. So wird seit Jahren in extrem rechten Kreisen oder bei Männerrechtlern eine Totalherrschaft der Frauen über die Gesellschaft herbeifantasiert. Beispielsweise werden die Bemühungen, Benachteiligungen von Frauen weiter abzubauen, als „Gleichstellungstotalitarismus diffamiert“. Auch Begriffe wie „Feminat“ oder „Feminazis“ und die Gleichsetzung von Feminismus mit Faschismus sind Versuche, Emanzipation und Gleichstellung verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung das Bild einer Feministin zu kreieren, die mit totalitärem Eifer die Gesellschaft, Familie oder den Mann zerstöre. In dem Phantasma eines übergroßen Gegners stecken oftmals zugleich antisemitische Verschwörungsmythen. Auch diese finden sich in den Meldungen.

Ein frauenpolitischer Verband veröffentlicht einen Beitrag auf Twitter (jetzt: X) zu einer Veranstaltung über Gleichberechtigung. In den Kommentaren wird dem Verband Faschismus vorgeworfen, und er wird diskriminierend beschimpft. Hinzu kommen Gewaltandrohungen. Einige Accounts sind der Incel- und Männerrechtsszene zu-

zuordnen, die insbesondere auch in Sozialen Netzwerken massiv und gewaltvoll unter Beiträgen kommentieren, in denen es um Gleichstellung, Feminismus oder Gender geht. In den Kommentaren hofft eine Person, dass Männer anfangen, sich zu wehren; andere nutzen Beschimpfungen wie „Missgeburten“, „asoziale Arschlöcher“, „Dreckschweine“ und „asoziale Drecksbande“.

Wenn die Arbeit eines frauenpolitischen Verbands mit Faschismus gleichgesetzt wird, gegen den sich Männer wehren müssten, dann kann darin auch eine Legitimation von Gewalt liegen, denn der Abwehrkampf gegen eine vermeintliche Diktatur – also einen übermächtigen Gegner – heiligt im Zweifelsfall die Mittel.

In den Kommentarspalten tummeln sich ebenfalls Incels („involuntary celibates“), Selbstbezeichnung von Männern und Anhängern einer Internet-Subkultur, die „unfreiwillig enthaltsam“ leben. Schuld daran sind ihrer Ansicht nach Frauen, weil sie die Männer vermeintlich unterdrücken. Die Überzeugungen von Incels sind geprägt von Frauenhass und hegemonialer Männlichkeit.³⁵ Ein Teil der Szene befürwortet Gewalt oder übt Gewalt aus. Vor allem in den USA gehen einige Amoktaten und terroristische Anschläge auf das Konto von Incels, wie beispielsweise der in Isla Vista 2014 mit 6 Toten oder die Amokfahrt in Toronto 2018 mit 10 Toten.

Gegen Journalismus

Auch Journalismus ist Ziel antifeministischer Bedrohungen. Eine Journalistin bekommt Post:

„Tue jedem Deutschen den Gefallen häng Dich auf! [...] Sowas wie Dich sollte man mal richtig erziehen. Fühl Dich angespuckt.“ Die Journalistin macht ihre Zuschriften auf ihrem Twitter-Profil öffentlich, um Menschen zu sensibilisieren.

Die Radikalisierungen der Gesellschaft und die Effekte jahrelanger „Lügenpresse“-Parolen bekommen Journalist*innen bei ihrer Arbeit heftiger zu spüren. Unter dem Hashtag #AusgebranntePresse sind eindrücklich doku-

mentierte Fallgeschichten nachzulesen. Eine Befragung des Council of Europe zeigt, dass 63 % der Journalistinnen mit verbalem Missbrauch konfrontiert sind.³⁶

Eine Journalistin, die häufig Demonstrationen in Sachsen journalistisch begleitet, wird von einem Teilnehmer einer rechtsextremen Kundgebung vor laufender Kamera gefragt, ob sie wisse, wer Walter Lübcke sei. Auf Nachfrage meint der Demonstrant, dass er „nur fragen wolle“, und entfernt sich mit einem Grinsen. Der CDU-Politiker Lübcke wurde 2019 von einem Rechtsextremen erschossen. Die betroffene Journalistin berichtete bereits häufiger von Anfeindungen gegen ihre Person: Ein Rechtsextremer habe herumgefragt, ob jemand sie festhalten könne, damit er sie abstecken könne. Ein Account auf Twitter rief zum Mord an ihr auf und verbreitete ein Foto von ihr. Ohne Begleitschutz kann sie nicht mehr von Demonstrationen berichten.

Besonders heftigen Anfeindungen sind vor allem jene Journalist*innen ausgesetzt, die über Rechtsextremismus, Migration, Klimawandel oder COVID-19 berichten. Von Bedrohungen betroffen sind alle Geschlechter. Frauen trifft es jedoch anders: Ihnen wird erstens die Kompetenz abgesprochen. Zweitens wird ihr Körper herabgewürdigt, und sie werden drittens mit sexualisierter Gewalt bedroht. Frauen werden also in ihrer Profession als Journalistin und als Frau herabgesetzt. Angriffe gegenüber Frauen bestehen oftmals aus sexualisierten Verleumdungen.³⁷

Gegen Wissenschaft

Auch Wissenschaftlerinnen geraten zunehmend in den Fokus von Beleidigungen und Bedrohungen. Angesichts der Aktualität des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine stehen vor allem Frauen im Fokus, die den Krieg erklären – also Expertinnen für Sicherheitspolitik, die lange Zeit eine reine Männerdomäne war. Sie sitzen in Talkshows, Podcasts und Nachrichtensendungen und stoßen dabei auch auf Ablehnung und viel Hass.

Eine Sicherheitsexpertin macht öffentlich, dass sie sexistischen Beleidigungen, sexual-

len Gewaltphantasien und Drohungen ausgesetzt ist. Man schreibt ihr, dass man wisse, wo sie wohnt und wo ihre Kinder zu Schule gehen. Die Betroffene beschreibt, dass sie sich dieses Ausmaß vorher nicht hätte vorstellen können, und macht die Drohungen öffentlich, um Menschen dafür zu sensibilisieren.

Aber auch Wissenschaftlerinnen anderer Disziplinen werden zur Zielscheibe von Hass, vor allem Geschlechterforscherinnen und jene, die zu Klimawandel oder COVID-19 forschen und sich öffentlich äußern.

Eine bekannte Wissenschaftlerin erhält nach der Verleihung eines Verdienstordens über 1.500 bösartige, teils menschenverachtende Kommentare. Sie selbst macht dies öffentlich und spricht von einer Welle bzw. Kampagne gegen sie.

Gegen Ärzt*innen und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

12 Meldungen fallen konkret in die Kategorie Mobilisierungen gegen Schwangerschaftsabbrüche und Gehsteigbelästigung. Dabei kommt es, wie im folgenden Fall, auch zu Bedrohungen:

Christlich-fundamentalistische Abtreibungsgegner*innen belagern im Ruhrgebiet eine Praxis für Schwangerschaftsabbrüche. Sie protestieren vor der Praxis, halten Gebetsmahnwachen ab, verteilen Flyer, sind der Meinung, „Mein Bauch gehört Gott“, drohen der Ärztin und ihrem Team und ziehen Holocaust-relativierende Vergleiche. Im Aufruf zu der Kundgebung wird die gynäkologische Praxis als „Babocaust-Center“ und „KZ“ bezeichnet. Die Ärztin ist besonders heftigen Anfeindungen ausgesetzt, da sie in der Öffentlichkeit über Abtreibungen aufklärt. Der Protest von Abtreibungsgegner*innen schüchtert viele Ärzt*innen ein.

Die Recherche eines öffentlich-rechtlichen Mediums zeigt, dass Gynäkolog*innen in Schleswig-Holstein zunehmend bedroht werden, wenn sie Schwangerschafts-

»Kein Ort für Anti-feminist*innen«

abbrüche durchführen oder auch nur darüber informieren. Die Bedrohungen erfolgen per E-Mail, Post und Flyer.

Einige der Vorfälle stammen aus dem Milieu der „Lebensschutz“-Bewegung, die sich durch ihre Ablehnung von Abtreibung und Pränataldiagnostik auszeichnet und deren Mitglieder und Inhalte konservativ bis christlich-fundamentalistisch, teils sogar bis extrem rechts geprägt sind. Etwa 60 Vereine sind in Deutschland diesem Milieu zuzuordnen, und sie üben Druck auf politische Gegner*innen, Gleichstellungsbeauftragte, Feministinnen und Ärzt*innen aus.

Wer in Deutschland einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen möchte, ist gesetzlich dazu verpflichtet, sich von einer Beratungsstelle beraten zu lassen. Vor diesen Beratungsstellen stehen teilweise Abtreibungsgegner*innen und Menschen aus der „Lebensschutz“-Bewegung. Sie bedrängen und bedrohen die Beratungsnehmenden, für die das Aufsuchen einer Beratungsstelle und eine Entscheidungsfindung ohnehin mit hohen psychischen Belastungen einhergehen:

Ein Bundesverband berichtet auf X (vormals Twitter), dass christlich-fundamentalistische Abtreibungsgegner*innen regelmäßig

vor einer Tagesklinik für Schwangerschaftsabbrüche protestieren und Klinikpersonal sowie Besucher*innen bedrohen. Durch die Belagerungen soll die Schließung der Einrichtung erzwungen werden.

Im öffentlichen Raum

Zudem gehen Meldungen von Privatpersonen ein, die also nicht wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe angefeindet werden, sondern im öffentlichen Raum Anfeindungen ausgesetzt sind.

Eine Gruppe Männer macht auf offener Straße lautstark rassistische, verschwörungserzählerische und Incel-bezogene Kommentare, u.a. ist von einer „geplanten Umvolkung“ durch Migranten die Rede und davon, dass sie „keine deutschen Frauen mehr abbekämen und dies ein Skandal sei“. Eine Frau, die in der Nähe sitzt, widerspricht ihnen, woraufhin die Männer sie massiv sexistisch beschimpfen und ihr mit Vergewaltigung drohen. Die Betroffene fühlt sich noch lange Zeit nach diesem Vorfall in dieser Gegend nicht sicher.

Eine nichtbinäre transmaskuline Person meldet, dass sie während einer S-Bahn-Fahrt von drei jungen Männern belästigt wurde, die anfangen, laut Witze über Aussehen und Beinbehaarung zu machen. Als die betroffene Person sie höflich darauf hinwies, dass es nicht nett ist, so über Menschen zu reden, rief einer der Beteiligten „Scheiß Feministin“, „kein Mann würde Dich jemals wollen“ und dass die Familie versagt hätte. Zudem sei die Person schuld daran, wenn „das Vaterland und die Familie zugrunde gehen“. Der Mann drohte zudem, dass er sehr unfreundlich werden könne. Keiner der anderen Fahrgäste schritt ein. Kurz darauf stieg die betroffene Person emotional aufgewühlt aus.

Feminismus und Gleichstellung sind nicht nur Frauensache, auch Männer können für Gleichstellung und Emanzipation eintreten. #HeforShe ist beispielsweise eine Kampagne, in der sich Männer für Frauenrechte stark machen. Einige Männer setzen sich für Gleichberechtigung und Feminismus ein, weil sie auch für Männer Vorteile haben. Wenn sie öffentlich dazu Position beziehen, dann können sie jedoch nicht nur zum Ziel hässlicher Kommentare von Freund*innen oder Kolleg*innen werden, sondern auch zum Ziel organisierter antifeministischer Anfeindungen:

Ein Mann meldet, dass er feministische Videos über Sexismus auf einer Social Media-Plattform veröffentlichte. Ein anderer Account mit über 100.000 Follower*innen, der vor allem Clips gegen Gleichberechtigung und Feminismus produziert, veröffentlicht ein Video, in dem er einen Beitrag des Mannes kommentiert. Daraufhin erhält dieser im Minutentakt Bedrohungs- und Hassnachrichten von den Follower*innen des anderen Accounts. Den frauenfeindlichen Kommentaren unter seinen Videos zu widersprechen bzw. diese zu löschen, nimmt sehr viel Zeit ein.

(3) Antifeministische Diskriminierungen

Insgesamt sind 22 Meldungen zu antifeministischer Diskriminierung und institutionellen Barrieren eingegangen. Geschlechtsbasierte Diskriminierung spielt in den Meldungen besonders am Arbeitsplatz eine Rolle. Doch nicht jede strukturelle Diskriminierung ist gleich Anti-

feminismus. Struktureller Sexismus hat viele Gesichter: Frauen mit Kindern, die inoffiziell von Karrieremöglichkeiten ausgeschlossen werden, oder unnötige Bemerkungen über das Äußere von Personen. Frauen, die in Teamsitzungen ignoriert werden oder deren Beiträge man sich angeeignet. Laut einer Befragung des Council of Europe geben 80 % der befragten Frauen an, dass sie mit den Phänomenen „Mansplaining“ (Erklärungen eines Mannes, der davon ausgeht, er wüsste mehr über den Gesprächsgegenstand als die – meist weibliche – Person, mit der er spricht) und „Maninterrupting“ (Unterbrechen einer Frau bei einer Konversation durch einen Mann) bei der Arbeit konfrontiert sind. Auch abfällige Bemerkungen über Männer, die Betreuungsaufgaben übernehmen, fallen unter Sexismus am Arbeitsplatz. Wenn sich geschlechtsbasierte diskriminierende Instrumente organisiert oder beinahe kampagnenartig gegen – vor allem – Frauen richten, dann können Vorfälle als antifeministisch eingeordnet werden:

In Schmierereien an einer Einrichtung werden zwei Mitarbeiterinnen mit Klarnamen bezichtigt, ihre Karriere durch entsprechende Sexualkontakte vorangebracht zu haben. In den Graffiti ist der Buchstabe „S“ teilweise im Stil der Sowilo-Rune (auch: Sig-Rune) gestaltet. Die Schmierereien erzeugen ein Gefühl der Angst bei den Betroffenen – deren Überlegungen zu möglichen Motiven werden im Gespräch mit Vorgesetzten jedoch ebenso übergangen wie ihr Bedürfnis, sich nicht genauer mit deren Inhalten auseinanderzusetzen zu müssen.

Neben anonymen antifeministischen Verleumdungen im Arbeitsumfeld werden auch antifeministisch motivierte Fälle aus Unternehmen gemeldet:

Eine betroffene Person meldet, dass sie sich aufgrund offen ausgelebter Queerfeindlichkeit im Unternehmen an die interne AGG-Beschwerdestelle gewandt hatte und in einem persönlichen Gespräch den Hinweis erhielt, sich „nicht so sichtbar zu machen, um nicht diskriminiert zu werden“. Das ist ein klassisches victim blaming. Dabei wird die Verantwortung für erlebte Gewalt und Diskriminierung der betroffenen Person zugeschrieben.

Ein weiterer Fall von Queerfeindlichkeit wurde einem Unternehmen gemeldet und dazu seitenweise teils bössartige Kommentare aus einer Mitarbeitenden-App übermittelt. Daraufhin kam die Rückmeldung der internen Beschwerdestelle, dass im Unternehmen kein feindliches Umfeld geschaffen würde, weil u.a. die Nutzung der App freiwillig sei. Die betroffene Person findet den Umgang am Arbeitsplatz bedauerlich, weil verkannt wird, dass nicht die App das Problem ist, sondern die transportierten Inhalte und Anfeindungen. Die Person fühlte sich am Arbeitsplatz nicht mehr sicher und hat gekündigt.

Sexistische und antifeministische Vorfälle schaden nicht nur den Betroffenen, sondern auch den Unternehmen und wirken sich ebenfalls wirtschaftlich negativ aus: schlechtere Leistung, Fehlzeiten oder eben Kündigungen.³⁸ Unternehmen können zudem an Reputation und Arbeitsplatzattraktivität einbüßen, und es kann ein immenser wirtschaftlicher Schaden entstehen.³⁹

Auch über den Arbeitsplatz hinaus gibt es antifeministische Diskriminierung oder institutionelle Barrieren, die aufgrund antifeministischer Überzeugungen und Regelungen wirksam werden.

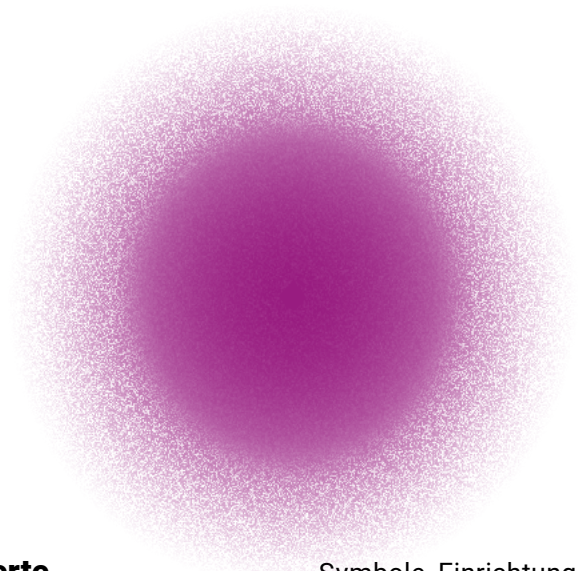
Eine Person aus einer Beratungsstelle für von Gewalt betroffene Menschen erklärt, dass sie bei minderjährigen Betroffenen auf die Kooperation der Jugendämter angewiesen sind. Nachdem das Beratungsteam immer wieder Schwierigkeiten mit einem bestimmten Jugendamt hatte, luden sie die Leitung des Jugendamtes für ein Gespräch in neutrale Räume ein. Ihnen wurde in diesem Gespräch vorgeworfen, dass sie nicht neutral auf Fälle sehen könnten, weil auf der Homepage steht, dass nach einem feministischen Ansatz gearbeitet wird. Deswegen könne das Amt die Einschätzungen nicht ernst nehmen. Aufgrund der Entscheidungen des Jugendamts mussten mehrere Klientinnen, bei denen Femizidgefahr bestand, in der Nähe der Täter*innen verbleiben. Das Jugendamt kam trotz der Meldung nach § 8a SGB VIII nicht seiner Schutzaufgabe nach.

Neben Parteilichkeit, Vertraulichkeit und Wertschätzung spielt ein feministischer Beratungsansatz bei Beratungen von Opfern häuslicher Gewalt eine entscheidende Rolle sowohl für die diagnostische Kompetenz als auch, um den Beratungsfall im Hinblick auf die politische und soziale Lage von Frauen kontextualisieren zu können. Dass dies als „nicht neutral“ abgewertet und damit der Beratungseinrichtung zugleich die gesamte Professionalität und Kompetenz abgesprochen wird, zeugt von einer antifeministischen Überzeugung.

Eine Ungleichbehandlung im Arbeitsfeld oder institutionelle Barriere liegt auch dann vor, wenn Personen gezwungen sind, sich mit einer falschen Geschlechtsidentität ansprechen zu lassen bzw. diese im Beruf zu führen.

Eine nicht-binäre Anwält*in wird bei der Rechtsanwaltskammer angezeigt, weil die von der Person geführte entgenderde, also geschlechtsneutrale Berufsbezeichnung „Anwält*in“ nicht mit der Berufsordnung einhergehe. Die Kammer eröffnet ein Verfahren, es stehen berufsrechtliche Sanktionen und der Zwang im Raum, eine der Geschlechtsidentität nicht entsprechende Bezeichnung zu führen.

Die Annahme, dass es nur zwei Geschlechter gäbe, die sich unveränderbar voneinander unterscheiden und jede*r Mensch nur einem zugehöre, hält sich hartnäckig als Alltagswissen. Das Agitieren gegen und Negieren von geschlechtlicher Vielfalt ist darüber hinaus ein wichtiges Narrativ im Antifeminismus – obwohl in den Naturwissenschaften und der Medizin breit anerkannt ist, dass es nicht nur zwei Geschlechter gibt.⁴⁰ Die Geschlechtsentwicklung und Geschlechtsidentitäten sind eher ein Kontinuum und die Annahme einer Zweigeschlechtlichkeit eine unterkomplexe überkommene Annahme. In der deutschen Rechtsprechung hat geschlechtliche Vielfalt im Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur „dritten Option“ auch rechtliche Anerkennung gefunden. Durch die Möglichkeit, den Geschlechtseintrag offen zu lassen oder den Eintrag „divers“ vorzunehmen, sind aktuell vier geschlechtliche Optionen im deutschen Recht anerkannt.



(4) Antifeministisch motivierte Sachbeschädigungen

Auf die Räume einer lesbischen Fraueninitiative wird ein Brandanschlag verübt, wie verschiedene Medien und Verbände auf Social Media berichten. Zeitgleich werden an einen benachbarten Stadtteilladen Pamphlete mit antisemitischen und rassistischen Inhalten geklebt, deren Urheber*innen aus dem Spektrum der Reichsbürger*innen zu stammen scheinen.

Medien berichten, dass Unbekannte das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen in Berlin beschädigten, indem sie versuchten, einen brennenden Gegenstand auf das Mahnmal zu werfen. Zudem brachten sie zwei Zettel mit einem abgewandelten Bibelzitat an. In Medienberichten wird es so interpretiert, dass mit dem Zitat ein Zusammenhang zwischen Homosexualität und Pädokriminalität hergestellt werden soll.

Beide Fälle hängen offenbar miteinander zusammen und sind auch von der Presse aufgegriffen worden. Laut Medien handelt es sich anscheinend um einen 63-jährigen Täter, der ebenfalls antimuslimische Zettel an eine Moschee angebracht und die Bücherbox unweit des Deportationsmahnmals am Berliner Bahnhof Grunewald in Brand gesetzt haben soll.⁴¹

Nicht nur Angriffe auf queere Personen haben zugenommen, sondern auch die Zerstörungswut gegen ihre

Symbole, Einrichtungen und queere Orte ist scheinbar gestiegen. Die Sichtbarkeit z.B. durch eine aufgehängte Regenbogenflagge erhöht die Vulnerabilität.

Unbekannte haben einen Brandsatz auf eine Regenbogenflagge, die am Glockenstuhl einer Kirche hing, geworfen.

Unbekannte ersetzen eine von der Stadt auf dem Bahnhofsvorplatz gehisste Regenbogenflagge durch eine Hakenkreuzflagge. Die Regenbogenflagge war davor schon mehrmals gestohlen worden. Aufgrund des verfassungswidrigen Symbols wird polizeilich ermittelt.

Eine queere Einrichtung entdeckt Sachbeschädigungen in ihrem Eingangsbereich. Der Angriff fand in der Nacht statt und beschädigte den Schriftzug vor der Einrichtung, Fensterscheiben und ein Kunstwerk. Die Einrichtung versteht dies als klaren Angriff gegen ihre Arbeit und ihre Werte.

Kontextualisiert werden müssen solche Fälle auch vor dem Hintergrund einer regelrechten Hasskampagne in den Sozialen Medien gegen die Regenbogenfahne – als Symbol der queeren Community –, vor allem durch rechtsextreme Akteure und die AfD (vgl. Gantenberg, Véronique/ Brandstätter, Elke (2023): Rechter Kulturkampf: Gewalt gegen LGBTQ+: <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/rechter-kulturkampf-100.html>). Dabei wurde die Deutschlandfahne gegen die Regenbogenfahne in Stellung gebracht und damit sinnbildlich die queere Community in Opposition zu einem nationalen Symbol gesetzt. Interpretiert werden

muss eine solche Agitation auch so, dass ein schwuler Mann oder eine Lesbe nicht deutsch sein könne. Zudem initiierten queerfeindliche Akteure zeitgleich zum Pride Month einen „Stolz-Monat“. Vor allem der rechts-extreme AfD-Politiker Björn Höcke hetzt gegen sexuelle Orientierungen als „Verwirrungen“, auf die man nicht stolz sein müsse, und markiert die queere Community als Feindbild, das eine Bedrohung für Familie und gesellschaftliche Ordnung darstelle (ebd.). Ein Aufhetzen kann dazu beitragen, dass Menschen zu Gewalt greifen und sie für legitim halten. Die antifeministisch motivierten Sachbeschädigungen können auch als Hasskriminalität kategorisiert werden, da die angegriffene Sache bzw. der attackierte Ort symbolisch für eine Gruppe stehen, die diskriminiert und abgewertet wird.

(5) Antifeministische Beleidigungen, Hate Speech und antifeministische Agitation

Antifeministische Hassrede und digitale Gewalt

Mehr als 130 gemeldete Fälle fallen unter antifeministische Hate Speech und digitale Gewalt. Auch hier sind wieder Frauen und queere Menschen, die in der Öffentlichkeit stehen, Politiker*innen und Journalist*innen oder Klima-Aktivist*innen das Ziel der Angriffe. Auch die Accounts von Sex-Arbeitenden sind mit sexistischen und antifeministischen Kommentaren und Angriffen konfrontiert. Die offiziellen Social Media-Präsenzen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden stehen ebenfalls im Fokus:

Eine Klima-Aktivistin und andere weibliche Mitglieder ihrer Organisation sind ständigem sexualisiertem Hass und Vergewaltigungsandrohungen in Online-Kommentaren ausgesetzt. Sie macht diese Vorfälle in einem Medienartikel publik.

Eine Gleichstellungsbeauftragte meldet, dass sie auf ihrem beruflichen Facebook-Account unflätige und pornografische Zuschriften erhält.

Eine Bundestagsabgeordnete einer demokratischen Partei berichtet über sexistische Äußerungen im Bundestag (vor allem von

einer rechtsextremen Partei) und über Hasskommentare im Netz wie „Du Fotze, dich will keiner sehen“. Die Politikerin versucht diesen Frauenhass nicht persönlich zu nehmen.

Diese und ähnliche Fälle sind Beispiele für ein großes gesamtgesellschaftliches Problem mit Hass im Netz – vor allem gegen Frauen: Eine Befragung im Auftrag des Council of Europe ergab, dass 58 % der Frauen, die ins Parlament gewählt wurden, Ziel sexistischer Angriffe auf Sozialen Netzwerken waren.⁴² Vor allem junge Frauen erfuhren digitale Gewalt und Belästigung in den Sozialen Medien. In einer Umfrage unter 1.000 Mädchen und jungen Frauen in Deutschland für den Welt-Mädchenbericht 2020 von Plan International zu digitaler Gewalt⁴³ gaben 70 Prozent der 15- bis 24-Jährigen an, digitale Gewalt erlebt zu haben. Der europäische Durchschnitt lag bei 63 Prozent.

Hass-Angriffe auf Menschen, die sich im Internet und in Sozialen Netzwerken zu den Themen Gleichberechtigung, Feminismus oder Gender äußern, gehören zum digitalen Alltag. Denn Menschen, die sich oder ihr Gesellschaftsbild durch Gleichberechtigungsbestrebungen der Frauen- und LGBTQIA+-Bewegung bedroht sehen, finden im Internet Orte der Vernetzung, an denen sie sich im Hass bestätigen und gegenseitig zu Aktionen anstacheln können. Dies ist leider nicht nur in der sogenannten „Manosphere“ der Fall. Dieser Ausdruck beschreibt das Online-Netzwerk aus Websites, Blogs und Social Media-Kanälen, in denen ein antifeministisches und antiemanzipatorisches Weltbild, misogynen Hass auf Frauen und eine Gewissheit über die Unterdrückung von Männern den Grundkonsens bilden.

Eine Gleichstellungsbeauftragte gibt einem kleinen regionalen Fernsehsender ein Interview. Neben allgemeinen Fragen zur Gleichstellung von Frauen stellt der Journalist auch Fragen, die darauf abzielen, muslimische Frauen, die Kopftücher tragen, als unterdrückt darzustellen. Die Gleichstellungsbeauftragte verteidigt das Recht von Frauen, sich zu kleiden, wie sie es wünschen, und stellt klar, dass Kopftücher kein Zeichen von Unterdrückung seien. Im Nachgang wird sie in den Kommentaren unter dem Video heftig beleidigt, entmenslichend bezeichnet und

ihre Arbeit als wertlos dargestellt, was sie psychisch belastet.

Sichtbar wird in solchen Meldungen das Phänomen des sogenannten Silencing, eine häufig verwendete Strategie extrem rechter und/oder sexistischer und antifeministischer Akteur*innen. Dabei handelt es sich um den Versuch, Personen durch Beleidigungen, Drohungen, Schmähkampagnen oder organisierte Shitstorms zum Schweigen zu bringen und dafür zu sorgen, dass sie nicht mehr am öffentlichen Diskurs teilhaben können – ihre Positionen also darin nicht mehr vertreten sind.⁴⁴ Eine weitere Strategie ist es, politische Gegner*innen zu zermürben oder deren Ressourcen zu binden, indem sie diese in die Abwehr von Beleidigungen, Aufklärung über Desinformationen und Vorurteile sowie in Maßnahmen für die eigene Sicherheit und psychische Gesundheit

Sexarbeitsfeindlichkeit

Sexarbeitsfeindlichkeit bezeichnet die Diskriminierung von Sexarbeiter*innen und zeigt sich u.a. in gesellschaftlichen Ausschlüssen, Kriminalisierung und i.d.R. misogyn geprägter Abwertung sowie der Legitimierung von Gewalt gegen sie. Die Menschenrechtskommissarin des Europarats problematisiert die Auswirkungen von Kriminalisierung und den häufig fehlenden Zugang zu Gewaltschutz. Sie ruft die Mitgliedsstaaten dazu auf, die grundlegenden Menschenrechte von Sexarbeitenden zu schützen.⁴⁵

Im Bereich Antifeminismus sind sowohl organisierte Angriffe auf Sexarbeitende und ihre Rechte als auch kampagnenartige Instrumentalisierung von Sexarbeitsfeindlichkeit zu beobachten. Auch innerhalb von feministischen Räumen gibt es zum Thema Sexarbeit teils heftige Auseinandersetzungen.

Sexarbeitsfeindliche Positionen spielen zudem in der antifeministischen Radikalisierung in rechtsextremen Kreisen eine Rolle. Mehrere rechtsextreme und antifeministische Anschläge der letzten Jahre wiesen sexarbeitsfeindliche Bezüge auf.⁴⁶

investieren müssen, anstatt sich um die eigentlichen Aufgaben kümmern zu können.

Die ehrenamtliche Betreiberin einer Webseite über gendergerechte Sprache gibt an, dass sie seit Jahren nahezu wöchentlich E-Mails mit derben sexistischen, herabwürdigenden Beleidigungen zugeschickt bekommt. Am Vortag der Meldung hatte allein eine Person in sechs E-Mails Beleidigungen wie „hartanal“, „Ponutte“, „strumpfhosenarschfick“ und weitere derbe Wörter als „gendergerechte“ Alternativen angeboten.

Die sexualisierten Kraftausdrücke in diesen Zuschriften zeigen eine Gleichsetzung von Gender und geschlechtergerechter Sprache mit Pornografie. Das ist ebenfalls eine Strategie antifeministischer Akteure, die damit das Thema Gender als moralisch verwerflich diskreditieren wollen. Darüber hinaus zeigt sich in den Beschimpfungen Sexarbeitsfeindlichkeit.

Die Urheber*innen antifeministischer Hassrede zeigen teilweise ein großes Sendungsbewusstsein, bis hin zur Vielschreiberei, und behelligen mit großem Aufwand und einem geradezu missionarischen Eifer ihre politischen Gegner*innen mit ihren sexistischen Phantasien und antifeministischen Weltbildern.

Mitarbeiterinnen verschiedener städtischer Einrichtungen erhalten namentlich an sie adressierte E-Mails mit frauenfeindlichen Beschimpfungen. Auf sexistische Weise beschreibt der Verfasser zudem seine Vorstellung eines idealen Frauenkörpers. Da er offensichtlich die direkten E-Mail-Adressen der betroffenen Frauen herausgesucht hat, was einen gewissen Aufwand erfordert, wirken seine Schreiben bedrohlich. Eine Frau fühlt sich zusätzlich bedroht, da die E-Mails zeigen, dass er ihren Namen und Arbeitsplatz kennt.

An die Meldestelle Antifeminismus sind von Betroffenen zahlreiche weitere sexistische Beleidigungen gemeldet worden. Diese waren an die Betroffenen via E-Mail verschickt, in Kommentarspalten auf Social Media gepostet worden oder stehen unter Online-Artikeln, in

denen das Engagement der Betroffenen beschrieben wird. Beschimpfungen und Verächtlichmachungen sind oftmals mit Klarnamen verfasst. Scheinbar wännen die Täter*innen sich mit ihren sexistischen Beleidigungen in Sicherheit und gehen davon aus, dass sie dafür nicht zur Verantwortung gezogen werden. Die Betroffenen werden als „Dreck“ oder „Schlitzeisser“ titulierte. Ihnen wird geschrieben: „Ich bin mittlerweile alt, aber soviel Dummheit ist mir seither nicht untergekommen, wie in linksgrün dominierten Behörden aufläuft, die von weiblichen Wesen geleitet werden.“ Auch „Witze“ werden an Frauenberatungsstellen verschickt: „Wusstet ihr, warum Frauen schon seit Tausenden von Jahren unterdrückt werden? ... Es hat sich bewährt. Tschüssikowski“ oder „Was hat das zu bedeuten, wenn die Ehefrau aus der Küche rauskommt? ... Die Kette ist zu lang ... 🤪“.

Computerspiele und Gaming gelten als Männerdomäne und als männlich codiertes Hobby. Nicht zuletzt sexistische Spiele mit starken Männern und wehrlosen Frauen, die es zu retten gilt, haben ein sexistisches Weltbild der Gamer verfestigt. In Onlinespielen wird gegen Spielerinnen entsprechend sexistisch und antifeministisch gewütet, weshalb sich viele Frauen dort nicht als solche zu erkennen geben.

Eine bekannte Twitch-Streamerin bekommt vielfach bössartige Hassnachrichten: „Fotze, keine Argumente! Du bist und bleibst Dreck!“, „Ich glaube nicht, dass Deine Eltern Dich so Dumm erzogen haben, aber wenn doch, können die gleich mit verrecken“, „Vielleicht musst Du mal wirklich schön durchgefickt werden, um Deine Rolle als Frau auszumalen“. Die Gamerin macht die Vorfälle auf ihrem Profil öffentlich und erstattet Anzeige. (Mehr dazu im Kapitel 4.3. „Gaming, Antifeminismus und „Anti-Wokeness““)

Immer wieder stammen sexistische Kommentare und antifeministische Shitstorm von Männerrechtlern:

Der Landesfrauenrat eines Bundeslands erhält unter einem Posting zu Antifeminismus einen Kommentar: „Wir haben keinen Bock auf Eure Femi-Fascho-Ideologie“. Der Kommentar stammt von einem Männerrechtler-Konto.

Die Männerrechtsbewegung ist eine Gegenbewegung zum Feminismus. Männerrechtler vertreten antifeministische bis frauenfeindliche Positionen und sehen sich von Frauen, Feministinnen und allen Bestrebungen, die eine Gleichberechtigung aller Geschlechter anstreben, bedroht. Sie stilisieren Männer zu Opfern in jeder Lebenslage und reagieren mit Abwertung anderer. Sie sind nicht zu verwechseln mit der Männerbewegung (Men's Liberation-Bewegung), die sich für die Gleichwertigkeit aller Geschlechter und Anti-Diskriminierung einsetzt. Männerrechtler haben nicht nur ideologische Überschneidungen, sondern sind teilweise auch vernetzt mit rechtsextremen, neurechten oder evangelikalen Spektren.⁴⁷ Sie nutzen das Internet zur Mobilisierung und kapern aggressiv Online-Debatten zum Thema Gleichstellung, um sie zu monopolisieren.⁴⁸

Zu öffentlichen Anlässen wie dem internationalen Frauentag (8. März) nimmt die Schlagzahl antifeministischer Kommentare zu. Entsprechend beziehen sich diverse eingegangene Meldungen auf Politiker, die Beiträge auf Social Media veröffentlichen, die alte Geschlechterrollen verherrlichen, gegen trans Menschen hetzen oder sich über Emanzipation und die „Auswüchse“ des Feminismus belustigen. Diese Meldungen fügen sich in eine spezifisch trans- und LGBTQIA+-feindliche Stimmungsmache und ein gesellschaftliches Klima ein, in dem ein nicht unerheblicher Teil denkt, dass Frauen zu viel Gleichberechtigung fordern: 27,3 % der Befragten einer Bevölkerungsstudie zu Antifeminismus geben an, dass „Frauen, die mit ihren Forderungen zu weit gehen, sich nicht wundern müssen, wenn sie wieder in ihre Schranken gewiesen werden“.⁴⁹

Antifeministische Agitation und Propaganda

Rechtsextreme bringen laut Medienberichten während des Christopher Street Days in Berlin ein großes Banner am Fernsehturm an, auf dem homofeindliche Aussagen stehen. Die Täter*innen fliehen unerkant. Auf dem Banner steht, dass Homosexualität den angeblichen „Volkstod“ herbeiführe.

Die Online-Petition einer feministischen Aktivistin gegen Konzerte einer Band, deren Sänger mehrfacher sexueller Missbrauch vorgeworfen wird, wird von einem Bot-Netzwerk geflutet. Der Cyberangriff führt dazu, dass die

Petition für mehrere Tage vom Netz genommen werden muss. Damit kann die Aktivistin ein für sie zentrales Instrument der Öffentlichkeitsarbeit über einen signifikanten Zeitraum nicht mehr nutzen.

Die Meldestelle erreichten zudem zahlreiche Zuschriften über Postings auf Facebook, Instagram, YouTube-Videos, Blogs, Zeitungsartikel kleinerer bis mittelgroßer Online-Portale (auch von Frauen betrieben) und Leserbriefe, in denen steht, dass der Mann der Frau überlegen sei, der Mann die Rolle des Ernährers inne habe und die Frau zurück in den Haushalt kehren solle. Sie feiern sich selbst für Gewalt an Frauen und negieren an anderer Stelle sexualisierte Gewalt. Diese Meldungen decken sich mit Erkenntnissen aus der Forschung. In einer repräsentativen Bevölkerungsstudie stimmten 24,6 % der Befragten der Aussage zu: „Frauen übertreiben ihre Schilderungen über sexualisierte Gewalt häufig, um Vorteile aus der Situation zu schlagen.“⁵⁰ Andere Portale fordern die Todesstrafe für Homosexuelle oder diffamieren ältere Frauen für ihr Engagement gegen Rechtsextremismus. Sie ätzen in Frakturschrift über „Gendergesindel“ und dämonisieren trans Personen, hetzen gegen Feminismus und vergleichen diesen mit Faschismus oder Nationalsozialismus.

Kinder und „Frühsexualisierung“

Aushang an einem Baum vor einer Kita mit der Überschrift „Für das Wohl unserer Kinder“, darin queerfeindliche und verschwörungsideologische Narrative: In Kindergärten finde eine „Frühsexualisierung“ statt, und Schulen nutzten ihre Machtposition aus, würden zum politischen Werkzeug und versuchten Kinder mit Fragen zu ihrer sexuellen Orientierung oder mittels Aufklärung zum Thema Geschlechtsumwandlungen zu manipulieren.

Kindern und Jugendlichen gendersensible Haltungen und Inhalte zu vermitteln und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich frei zu entfalten, wird in rechtspopulistischen, rechtsextremen oder religiös-fundamentalistischen Gruppierungen als „Frühsexualisierung“ umgedeutet und diskreditiert. Auch als angebliche Umerziehung „unserer Kinder“, die dann nicht mehr „richtige“ Mädchen, Jungen oder Familien sein dürften. Vor

allem vielfaltspädagogische Ansätze müssen sich in der Praxis häufig des Vorwurfs der „Umerziehung“ erwehren. Teilweise reichen die Vorwürfe so weit, dass das Lernen über Schwule und Lesben Kinder in ihrer eigenen sexuellen Orientierung „verwirre“ und sie so selbst homosexuell werden könnten. Dies wirkt sich auch auf Elternabende aus und kann vor allem in kleinen Städten zu Verunsicherungen führen:

Eine neonazistische Kleinstpartei macht Stimmung gegen einen Kita-Elternabend zu sexueller Bildung in einem kleinen Ort in Ostdeutschland.

Väterrechtler und Agitation gegen Gewaltschutz

Insgesamt stehen etwa 13 gemeldete Fälle im Kontext von antifeministisch motivierten Einflussnahmen oder Angriffen auf sorge-, umgangs- und unterhaltsrechtliche Auseinandersetzungen. In der überwiegenden Mehrheit der Fälle sind antifeministische Lobbyinitiativen und sogenannte Väterrechtsverbände involviert, die organisiert und mit kruden Thesen und Methoden gegen Ex-Partnerinnen bzw. Mütter vorgehen.

So berichtet eine Mutter, dass nach der Trennung von ihrem Partner wegen häuslicher Gewalt dieser im Kontext der persönlichen und juristischen Auseinandersetzung um den Umgang mit einem gemeinsamen Kind unter seinem Namen diverse persönliche, juristische und private Informationen und Behauptungen auf einer öffentlichen Plattform für sogenannte Väterrechtler veröffentlicht hatte.⁵¹ Zudem veröffentlichte der Ex-Mann diese Informationen in einer von ihm initiierten WhatsApp-Gruppe mit über 200 Mitgliedern. Die Persönlichkeitsrechte von Frau und Kind werden hierdurch schwer verletzt.

Wie sich sogenannte Väterrechtler vernetzen und Einfluss auf Politik und Gerichte nehmen, dabei vor allem den Gewaltschutz von Frauen massiv torpedieren und Frauenhass schüren, ist in einer Recherche von CORRECTIV eindrucksvoll beschrieben.⁵²

Zudem gingen diverse Meldungen von Frauen ein, die diskriminierenden, teilweise pathologisierenden öffentlichen Schmierenkampagnen in Clubs, Kneipen, im Dorf oder auf Social Media ausgesetzt sind, welche aus dem Umfeld der Frauen stammen, nachdem diese (häusliche) Gewalt ihrer Ex-Partner öffentlich gemacht hatten. Aggressive Reaktionen erfolgten mit Worten wie „wir zeigen Dir was Gewalt ist“, Hausverboten in Einrichtungen und Bedrohungen für den Fall, dass sie die Polizei einschalten würden, sowie der Androhung, die Frau aus der Einrichtung „rauszuboxen“.

„Dating Coaches“ und „Pick-Up Artists“

Gemeldet wurden ebenso Pamphlete selbsternannter „Dating Coaches“ oder „Beziehungsexperten“, die propagieren, dass „Frauen männliche Führung bräuchten“, um glücklich sein zu können. Frauen seien unselbstständig und schutzbedürftig, und es sei ein Warnzeichen und auf „mangelhafte männliche Führung“ zurückzuführen, wenn Frauen selbstständig Entscheidungen trafen.

Einige Meldungen verweisen auf sogenannte Pick-Up Artists, die auf YouTube oder Blogs Männern erklären, wie sie eine „Frau rumkriegen“. Frauen werden in diesen Videos beschimpft, verspottet, verhöhnt und verleumdeter. Auch werden Lügen über Frauen verbreitet. Diese Demagogie wird als extrem gefährlich empfunden. Die Meldenden beschreiben, dass sie sich bei deren Anblick auch persönlich bedroht und verunsichert fühlen.

3.3. Meldungen zu geschlechtsspezifischer Gewalt, Sexismus und Diskriminierung

T: H. Beeck, Ans Hartmann

Zahlreiche Betroffene von geschlechtsspezifischer Gewalt und sexistischer Diskriminierung teilen ihre Erfahrungen mit der Meldestelle Antifeminismus. Von insgesamt 814 gemeldeten und verifizierten Vorfällen entfallen 211 Fälle in die Kategorie geschlechtsspezifische Gewalt und 231 Fälle in die Kategorie Sexismus und Diskriminierung. Diese Fälle wurden nicht als antifeministische Vorfälle im Sinne der Meldestelle klassifiziert. Für die Kategorisierung und Unterscheidung gegenüber antifeministischen Vorfällen sind vor allem der Kontext

und fehlende Hinweise auf eine politische, organisierte Mobilisierung im Rahmen des Vorfalls bzw. der Gewalterfahrung relevant. In der Regel geht es bei den o.g. Fällen um Gewalt in partnerschaftlichen Beziehungen, um sexualisierte körperliche oder verbale Übergriffe im öffentlichen Raum, Beruf und in Situationen von Machtgefällen, z.B. in medizinischen Einrichtungen. Außerdem erlebten Betroffene sexistische Diskriminierung und Machtmissbrauch. Sie berichten von sexistischen Äußerungen am Arbeitsplatz, in der Schule, in Behörden und Institutionen, im privaten Umfeld und von sexistischen Werbungen. Manche erzählen, wie sie sich wehrten und daraufhin noch mehr Gewalt und Diskriminierung erlebten. Andere entschieden sich, aus Selbstschutz nichts zu sagen, berichten aber von langandauernden Belastungen nach dem Erlebten. Einige Betroffene schreiben, dass sie über die Vorfälle noch nie mit einer anderen Person gesprochen haben. In mehreren Fällen haben Menschen Erlebnisse aus mehreren Jahrzehnten zusammengefasst. Die große Zahl von insgesamt 442 Vorfällen zeigt einen spezifischen und umfänglichen Bedarf an adäquater Beratung und Unterstützung.

Unter den Meldenden finden sich auch Betroffene, die schon viele bürokratische Hürden genommen haben, um Gerechtigkeit für die erlebte Gewalt und Diskriminierung zu erhalten. Sie haben sich bereits Unterstützung von Beratungsstellen geholt, eine Anzeige bei der Polizei erstattet, teilweise haben sie mehrere Gerichtsverfahren durchlaufen. Viele teilen ihre Frustration darüber, wie mühsam und retraumatisierend diese Abläufe sein können und wie oft ihnen von Behörden nicht geglaubt wurde. Häufig erfahren sie keine Gerechtigkeit.

Die Meldungen spiegeln das wider, was im Kontext geschlechtsspezifischer Gewalt regelmäßig von Betroffenen, Betroffenen selbstorganisationen, Fachberatungsstellen und ihren Verbänden als fehlende gesellschaftliche Sensibilisierung und Unterstützung von Betroffenen problematisiert wird.

Mit der Einrichtung der Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt beim Deutschen Institut für Menschenrechte werden nun ebenfalls systematisch Daten zur Umsetzung und Wirksamkeit der mit der Istanbul-Konvention einhergehenden staatlichen Verpflichtungen zur Bekämpfung von und dem Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt erfasst.

Betroffene befürworten Anlaufstellen, die ihre Erfahrungen zumindest statistisch erfassen und geschlechtsspezifische Gewalt als gesellschaftliches und durchaus auch strukturelles Problem einordnen. Auch das ist nötig, um angemessene Präventions- und Schutzmaßnahmen ergreifen zu können. Viele Fach-, Opferberatungs- und Antidiskriminierungsstellen führen eigene Statistiken, verfügen jedoch kaum über Ressourcen für zentrale Monitoring- oder Dokumentationsangebote.

3.4. Antifeministische Angriffe auf die Meldestelle

T: Ans Hartmann, H. Beeck

Unmittelbar nach ihrer Bekanntmachung zog die Eröffnung der Meldestelle Antifeminismus eine massive Online-Mobilisierung und eine anhaltende mediale Berichterstattung gegen das Projekt nach sich. Im Rahmen des Shitstorms wurden nicht zuletzt auch verschiedene antifeministische Strategien und die Dynamiken organisierter antifeministischer Angriffe sichtbar.

Diffamierung und Desinformation zum Zweck der Mobilisierung

Die öffentliche Diffamierung und teilweise Falschdarstellung von Anliegen und Arbeitsweise der Meldestelle spielte eine große Rolle. Vorwürfe eines vermeintlichen „Prangerportals“ wurden laut. Dazu gehörte die Behauptung, dass Einzelpersonen oder einzelne Meinungsäußerungen öffentlich denunziert würden. Datenschutzbedenken wurden geäußert. Auch öffentliche Erläuterungen der Amadeu Antonio Stiftung hierzu und ein zusätzliches FAQ⁵³ spielten kaum eine Rolle für den weiteren Diskurs. Vergleiche mit der Staatssicherheit und gar der NS-Zeit zielten darauf ab, die Ziele und Integrität des Projekts sowie die Legitimität und Fachlichkeit der Meldestelle in Frage zu stellen. Gleichzeitig wurde damit versucht, die Ernsthaftigkeit antifeministischer Vorfälle und damit verbundener Betroffenen Erfahrungen herunterzuspielen.

Die Mobilisierung auf Social Media schien zu Beginn besonders von maskulinistischen, LGBTQIA+-feindlichen und insbesondere von transfeindlichen Kontexten auszugehen. Die über die Meldestelle und die Amadeu

Antonio Stiftung verbreiteten Vorwürfe wurden zugleich für eine politische Mobilisierung gegen das BMFSFJ, Bundesministerin Lisa Paus, die Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie gegen die Ampel-Koalition und das geplante Selbstbestimmungsgesetz instrumentalisiert.

Diskursverschiebung und Fehlinformation

Ein zentraler Ansatz war die Verschiebung des öffentlichen Diskurses. Dies geschah durch gezielte Kritik an der Verwendung von bestimmten Begrifflichkeiten sowie durch Infragestellen der wissenschaftlichen Grundlage und der dem Projekt zugrundeliegenden Expertise.

Auch die Entpolitisierung und Verzerrung wissenschaftlicher und fachlicher Debatten spielte eine Rolle. Die empirisch belegte Relevanz von Antifeminismus für autoritäre und rechtsextreme Einstellungen und Bewegungen wurde regelmäßig aus dem Kontext gerissen, indem behauptet wurde, antifeministische Einstellungen und Vorfälle würden generell mit „Rechts-Sein“ gleichgesetzt.

Online-Mobilisierung und Aufrufe zu Falschmeldungen

Als weitere Facette erlebte das Projekt eine organisierte Online-Mobilisierung, die sich unter anderem in Aufrufen zu Falschmeldungen zeigte. Im Rahmen dieser missbräuchlichen Nutzung der Meldestelle wurden die medial verbreiteten Narrative und antifeministischen Strategien in den übermittelten Falschmeldungen ebenfalls aufgenommen.

Besonders häufig konnten folgende Aspekte bzw. Inhalte festgestellt werden:

- „Selbstmeldungen“ als Antifeminist (nehmen vermeintlich ironisch das Narrativ auf, dass schlichte Meinungen oder der Nachbar von nebenan denunziert werden solle)
- Bezüge zu den medial virulenten Narrativen von Steuerverschwendung etc. und vor allem zu der damit verbundenen Mobilisierung gegen das BMFSFJ, Bündnis 90/Die Grünen und die Regierungskoalition
- diskriminierende Inhalte (Sexismus, Frauenfeindlichkeit, eine große Zahl von transfeindlichen, queerfeindlichen, rassistischen, antisemitischen Inhalten)
- Angriffe auf die Amadeu Antonio Stiftung und ihre Gründerin Anetta Kahane: Beleidigungen, Bedrohungen,

- Beschreibungen sexualisierter Gewalt gegen Erwachsene und Kinder

Die angegebenen Antworten sind in einem 2-stelligen Feld auf

44 | 45

Schlaglichter auf aktuelle antifeministische Debatten und Entwicklungen

4.1. „Von einem MdB erwartet man eigentlich mehr Contenance“: Frauenfeindliche und antifeministische Angriffe auf Politikerinnen

T: Veronika Kracher und Stefan Lauer

Frauen, die in der Öffentlichkeit stehen und hauptsächlich männlich besetzte Räume für sich in Anspruch nehmen, sind ein rotes Tuch für Antifeminist*innen. Deutlich wird das immer wieder in der Politik. Ob kommunal, auf

Landes- oder Bundesebene – Politikerinnen werden regelmäßig und aggressiv angefeindet, als Reaktion auf ihre politische Präsenz und Ambitionen.

Karolin Preisler – „Rabenmutter“ [sic!] in verschwörungserzählerischem Kreuzfeuer

Karolin Preisler ist Juristin und seit 2013 in der FDP aktiv. Kommunalpolitisch und auf Landesebene kandidierte sie zunächst in Mecklenburg-Vorpommern und später in Brandenburg.

Überregional bekannt wurde Preisler nach einer schweren COVID-19-Infektion und für ihren Einsatz für bessere Schutzmaßnahmen und gegen Corona-Leugnung.

2020, schon früh in der Pandemie, erkrankten Preisler, ihr damaliger Ehemann und der Rest der Familie an COVID-19. Die beiden Erwachsenen separieren sich von den Kindern, die Familie trägt auch im Haus Maske und führt ein Videotagebuch. Preisler berichtet über ihre Erfahrungen mit Krankheit und Quarantäne auf Twitter. Die BILD-Zeitung führt dazu ein Interview mit ihr, das sehr schnell Verbreitung auf Kanälen der Corona-Leugner*innen-Szene findet. Der Vorwurf: Die Politikerin würde ihre Kinder alleine lassen, sie für „Panikmache“ und angebliche Corona-Propaganda instrumentalisieren und generell nicht die Aufgaben einer Mutter erfüllen. Das „Rabenmutter“-Narrativ ist eine klassische sexistische Zuschreibung, die nicht für Väter verwendet wird. Preisler wird als „Hirntote Politiker-Marionette“ [sic!] beschimpft. Die Quarantäne der Familie sei „geistige[s] und menschliche[s] Totalversagen“. Stellenweise fordern die Kritiker*innen, ihr die Kinder zu entziehen, da sie diese „psychisch miss-handeln“ würde. Ihr Mann, der Bundestagsabgeordnete Hagen Reinhold (FDP), bleibt von dieser Kritik verschont.

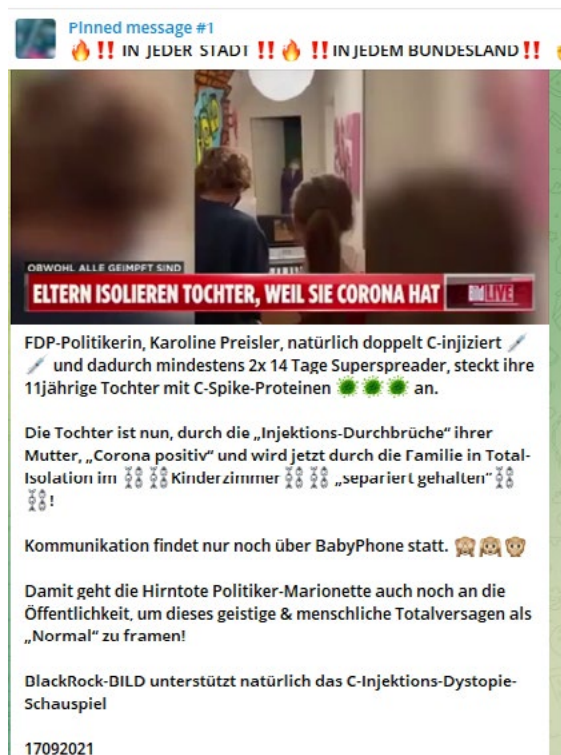


Abb. 3: Die Corona-Leugnungs-Szene mobilisiert auf Telegram.

Quelle: Screenshot.



Abb. 4: Mehrere wortgleiche Beiträge auf X. Quelle: Screenshot.

Ein sexistischer Doppelstandard, den in der Öffentlichkeit stehende Frauen sehr oft erleben.

Als Karolin Preisler 2022 von ihrer Partei als Verfassungsrichterin in Brandenburg vorgeschlagen wird, werden die gleichen Vorwürfe erneut laut. Das Interview mit BILD aus dem Vorjahr wird auf allen großen Social Media-Plattformen gepostet und soll dazu dienen, Preislers Qualifikation in Frage zu stellen. Bemerkenswert: Oft handelt es sich um die gleichen Posts und Texte, die offenbar immer und immer wieder kopiert werden – ein Vorgang, der häufig bei organisierten antifeministischen Mobilisierungen zu beobachten ist. Preisler tritt schlussendlich von der Kandidatur zurück.

Im Dezember 2022 wird öffentlich, dass sich Preisler und Reinhold getrennt haben. Der Bundestagsabgeordnete ist zwischenzeitlich mit einer neuen Partnerin liiert. In der Corona-Leugner*innen-Szene wird der Fall misogyn ausgeschlachtet: Es folgen sexistische Håme gegenüber Preislers Äußerem und sexarbeitsfeindliche Kommentare gegen Reinholds neue Partnerin.

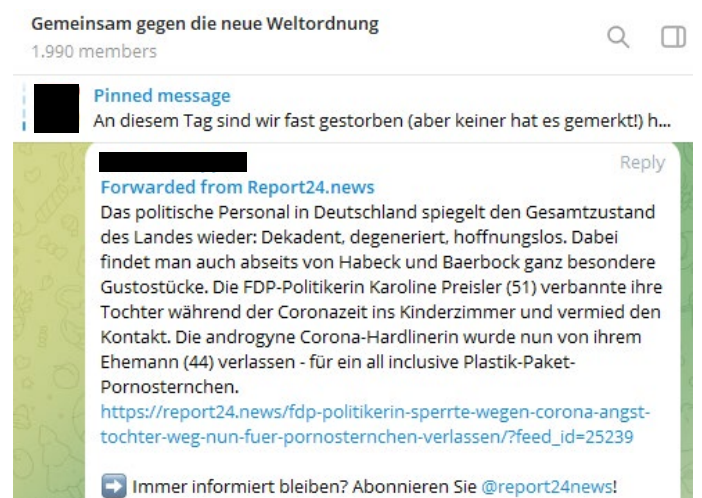


Abb. 5: Misogynes Framing und sexistische Aufmerksamkeitslenkung auf Telegram. Quelle: Screenshot.

Bemerkenswert ist, dass die Aufmerksamkeit der Telegram-Gruppen weiterhin praktisch ausschließlich auf Preisler liegt, die, im Gegensatz zu ihrem Ex-Mann, einem ehemaligen Bundestagsabgeordneten, kein überregionales politisches Amt ausübt. Im Beispiel oben wird die „FDP-Politikerin Karoline Preisler“ erwähnt. Weder der Name von Preislers Ex-Mann fällt in dem Telegram-Post, noch wird seine Parteizugehörigkeit oder sein Bundestagsmandat erwähnt – ein weiterer Doppelstandard. Die Politikerin nutzte weiterhin ihre Bekanntheit, um auf

für sie wichtige Themen aufmerksam zu machen. Sie solidarisierte sich etwa mit der Ukraine oder positionierte sich gegen Transfeindlichkeit. Je mehr öffentliche Aufmerksamkeit Preisler bekommt, desto schlimmer werden allerdings auch die Anfeindungen: Im Sommer 2023 macht die Politikerin öffentlich, dass ihr ein Strick per Post geschickt wurde.⁵⁴ Die Zuspitzung der Bedrohung macht erneut deutlich, wie aus virtueller Bedrohung sehr schnell eine ganz reale werden kann.

Heidi Reichinnek – Frauenfeindliche Vorwürfe aus dem vorletzten Jahrhundert

Heidi Reichinnek ist seit 2021 Bundestagsabgeordnete und frauenpolitische Sprecherin der LINKEN. Seit 2019 ist sie Landesvorsitzende der LINKEN Niedersachsen und sitzt seit 2021 im Bundestag. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Frauen- und Jugendarbeit. Reichinnek unterhält reichweitenstarke und erfolgreiche Präsenzen auf Social Media. Dort erhält sie zahlreiche misogynen Reaktionen, vor allem dann, wenn sie über feministische Themen spricht.

Das Video einer Rede Reichinnek im Bundestag, in der sie die Besessenheit der AfD vom Thema Gendern aufs Korn nimmt, geht vor allem auf TikTok viral. Der Beitrag wird fast 4 Millionen Mal angesehen und auch auf anderen Plattformen geteilt. Daraufhin melden sich zahlreiche Accounts zu Wort, die die Abgeordnete scharf angreifen. Ein Kommentator betreibt Täter-Opfer-Umkehr und behauptet:



Abb. 6: Beispiel für Täter-Opferumkehr gegenüber Reichinnek.

Quelle: Screenshot X/Twitter.

In den Kommentaren ist auch zu beobachten, dass die Politikerin als „Mädchen“, „Fräulein“ und „Göre“ bezeichnet wird. Erwachsene Frauen anzusprechen, als seien

sie Kinder, ist eine altbekannte sexistische Strategie, um ihnen die Kompetenz abzusprechen. Wenn dies in einer organisierten Form geschieht, handelt es sich um einen antifeministischen Angriff. Daran beteiligte sich auch der Verein Deutsche Sprache.⁵⁵



Abb. 7: Der Verein Deutsche Sprache bezeichnet den Vorgang verniedlichend als „süß“. Quelle: Screenshot X/Twitter.

Ähnlich verhält es sich unter dem Video einer Bundestagsrede von Reichinnek, in der es um die Abschaffung des Paragraphen 219a StGB geht. Der Abgeordneten wird ihr Recht abgesprochen, sich zu Schwangerschaftsabbrüchen zu äußern. Dabei kommen durchaus auch abgewandelte Formen von jahrhundertealter Misogynie zum Einsatz. Ein X-User fordert etwa: „Von einem MdB erwartet man eigentlich mehr Contenance“ und nimmt damit die uralte Behauptung wieder auf, dass Frauen zu emotional für Politik seien.

Statt Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus verantwortlich zu machen, macht ein anderer Nutzer auf YouTube ebenfalls „übermäßige Emotionalität“ als Grund aus, „warum Frauen bis heute darum kämpfen müssen, ernst genommen zu werden“. Männliche Abgeordnete können sich dahingegen weitaus mehr Emotionen erlauben, ohne dass ihnen die Kompetenz abgesprochen wird.

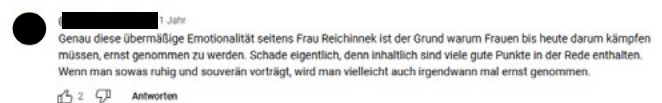


Abb. 8: Ein Kommentar auf YouTube schreibt Reichinnek

„übermäßige Emotionalität“ zu. Quelle: Screenshot.

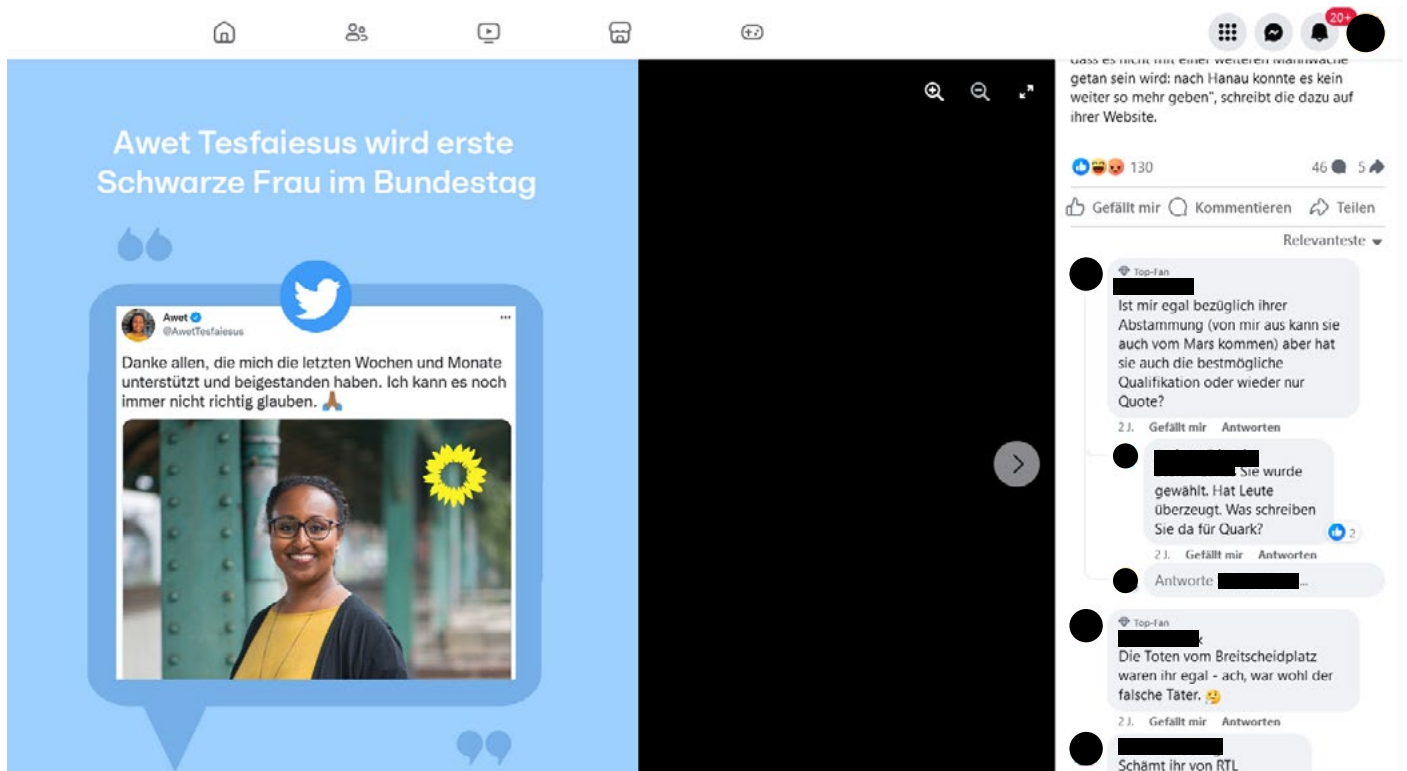


Abb. 9: Rassistische Kommentare unter einem Bild, das Awet Tesfayesus als erste Schwarze Frau im Bundestag und ihren Dank an Unterstützer*innen sichtbar macht. Quelle: Screenshot.

Awet Tesfayesus – Frauenhass trifft auf Rassismus

Awet Tesfayesus ist Juristin und ehemalige Stadtverordnete der Grünen in Kassel. Sie war stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Hessen und antirassismuskriminierungspolitische Sprecherin. Seit 2021 ist sie die erste Schwarze Bundestagsabgeordnete in Deutschland. In den Angriffen auf Tesfayesus mischen sich Misogynie und Rassismus. Unter vielen YouTube-Videos und Artikeln von und über die Abgeordnete sind die Kommentare ausgeschaltet – die Vermutung liegt nahe, dass dies wegen rassistischer und sexistischer Inhalte in der Vergangenheit geschieht.

Denn es kommt regelmäßig zu rassistischen Zuschreibungen. Tesfayesus' Erlebnisse mit Rassismus werden ihr abgesprochen oder heruntergespielt – „Migrantenkinder müssen da ein Stückweit durch“ [sic!] – genau wie die Wichtigkeit ihrer Rolle als erste Schwarze Frau im Bundestag – „Wenn man herausstellt, dass sie die erste schwarze Frau im Bundestag ist, dann ist das erstmal auch nur eine Reduzierung auf die Hautfarbe“.

Außerdem hagelt es „Token“-Vorwürfe. Die Grünenpolitikerin hätte ihren Posten nur aufgrund von Diversitätsquoten erhalten.

Frauenhass als Reaktion auf Öffentlichkeit

Misogynie ist die „Reaktion“ auf Öffentlichkeit. Anfeindungen tauchen vor allem dann auf, wenn Politikerinnen besonders sichtbar sind, sei es durch Kandidaturen für Ämter oder durch starke Präsenz in Sozialen Medien.

Im Fall von Karolin Preisler, aber auch bei anderen Politikerinnen ist der sogenannte Shitstorm ein wiederkehrendes Ereignis: Immer wieder kommen die Kommentator*innen auf frühere Vorfälle zurück, um die Betroffene auf den demütigenden Shitstorm zurückzuwerfen und die eigenen Angriffe mit der vergangenen (vermeintlichen) Transgression der Politikerin zu „rechtfertigen“.

Die frauenfeindlichen Angriffe können sowohl koordiniert von spezifischen Akteur*innen ausgehen als auch durch die Algorithmen von Plattformen und die Reichweite von Social Media-Präsenzen bedingt sein – ein

viraler feministischer Tweet weckt die Aufmerksamkeit von antifeministischen Akteur*innen, die durch ihre massenhaften Kommentare auch noch nicht antifeministisch organisierte Menschen mobilisieren, sich anzuschließen, was schließlich in einem organisierten antifeministischen Shitstorm endet.

Angriffe gegen Frauen richten sich häufig gegen deren spezifische „Transgressionen“, also vermeintliche Überschreitungen sozialer Normen, patriarchaler Vorstellungen von typischer Weiblichkeit und gesellschaftlicher Rollenerwartungen an Frauen (Preisler: „mangelnde“ Mütterlichkeit, Reichinnek: feministisches Engagement). Das Absprechen politischer Kompetenzen ist regelmäßiges Werkzeug gegen Frauen.

Die Ursachen dieses Mechanismus sind vielfältig: Wut über weibliche Sichtbarkeit, die direkt am Subjekt, das diese Wut hervorruft, ausgelassen werden muss. Aber auch „Warnungen“ an andere marginalisierte Menschen, dass ihnen das gleiche blühen kann. Nicht zu vergessen der Wunsch nach lautem Widerspruch gegen antirassistische und (queer-)feministische Äußerungen und nach dem Festhalten am Status Quo, der einem selbst Vorteile gegenüber anderen bringt.

Das Ziel dieser Angriffe ist immer dasselbe: Die Betroffenen sollen für Sichtbarkeit und öffentliche Raumnahme bestraft werden, sie sollen eingeschüchtert werden und sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen.

Meldungen Politikerinnen

Die Meldestelle Antifeminismus erreichen häufiger Meldungen, die auf Social Media-Beiträge aufmerksam machen, in denen u.a. Fotos von Politikerinnen mit Photoshop sexualisiert und mit sexistischen Schimpfwörtern beschriftet worden sind (z.B. Schl***, Fo***). Dahinter stecken sehr oft politisch organisierte extrem rechte Accounts.

4.2. Männlichkeits-Coaches auf TikTok: Antifeminismus in 60 Sekunden

T: Hanna Herweg

Selbsternannte Männlichkeits- und Dating Coaches werden auf TikTok millionenfach geklickt. In kurzen Videos klären sie unsichere Männer darüber auf, was Frauen vermeintlich denken, brauchen und begehren. Das wüssten diese nämlich selber nicht. Aber die Coaches wissen es genau: Alle Frauen wollen dominante Alpha-Männer. Dieses Ideal könnten auch die Follower erreichen, indem sie die Ratschläge der Coaches befolgen, hart an sich arbeiten und alles über Frauen lernen, was die Coaches ihnen vermitteln. Auf den ersten Blick wirken sie unpolitisch und erreichen somit auch Zielgruppen außerhalb der antifeministischen Bubble. Doch gerade deshalb bilden sie die ideale Grundlage für einen Radikalisierungsprozess.

Andrew Tate hat's vorgemacht: Antifeminismus geht viral

Die Manosphere wird oft in isolierten und obskuren Online-Foren verortet und mit einem Nischen-Dasein assoziiert. Doch digitaler Antifeminismus existiert längst nicht mehr nur in abgelegenen Ecken des Internets, sondern ist mittlerweile auf allen populären Sozialen Plattformen vertreten. Der Unternehmer und Influencer Andrew Tate hatte vor allem die beliebte Kurzvideo-Plattform TikTok genutzt, um seine extrem misogynen Inhalte zu verbreiten, und generierte eine enorme Reichweite. Trotz Sperrung seines Accounts werden die Inhalte von Tate weiterhin durch andere Nutzer gestreut. Videos, die mit dem Hashtag #AndrewTate versehen sind, wurden auf TikTok insgesamt mehr als 13 Milliarden Mal angeklickt. Mittlerweile ist er wegen Vergewaltigung und Menschenhandels angeklagt.

Doch Tate ist nur die Spitze eines Eisbergs: Auf audiovisuellen Plattformen wimmelt es von selbsternannten Coaches, die misogynen Inhalte verbreiten und Hypermaskulinität predigen, auch im deutschsprachigen Raum. In ihren zahlreichen und millionenfach geklickten Videos erteilen sie jungen Männern Ratschläge für verschiedene Lebensbereiche wie Finanzen, Fitness,

Dating, Paarbeziehungen und vor allem die Entwicklung einer dominanten Alpha-Männlichkeit. Die Coaches garantieren Erfolg durch harte persönliche Arbeit, Disziplin und die konsequente Anwendung ihrer Methoden.

Netzwerk Champlife – Reich werden durch sexuelle Ausbeutung

Im Herbst 2023 wurden die Ausmaße der Radikalisierungsprozesse durch „Männlichkeits-Coaches“ in Berichterstattungen über das Netzwerk „Champlife“ skandalisiert.

Die Gründer-Brüder Nino und Elias Harambalidis veröffentlichten Blog-Beiträge und TikTok-Videos für Männer über Methoden, die zu mehr Selbstdisziplin, Erfolg bei Frauen und Reichtum führen sollen. Wie so viele andere Accounts auch.

Doch die Machenschaften von Champlife gehen weit über die Verbreitung problematischer TikTok-Videos hinaus. Unter den Coaching-Angeboten auf der Website des Netzwerks findet man das Paket „Soul locked – Die Gesetze der Liebe“. Für 750 Euro verspricht es mehr Erfolg bei Frauen. Doch dahinter steckt, manipulative Techniken zu erlernen, die Frauen in eine emotionale Abhängigkeit bringen sollen.

Mehrere betroffene Frauen haben sich bei dem öffentlich-rechtlichen Netzwerk Funk gemeldet und von ihren Erfahrungen berichtet. Die Champlife-Reportagen von STRG_F und dem Y-Kollektiv wurden Mitte September 2023 veröffentlicht. Der TikTok-Account des Netzwerks wurde bisher nicht gelöscht (Stand: 18.02.2024).

Ideologie der Pick-Up Artists: Alpha-Männlichkeit als Gamification⁵⁶

Manipulative Techniken und emotionaler Missbrauch sind klassische Methoden sogenannter Pick-Up Artists. Diese überwiegend männlichen Gruppen setzen gezielt Verhaltensweisen und Techniken ein, um fremde Menschen – meist Frauen – sexuell zu verführen. Die Entwicklung einer dominanten Alpha-Männlichkeit wird bei den Pick-Up Artists (nachfolgend mit PUA abgekürzt) zum allgemeingültigen Rezept für sexuellen Erfolg erklärt. Mit dem Begriff „Alpha“ werden als attraktiv wahrgenommene, erfolgreiche, dominante und hyper-

maskuline Männer bezeichnet. Dieses Ideal geht gleichzeitig mit der Abwertung und Objektivierung von Frauen einher und führt nicht selten zu einer Legitimierung von Gewalt. Eine gängige Erzählung der PUA ist, dass Frauen, die in einer sexuellen Situation „nein“ sagen, eigentlich „ja“ meinten, weshalb Widerstände ignoriert und übergangen werden könnten. Dies widerspricht der deutschen Gesetzgebung. Seit 2016 gilt lt. § 177 StGB das Konzept „Nein heißt Nein“.

Entgegen der ansonsten biologistischen Ideologie der PUA basiert die Idee der Alpha-Männlichkeit ihrer Auffassung nach nicht auf einer genetischen Veranlagung: Alpha-Männlichkeit sei performativ und könne somit von allen Männern erlernt beziehungsweise gespielt werden. Sie werde durch Selbstoptimierung, Unterdrückung jeglicher Emotionen und hartes Training mit den Pick-Up Gurus erreicht. Die Spiel-Logik hat bei den PUA eine entscheidende Funktion. So werden etwa die Verführungsstrategien in verschiedene „Spielphasen“ unterteilt. Eine wesentliche Regel des Spiels besteht darin, distanziert und überlegen zu sein, um in der Position als „Spielleiter“ die Kontrolle über die Geschehnisse in der Interaktion mit Frauen zu haben. Diese werden in Attraktivitätslevel auf einer Skala von 1 bis 10 unterteilt. Ziel des Spiels ist es, eine möglichst hohe Anzahl an sexuellen Partnerinnen zu erreichen.

Der spielerische Ansatz der Pick-Up-Szene kann eine besondere Anziehungskraft auf jüngere Männer ausüben. Insbesondere in Selbstfindungsphasen oder Identitätskrisen können die Versprechungen von Selbstvertrauen und Gemeinschaft auf fruchtbaren Boden stoßen: Neben Spiel und Spaß wird eine neue hypermaskuline Version des eigenen Selbst versprochen. Zudem betonen PUA die Wichtigkeit der Community, also das Bündnis zwischen den Männern. Somit wird ein Zusammenhalt suggeriert und ein Gemeinschaftsgefühl gestärkt. In diesen männerbündischen Räumen existieren keine weiblichen Sichtweisen. Wichtig ist nur die Bestätigung der anderen Alphas.

Die Attraktivität der Alpha-Männlichkeit besteht – nach Ansicht der PUA – nicht trotz, sondern wegen ihres offenen und mutwilligen Sexismus. Ihre imaginierten Macht- und Besitzansprüche an Frauen werden nicht subtil, sondern unverhohlen nach außen kommuniziert.

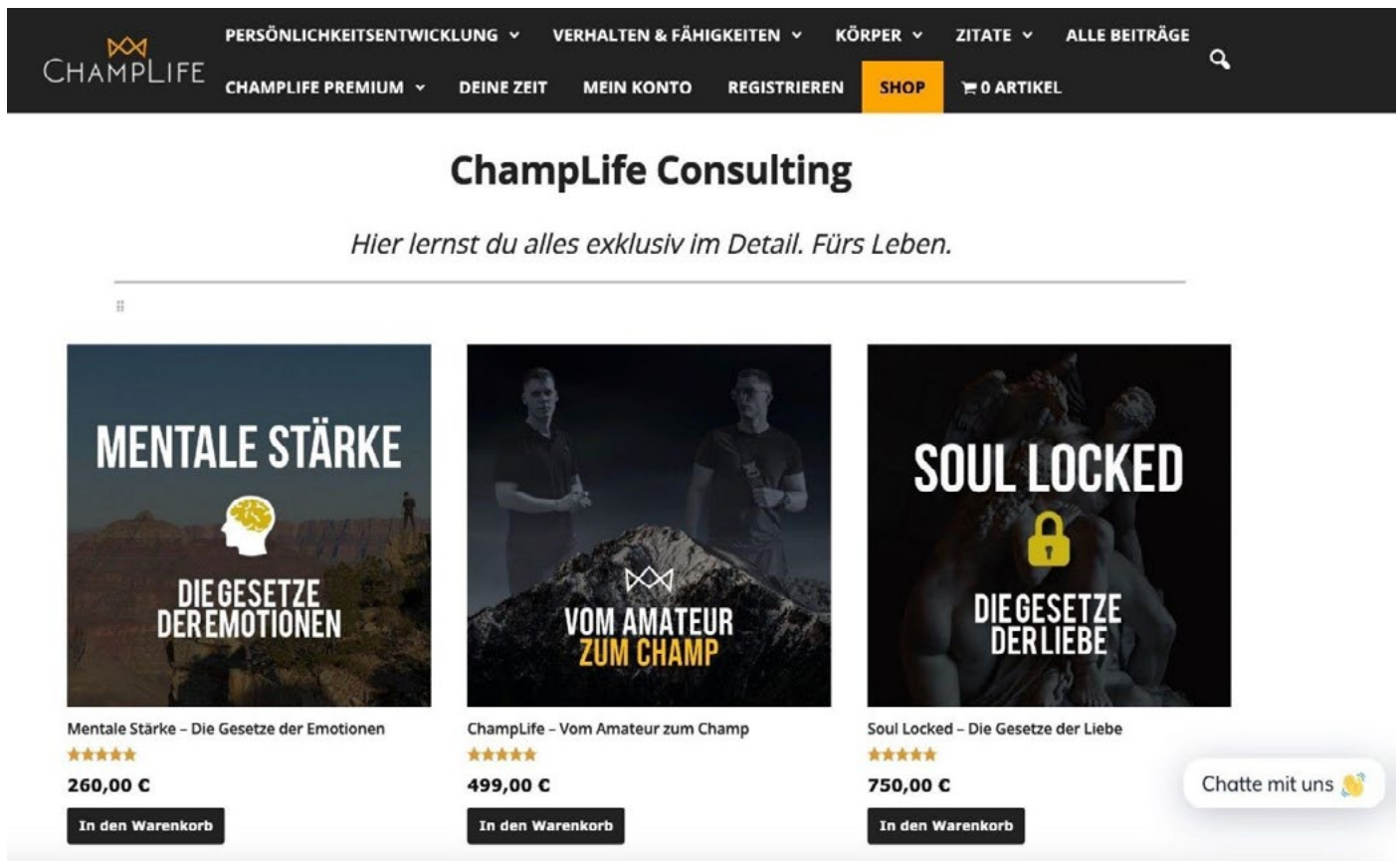


Abb. 10: Die Angebote auf der Website von Champlife. Mit dabei: Das Paket „Soul Locked – Die Gesetze der Liebe“.

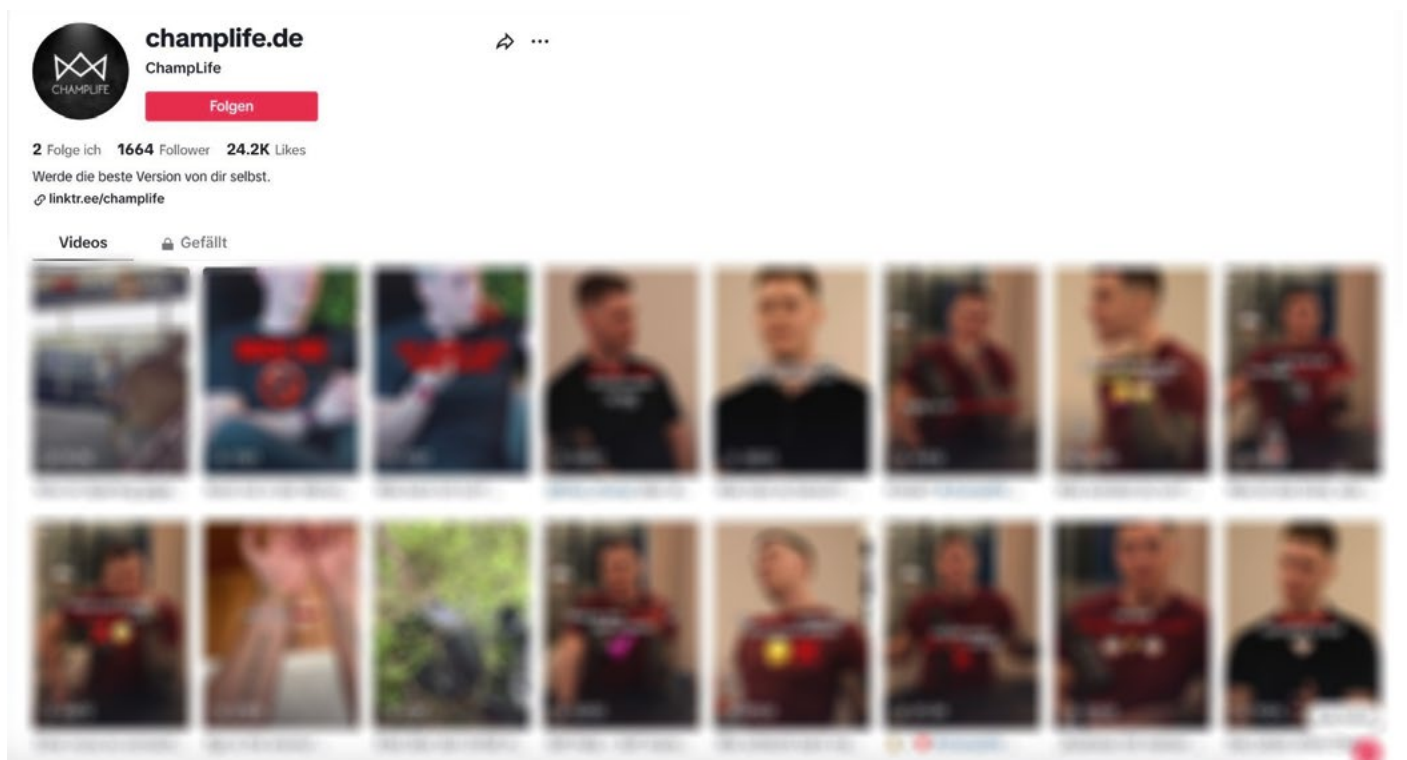


Abb. 11: Der TikTok-Account von Champlife. Quelle: Screenshot.

Vom Pick-Up Artist zum TikTok-Coach

TikTok ist ein beliebtes Medium, wenn es darum geht, hasserfüllte und menschenfeindliche Inhalte zu verbreiten. Auch Antifeminist*innen nutzen die Plattform-Logik, um ihre Inhalte einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Im Fall von Tate reagierte TikTok erst, nachdem die App schon voll mit seinen Inhalten war. Trotz der Sperrung seines Accounts sind dessen Inhalte immer noch auf der Plattform und leben durch App-interne Funktionen, wie z.B. Stitches oder Duetts, und das Teilen des Contents durch andere Nutzer*innen weiter.

Neben Hardlinern wie Champlife gibt es auch gemäßigtere Männlichkeits- und Dating Coaches, die angeben, Männern lediglich bei der Partnerinnensuche helfen zu wollen oder Tipps für ernsthafte Beziehungen zu geben. Ihnen gehe es nicht zwangsläufig darum, Frauen abzuschleppen oder Spiele zu spielen. Pick-Up Artists? Das sind die anderen.

Umgewirkommunikation und Narrative der „Manfluencer“ „Respekt, Grenzen, Hilfsbereitschaft, Kooperation, Werte, Prinzipien“ – viele der Coaches verwenden Begriffe, die auf den ersten Blick sinnvoll für eine ernsthafte Beziehung erscheinen. In manchen Videos werden diese Schlagwörter nicht näher erläutert. Doch je länger man durch die zahlreichen Videos der Coaches scrollt, desto deutlicher wird, worum es eigentlich wirklich geht: hegemonale Männlichkeit.

„Respekt“ in einer (heterosexuellen) Beziehung bedeutet hier nämlich, dass die Frau die übergeordnete Position des Mannes anerkennt und sich gehorsam und unterwürfig verhalten soll. Männern wird jedoch auch eine Mitschuld am Respektverlust zugeschrieben, wenn diese in der Beziehung keine klaren „Werte“ und „Prinzipien“ setzten. Diese basieren auf einem ausgeprägten Dominanzverhalten, das darauf abzielt, „Grenzen und Standards“ in der Beziehung festzulegen und die Entscheidungen zu treffen.

„Frauen wollen dominante Männer“

Den Coaches zufolge müssten Männer dominant sein und dürften keine Anzeichen von Schwäche, Unsicherheit oder gar Bedürftigkeit zeigen. Das fänden Frauen

nämlich insgeheim unattraktiv, auch wenn sie nach außen etwas anderes kommunizierten. Die Offenlegung von sexuellem oder romantischen Interesse seitens des Mannes führe nicht nur zum Verlust des Interesses der Frau: Die Coaches warnen in vielen Videos vor einem scheinbar wachsenden Problem – dem „zu großen Ego“ der Frauen. Ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein bei Frauen geht also nach Ansicht der Coaches zum einen mit der „Verweigerung“ von Nähe und Intimität einher und zum anderen mit einer untergeordneten Position der Männer.

„Weibliche Psychologie“

Wie bei den PUA werden Frauen als homogene Masse dargestellt. Alle Frauen hätten die gleichen Eigenschaften, Denkweisen und Bedürfnisse. Das Frau-Sein zeichne ihre gesamte Persönlichkeit aus, die auf invariablen Charakteristika basiere. Somit werden auch die Dating- und Beziehungs-Ratschläge für Männer im Umgang mit Frauen als allgemeingültig dargestellt. An mehreren Stellen werden diese invariablen Eigenschaften und Denkweisen auf eine biologisch-evolutionäre Natur zurückgeführt. Häufig fällt der pseudowissenschaftliche Ausdruck „weibliche Psychologie“, mit dem Frauen u.a. die Fähigkeit zu rationalem und logischem Denken abgesprochen werden soll. Ein uraltes sexistisches Narrativ.

Zusätzlich wird behauptet, Frauen würden oft nicht das sagen, was sie wirklich meinen, und würden Männer testen und anlügen. Diese „Tests“ sollten den Zweck erfüllen, potenzielle (Sex-)Partner besser einordnen zu können und sie gegebenenfalls auf – für eine (sexuelle) Beziehung relevante – Qualitäten zu prüfen. Dafür würden Frauen bestimmte Techniken einsetzen. Diese Unterstellung wirkt besonders ironisch vor dem Hintergrund, dass die gesamten Inhalte der Männlichkeits-Coaches daraus bestehen, teils manipulative Techniken zu vermitteln, um romantische oder sexuelle Erfolge zu erzielen.

Das Narrativ, Frauen würden nicht das meinen, was sie sagen, wird von manchen Coaches als vermeintliche Legitimierung zur Grenzüberschreitung genutzt: So sei die Aussage „Ich habe einen Freund“ als Reaktion auf männliche Annäherungsversuche lediglich eine Strategie, um den Ehrgeiz der Männer zu testen. Oft wüssten

Frauen jedoch auch nicht, was sie wollen, weshalb es die Aufgabe des Mannes sei, „die Führung“ zu übernehmen.

Retraditionalisierung: Gute Frau – schlechte Frau

Die pauschalisierende Darstellung von Frauen als homogene Masse steht im Widerspruch zu einer stark polarisierten Unterteilung in gute und schlechte Frauen, die entweder die ideale Partnerin abgeben oder das Leben der Männer zerstören. Die Zuspitzung dieser polarisierten Aufteilung stellt die Vorstellung von Frauen als „Heilige“ oder, diesen gegenübergestellt, „Huren“ dar. Erstere werden mit vermeintlich wohlwollendem Sexismus „belohnt“, letztere mit feindseligem Sexismus bestraft. Die positive oder negative Bewertung steht also in Abhängigkeit zum Grad an Unterwerfung der Frau sowie ihrer Konformität mit traditionellen Geschlechterrollen: Frauen sollten passiv und feminin sein, den Mann für alles um Erlaubnis fragen, keine männlichen Freunde haben, kein Drama machen, keusch, aber für ihren Mann jederzeit sexuell verfügbar sein. Oder, wie die Coaches es ausdrücken: keine „maskuline Energie“ an den Tag legen. Frauen, die von den Coaches der verhassten Kategorie zugeordnet sind, werden als manipulativ, hinterhältig und zerstörerisch dargestellt.

Antifeminismus auf TikTok als Radikalisierungsanstoß

Die Narrative der Männlichkeits-Coaches fügen sich perfekt in die hasserfüllte Welt rechtsextremer und religiös-fundamentalistischer Influencer auf TikTok ein. Doch die teils subtile Art und Weise, in der die misogynen Standpunkte in den kurzen Videos der Coaches vermittelt werden, erschwert es insbesondere jungen Menschen, diese zu erkennen. So können sich misogynie Einstellungen bei User*innen unbewusst manifestieren. Gerade junge Männer lassen sich schnell von den hypermaskulinen Influencern beeinflussen, die oft auf den ersten Blick vor allem erfolgreich und selbstbewusst wirken – und damit wie ein Vorbild erscheinen. Doch am Ende vermitteln die Influencer unerreichbare Ideale – denn ihre Tricks führen ja gar nicht zu Erfolg bei Frauen.

Die verunsicherten und enttäuschten Anhänger können dann für radikalisierte Szenen geködert werden, die ihren Frauenhass mit Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und anderen menschenfeindlichen Ideologien kombinieren. Der Algorithmus von TikTok sowie die subtile, teils humoristische und jugendgerechte Ansprache einiger Hatefluencer bergen somit die Gefahr eines raschen Radikalisierungsprozesses.

»Der Einfluss hasserfüllter Inhalte in digitalen Jugendräumen wie TikTok muss als Gefahr für eine demokratische Gesellschaft anerkannt werden.«

Meldungen Dating Coaches

Menschen teilen der Meldestelle immer wieder Inhalte von „Dating Coaches“ und „Manfluencern“ mit, auf die sie auf Social Media-Plattformen gestoßen sind und die sie als antifeministisch und durchaus gefährlich einschätzen. Viele sind überrascht, wie offen frauenfeindliche Inhalte kommuniziert werden und wie viele (junge) Männer diesen in den Kommentaren zustimmen. Andere erfragen fachliche Einschätzungen zu subtileren Inhalten oder wünschen sich Tipps, wie sie damit umgehen können.

Der Einfluss hasserfüllter Inhalte in digitalen Jugendräumen wie TikTok muss als Gefahr für eine demokratische Gesellschaft anerkannt werden. Die Plattform selbst sowie politische Entscheidungsträger*innen und Bildner*innen stehen in der Verantwortung, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Nur so können sicherere virtuelle Räume und eine Grundlage für positive Nutzungsmöglichkeiten geschaffen werden.

4.3. Gaming, Antifeminismus und „Anti-Wokeness“

T: Mick Prinz

Für die Video-Gamingwelt sind Streaming-Plattformen wie Twitch ein wichtiges Medium für Informationsaustausch, Vernetzung und Unterhaltung. Doch wer dort über Diskriminierung und gesellschaftliche Missstände spricht, wird selbst regelmäßig zur Zielscheibe von Trollen, vermeintlichen Kritiker*innen und einer Mischung aus reaktionären und extrem rechten Accounts. Vor allem Frauen und queere Menschen sehen sich mit organisierten Hasskampagnen konfrontiert.

„Gamergate“

Eine der bekanntesten organisierten antifeministischen Kampagnen fand 2014 unter dem Label „Gamergate“ statt. Vor allem weibliche Spielerinnen sahen sich mit einer Flut an hasserfüllten Kommentaren inklusive Ver-

gewaltigungs- und Morddrohungen konfrontiert. Auch Doxxing, also das Veröffentlichen privater Informationen, fand währenddessen statt. In der Gaming-Kultur sei kein Platz für feministische und „politisch korrekte“ Positionen, so lautete der Grundtenor der Attacks – ein offen formulierter Aufruf, feministische Spieler*innen aus der Community zu verdrängen. Die Alt-Right-Bewegung und die rechtspopulistische Medienseite Breitbart nutzten „Gamergate“ als Testballon, um die Macht von Hasskampagnen einzuschätzen und um Sexismus und Queerfeindlichkeit zu verbreiten.

Doch auch heute, zehn Jahre später, sind antifeministische und misogyne Positionen immer noch trauriger Alltag in Videospielchats, auf Twitch oder in YouTube-Kommentarspalten. Über 77 % der weiblichen Spielerinnen haben schon geschlechtsspezifische Diskriminierung in Online-Games erlebt.⁵⁷ Als Konsequenz verbergen 59 % der Frauen beim Online-Spielen ihr Geschlecht, wählen nicht feminin klingende Profilnamen, meiden weibliche Skins (Aussehen des Spielcharakters), lassen das eigene Mikrofon ausgeschaltet oder ziehen sich aus Text- und Sprachchats zurück.⁵⁸ Die Studie „Hate is no Game“ der Anti-Defamation League (ADL) kommt zu einem ähnlichen Ergebnis und betont, es seien vor allem die Spielerinnen, an denen sich der Hass entlade.⁵⁹



Abb. 13: Eine Nutzerin berichtet über Erfahrungen mit Sexismus in Online-Spielen. Quelle: Screenshot X/Twitter.

Antifeminismus gegen Diversität in Videospielen

Antifeminismus und Frauen- und Queerfeindlichkeit zeigen sich auch 2023 regelmäßig, z.B. in Debatten um die Geschichten in Videospielen. Als im April 2023 die Erweiterung „Burning Shores“ für das Spiel „Horizon Forbidden West“ erscheint, ist der Aufschrei in Teilen der Gamer-Fanbase groß. Spieler*innen haben die Möglich-

keit, als Protagonistin Aloy eine andere Frau zu küssen. Obwohl dies nur eine von drei möglichen Entscheidungen ist, gehen viele Gamer auf die Barrikaden. Wie auch schon bei anderen Spielen folgt auf die optionale Queerness der Hauptfigur ein negativer Review-Hagel auf User*innen-Testseiten. Schon im Vorfeld hatten sich negative Kommentare gehäuft, dass Aloy „nicht weiblich genug“ aussehe. In vielen Videospielen haben weibliche Charaktere die Rolle der „damsel in distress“ (einer hilfsbedürftigen jungen Frau), die gerettet werden muss. Doch in den letzten Jahren zeigt sich eine positive Entwicklung hin zu diverseren Charakteren und Rollenverteilungen. Jedoch unterstreicht ein aktueller Report von „GLAAD“, dass die LGBTQIA+ Repräsentation in Videospielen weitaus niedriger ist, als der Anteil der Menschen die sich als LGBTQIA+ identifizieren.⁶⁰



Abb. 14: Screenshot aus „Burning Shores“.

Frauen, Queers und Feminismus in der Gaming-Community

Die gängige Behauptung, Frauen hätten es im Gaming leichter als männliche Kollegen, lässt sich schnell widerlegen. Wenn sich weibliche und nicht binäre Streamer*innen auf Twitch zu politischen Themen äußern, bekommen sie unzählige sexistische, queer- und transfeindliche Nachrichten in die Kommentarspalten und Privatnachrichten gespült. Accounts von trans Personen, selbst solche, die kaum Reichweite haben, werden regelmäßig mit Hass überzogen. Transfeindliche Stigmatisierungen tauchen immer wieder in Kommentar-

spalten auf, ohne Widerspruch zu erfahren. Und selbst wenn Frauen auf Twitch „nur“ ihr Lieblingsspiel spielen und ihre Community unterhalten, werden sie regelmäßig objektiviert und sexualisiert.

Die negative Stimmung gegen Streamer*innen, die sich politisch positionieren oder auch einfach nur als Frauen und Queers in der Gamingwelt unterwegs sind, erfreut vor allem die populistische und extreme Rechte im Gaming. Zahlreiche neurechte und rechtskonservative Accounts nutzen die antifeministischen Angriffe auf Spieler*innen, um Menschenfeindlichkeit zu feiern und zu normalisieren. Dabei ist das Zusammenspiel von extrem rechten und rechts- wie linkskonservativen Gamern gefährlich. Beide auf eine Stufe zu stellen, würde den konservativen Streamern unrecht tun – und verharmlost die extreme Rechte. Es fällt aber auf, dass rechtsextreme Positionen in Teilen ihrer Communitys auf offene Ohren stoßen oder extrem rechte Profile in den eigenen Reihen geduldet werden. Zusätzlich verwenden konservative Streamer bisweilen selbst diskriminierende Sprache. Vor allem seit 2023 häuften sich antifeministische und transfeindliche Kampagnen auf Twitch. Diese illustrieren, wie die Ablehnung progressiver Inhalte als verbindendes Element zwischen der extremen Rechten und reaktionären Communitys fungiert – und in antifeministischen Kampagnen endet.

Wenn sich Frauen und Queers im Gaming feministisch positionieren, wird in der Kritik gegen sie häufig von einem „woken Extremismus“ gesprochen. Dieses Narrativ bewirkt, dass die Grenze des Sagbaren weiter nach rechtsaußen gerückt wird. Ob beabsichtigt oder nicht: Die Diffamierungen gegen feministische Streamer*innen 2023 haben eine Lawine an antifeministischen und „anti-woken“ Haltungen ins Rollen gebracht, die sich längst nicht mehr nur an prominenten Streamer*innen abarbeiten. Auch visuelle Mittel werden verwendet, um einen Zusammenhang zwischen queeren Menschen bzw. der queeren Community und Rechtsextremismus darzustellen. Verbreitung fand z.B. ein Bild, dass „Pride Flags“ (Regenbogenflaggen) so anordnet, dass ein Hakenkreuz entsteht.



Abb. 15: Ein geläufiges Narrativ: „Woke“ seien die „wahren Rechtsextremen“.
Quelle: Screenshot X/Twitter.

Die „Anti-Wokeness“-Bewegung

Viele Stimmen regen sich über Diversität in Games auf und wettern gegen eine vermeintliche „woke“ Indoktrination ihrer Videospielwelten. „Woke“ ist ein Begriff, den rechtskonservative Kreise sich aneigneten, um Menschen mit progressiven Ansichten abzuwerten.

Auch 2023 finden organisierte antifeministische Angriffe auf einzelne Streamer*innen und Gamer*innen statt. Zum Beispiel im Zuge der Veröffentlichung des Spiels „Hogwarts Legacy“. Nicht nur aufgrund der anhaltenden transfeindlichen Attacken der Autorin J.K. Rowling positionieren sich viele Gamer*innen gegen die Inhalte des Spiels. Streamer*innen machen auch auf die Mitarbeit von rechten bis rechtsaußen aktiven Entwicklern im Studio Avalanche, die das Spiel umsetzen, sowie auf klar antisemitische Darstellungen aufmerksam⁶¹. „Anti-Wokeness“-Kommentare äußern daraufhin, dass Videospiele doch nur ein eskapistisches Medium seien und Politik hier herausgehalten werden solle. Ein Argument, das schon in Zeiten von „Gamergate“ genutzt wurde, um Diversität in Videospielen abzulehnen und problematische Entwicklungsprozesse auszuklammern.

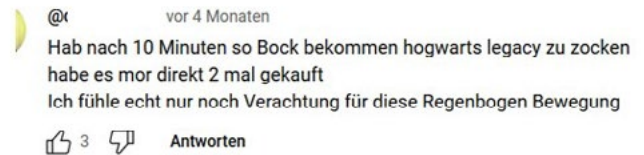


Abb. 16: Beispiel für LGBTQIA+-Feindlichkeit in der Debatte um „Hogwarts Legacy“. Quelle: Screenshot YouTube.

Besonders in der „Hogwarts Legacy“-Debatte fallen Kommentare auf, die weniger auf Inhalte eingehen, sondern primär einen vermeintlich aggressiven oder temperamentvollen Ton kritisieren. Dies wird auch „Tone Policing“ genannt und trifft vor allem marginalisierte Menschen häufig. Ziel ist es dabei, Argumente oder Aussagen abzuwerten, das Gegenüber zum Schweigen zu bringen oder Diskussionen abubrechen. Gerade Frauen wird zu hohe Emotionalität vorgeworfen, weswegen es unmöglich sei, mit ihnen ordentlich und gesittet zu diskutieren. In Netzdebatten wird diese Strategie häufig von rechtskonservativen und reaktionären Kräften verwendet, um marginalisierte Menschen aus Diskursen zu drängen.

Meldungen Gaming

Betroffene und Zeug*innen haben 2023 der Meldestelle Antifeminismus mehrere Vorfälle mitgeteilt, in denen auf Gaming- und Streaming-Plattformen gegen Frauen und LGBTQIA+-Spieler*innen gehetzt und frauen- und queerfeindliche Narrative verbreitet wurden. Einige versuchten ins Gespräch zu gehen und Stellung zu beziehen, wodurch sie selbst angefeindet wurden. Viele teilen, dass sie die Inhalte und die Aggressivität der Kommentare belastend finden.

Solidarität als Antwort

Auch wenn antifeministische Meinungen auf Twitch so akzeptiert scheinen wie kaum woanders, gibt es Grund zur Hoffnung. Während der Hasskampagnen gegen bestimmte Streamer*innen der letzten Jahre, vor allem 2023, meldeten sich nicht nur viele Betroffene solidarisch zu Wort, sondern auch „außenstehende“ männliche Influencer der Gaming-Szene. Sie nutzten ihre Platt-

formen, um den Betroffenen den Rücken zu stärken und sich klar gegen antifeministische und rechtsextreme Hetze zu positionieren. Dennoch sollten Solidaritätsbekundungen nicht nur eine kurze Momentaufnahme sein. Die Unterstützung von Betroffenen sollte als dauerhaftes Anliegen gelten.

Antifeministische Hasskampagnen müssen als solche benannt und dürfen nicht als einfache Streitigkeit zwischen Influencer*innen abgetan werden. Dass rechts-extreme Accounts sich in diesen Auseinandersetzungen besonders wohl fühlen und versuchen, ihre Narrative in bestehenden Debatten zu platzieren, ist kein Zufall. Anstatt es Rechtsextremen auf Plattformen wie Twitch noch leichter zu machen und mit diesen gewollt oder ungewollt Allianzen gegen „Woke“ und „Gutmenschen“ einzugehen, bedarf es einer gemeinsamen Haltung gegen Menschenfeindlichkeit. Der lange Schatten von „Gamergate“ hat sich selten so deutlich abgezeichnet wie in den 2023 beginnenden Hasskampagnen gegen Frauen und Queers in Gaming-Räumen.

Strategien und Narrative einer antifeministischen Hasskampagne im Gaming

- Hass entlädt sich primär an prominenten Persönlichkeiten, richtet sich aber auch gegen weitere marginalisierte Gruppen.
- Sexistische Narrative werden mit klassischen rechtspopulistischen Narrativen vermischt: Frauen wird Expertise abgesprochen, sie müssen sich ihre Rolle als „echte Gamer“ mehr verdienen als Männer. Gleichzeitig gibt es den Vorwurf, dass „Wokeness“, „Genderwahn“ und „Social Justice Warriors“ die Gesellschaft zerstörten und von progressiven Persönlichkeiten forciert würden.
- Ein Handlungszwang wird suggeriert, „Ungerechtigkeit“ soll nicht hingenommen werden (Aufruf zu antifeministischen Mobilisierungen).
- Es gibt umfassende Belästigungen bis hin zu Gewaltandrohungen.
- Reaktionäre und rechtskonservative bis -extreme Communitys nehmen gegenseitig Bezug aufeinander: Die eigene Meinung sei die der Mehrheit, es gelte, die Meinungshoheit zu erlangen, Feindbilder zu diskreditieren, die eigene „Wahrheit“ zu verbreiten. (Dabei ist die extreme Rechte entweder tonangebend oder reaktiv, um Dynamiken als Diskurssprungbrett zu benutzen.)
- Die eigene Rechtschaffenheit wird betont, um sich von „falschen Woke-Meinungen“ abzugrenzen. („Echte Betroffene werden von euch geschädigt.“)

4.4. Antifeminismus als Brücke: Protest-Mobilisierung in Nordsachsen

T: Marie Künne

Im Zuge der Corona-Pandemie gründeten sich sachsenweit Protestbewegungen gegen die Schutzmaßnahmen. Die Netzwerke, aus denen Querdenken- und ähnliche Proteste organisiert wurden, blieben nach der Pandemie bestehen, die thematischen Schwerpunkte änderten sich. Mit Fokus auf den Landkreis Nordsachsen geht dieser Artikel der Frage nach, inwiefern antifeministische Verschwörungserzählungen die Funktion von Brückennarrativen innerhalb der Protestbewegung erfüllen.

Die Protest-Mobilisierung gegen die Pandemiemaßnahmen organisierte sich in Nordsachsen vornehmlich über Telegram-Gruppen. „Bad Dübén – Wir stehen auf“, „Freiheitsboten Nordsachsen“ und „Oschatz lebt!“ sind drei Gruppen, die auch heute noch aktiv genutzt werden. Im Kontext des Ukraine-Kriegs und der Energiekrise veränderten sich die Schwerpunktthemen und Slogans. Zum Grund-Tenor in den Gruppen gehörten und gehören Verschwörungserzählungen jedoch durchgehend dazu. Das Verschwörungsnarrativ einer „Plandemie“ rückte 2023 in den Hintergrund, und Erzählungen darüber, dass der Krieg Teil einer „großen Verschwörung“ sei, wurden lauter. Antiamerikanische Feindbilder sind präsenter und die montäglichen Spaziergänge widmen sich stärker dem Thema Waffenlieferungen und der NATO, die als „wahrer Feind“ markiert wird.

Die Funktion von Brückennarrativen

Die Ausgangshypothese dieses Beitrags ist, dass antifeministische Narrative in den Telegram-Gruppen Nordsachsens eine ideelle Brücke nicht nur zwischen den Teilnehmer*innen der Proteste, sondern auch zur Mehrheitsgesellschaft bieten. Mit Brückennarrativen werden ideologische Elemente (Ideologeme, Diskurselemente oder Narrative) bezeichnet, die von verschiedenen Gruppen, teils aus unterschiedlichen politischen Spektren, geteilt werden und ähnliche Muster und Schnittmengen aufweisen. Grundlegend gemeinsam ist diesen Brückennarrativen, dass sie klare Freund- und Feindbilder konst-

ruieren und dadurch eine Vorstellung von hierarchischen Gesellschaftsordnungen entwickeln.⁶²

Antifeminismus in der Protest-Mobilisierung in Nordsachsen

Um die Frage zu beantworten, welche Rolle antifeministische Narrative in den nordsächsischen Telegram-Gruppen spielen, wurden die Gruppen mithilfe von Schlagworten nach Beiträgen durchsucht, welche sich eindeutig auf Themen beziehen, die zentral in gegenwärtigen antifeministischen Diskursen sind. Es wurde mit den Schlagworten „Gender“ und „Trans“ gearbeitet.

Die „Freiheitsboten Nordsachsen“, Ableger des bundesweit organisierten Netzwerks der „Freiheitsboten“, das auf den Querdenken-Aktivist Bodo Schiffmann zurückzuführen ist, wurden im September 2020 gegründet. Auf dem Telegram-Kanal werden auch Ende 2023 noch Verschwörungserzählungen zu den Corona-Impfungen verbreitet.

Die Oschatzer Gruppe ist mit ca. 350 Abonnements etwas größer als die der Freiheitsboten. Wöchentlich werden hier Videomitschnitte der Montagsdemonstrationen in Oschatz geteilt. Inhaltlich und rhetorisch knüpfen die Beiträge in der Telegram-Gruppe an die Reichsideologie an. Außerdem werden quasi täglich Beiträge von den oder mit Bezug auf die extrem rechten „Freien Sachsen“ geteilt. Fotos der Montagsdemos zeigen neben Fahnen der „Freien Sachsen“ Friedensfahnen und die in rechts-extremen Kreisen beliebte Wirmer-Flagge.

Die Bad Dübener Gruppe ist mit etwa 110 Abonnements deutlich kleiner. Auch in dieser Gruppe werden seit 2021 wöchentlich Fotos und Videos von den Montagsdemos in Bad Dübén geteilt. Ähnlich wie in Oschatz nehmen auch in Bad Dübén jede Woche nur eine Handvoll Menschen teil. Neben Fahnen der „Freien Sachsen“ tragen die Protestierenden hier vor allem Friedenssymbole mit sich. Eine Fahne, die einen Zusammenschnitt der russischen und der deutschen Nationalflagge abbildet, weist auf die Russlandsolidarität der Gruppe hin. Und auch das antifeministisch aufgeladene Motiv des Kinderschutzes ist in Schriftzügen und Bannern auf den Demonstrationen in Bad Dübén zu beobachten. Nationalistische, rassistische und sexistische Inhalte sind für die Gruppeninhalte charakteristisch.

In allen drei Gruppen finden sich Beiträge zu den Schlagworten, die in antifeministischen Narrativen zentral sind. Der Begriff „Gender“ wird als Kampfbegriff zur Diffamierung diversitätsgerechter Sprache und Politik gebraucht. Teilweise wird gar nicht weiter darauf eingegangen, was unter „Gender“ verstanden wird, sondern der Begriff nur in eine Reihe gestellt mit anderen vermeintlichen „diktatorischen“ und „verschwörerischen“ Maßnahmen, wie dem angeblichen „Impfzwang“.

Ein Beitrag vom 9. Mai 2023 titelt mit der Überschrift: „Woker Gender-Wahnsinn“. Er nimmt Bezug darauf, dass eine Kita in Hessen die geschlechterstereotypen Geschenke zu Mutter- und Vatertag in Zukunft vermeiden will. Nicht nur stelle der Vorstoß der Kita einen „Angriff“ auf die „traditionelle Familie“ dar, so der Beitrag in der Bad Dübener Telegram-Gruppe, sondern es gelte, sich als „Bürger in den östlichen Bundesländern [...] gegen den Irrsinn, der [...] westdeutsche Landsleute schon in einem riesigen Ausmaß ergriffen hat, abzuschotten“.

Das Narrativ, es handle sich bei „Gender“ um „woke“ Ansichten und um „Wahnsinn“, vor dem man sich „abschotten“ müsse, knüpft an antifeministische Verschwörungserzählungen an. Verschwörungserzählungen gießen komplexe gesellschaftliche Umbrüche in die vereinfachte Formel: „Wer hat Schuld?“ Ihr zugrunde liegt die Vorstellung, dass alle gesellschaftlichen und politischen Prozesse auf Verschwörungen zurückzuführen seien, ausgeführt von einer geheimen Gruppe Supermächtiger. Feministische Emanzipationsbewegungen werden so delegitimiert und die Berechtigung ihrer Interessenvertretung negiert. Feminist*innen werden damit zugleich als übermächtig konstruiert: Sie stellten zwar nur eine kleine, aber nichtsdestotrotz mächtige Minderheit dar, die gegen die überwiegende Mehrheit von nicht-feministischen Personen handle und deren Schaden suche. Lebensentwürfe, die nicht den tradierten Vorstellungen von Mann/Frau und Familie in Form von Mutter-Vater-Kind entsprechen, werden so nicht „nur“ abgewertet, sondern als „Angriff“ und „Feind“ markiert. Nicht selten münden antifeministische Verschwörungserzählungen auch in antisemitischen Narrativen.⁶³

Ein wiederkehrendes Motiv in den Beiträgen, die unter dem Schlagwort „Trans“ in allen drei Gruppen gefunden wurden, ist das der vermeintlichen „Frühsexualisierung“.



Abb. 17: Telegram-Beitrag der Gruppe „Bad Dübener – Wir stehen auf“ vom 9. Mai 2023. Quelle: Screenshot.

Nicht nur werden Inhalte zur Aufklärung über Transidentität als „jugendgefährdend“ diffamiert. Auch die Verschwörungserzählung, es gebe einen „Trans-Kult“, der zur „Sexualisierung“ von Kindern und Jugendlichen führe, wird verbreitet. Unter vermeintlichem „Kinderschutz“ wird so Antifeminismus verbreitet. Die Vorstellung eines „omnipotenten Trans-Kults“ taucht auch in den anderen Beiträgen auf. Das antimoderne Motiv einer herbeigesehnten „Natürlichkeit“, auf das sich die Beiträge beziehen, ist grundlegend für antifeministische Ideologie. Auch in anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen, insbesondere im Antisemitismus und Rassismus, wird immer wieder auf das Motiv eines unantastbaren, unveränderbaren „Naturzustands“ zurückgegriffen. Hierin besteht ein Anknüpfungspunkt von Antifeminismus zu anderen menschenverachtenden Ideologien.

Die Schlagwortsuche und die Analyse der dabei identifizierten Beiträge machte deutlich, dass antifeministische Narrative in den drei ausgewählten Telegram-Gruppen verbreitet werden. Auffällig ist dabei zum einen die Kommunikation von antifeministischen Narrativen über Verschwörungserzählungen. So könnte man sagen, sind Verschwörungserzählungen die Form, in der Antifeminismus in den untersuchten Telegram-Gruppen geteilt wird. Außerdem auffällig ist, dass die Bedrohungsszenarien und Feindbilder, die in diesen antifeministischen Verschwörungserzählungen gezeichnet werden, besonders trans- und queerfeindlich sind. Den gemeinsamen Kern von Antifeminismus, Trans- und Queerfeindlichkeit bilden der gesellschaftlich verankerte Sexismus sowie patriarchale Strukturen.⁶⁵

Landesweite Verbindungen und thematische Brücken

Diese Verbindung findet sich auch an anderer Stelle in Sachsen wieder: Im Frühjahr 2023 kündigte die AfD Sachsen eine Kampagne vor sächsischen Schulen gegen sexuelle Vielfalt im Schulunterricht an. Titel der Kampagne und eines Antrags der AfD im sächsischen Landtag war „Vorsicht! Genderwahn im Schulunterricht“.⁶⁶ Kinder müssten vor „Frühsexualisierung“ und die traditionelle Familie vor ihrer Zerstörung geschützt werden, erläutert die AfD Sachsen auf ihrer Website das Vorhaben. Ihr bildungspolitischer Sprecher Rolf Weigand argumentiert: „Auch wenn [...] Regenbogen-Ideologen [...] das Gegenteil behaupten, kann man sich das eigene Geschlecht nicht aussuchen.“ Das Beispiel zeigt: Die antifeministischen

Verschwörungserzählungen aus den Telegram-Gruppen, die queeres Leben sowie die Aufklärung darüber als Bedrohung stilisieren, knüpfen an antifeministische Diskurse an. Die Vorstellung von Ungleichwertigkeit, die dem Antifeminismus zugrunde liegt, macht ihn anschlussfähig an rechtsextremes Gedankengut. Daher ist es auch nicht überraschend, dass rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure wie die sächsische AfD antifeministische Verschwörungserzählungen verbreiten. Das Ausmaß sowie das Gefahrenpotenzial, das von der Verbreitung trans- und queerfeindlicher Verschwörungserzählungen ausgeht, lassen sich in Sachsen an der jährlich steigenden Zahl queerfeindlicher Gewalt ablesen.⁶⁸

Bei genauer Betrachtung lässt sich überdies feststellen, dass antifeministische Verschwörungserzählungen nicht isoliert in den Gruppenbeiträgen auftreten, sondern die verwendeten Motive in engem Zusammenhang zu anderen menschenfeindlichen Erzählungen stehen. So war zum Beispiel das Motiv des „Kinderschutzes“ insbesondere auch im Kontext der Corona-Proteste sehr prominent vertreten. Antifeministische Akteure, wie militante Abtreibungsgegner*innen, aber auch rechte Akteure, bezogen sich immer wieder auf den Schutz „unserer Kinder“.⁶⁹ Imke Schmincke zufolge stellt das Motiv „Kind“ in rechtskonservativen bzw. rechtspopulistischen Bewegungen eine moralische Waffe im Kampf um heteronormative Hegemonie dar und ist in diesem Kontext Ausdruck eines manifesten Antifeminismus.⁷⁰ Gleichzeitig tritt „Kinderschutz“ als Motiv oftmals auch in Verschwörungserzählungen rund um die COVID-19-Impfungen auf.

Fazit

Antifeministische Verschwörungserzählungen werden in allen drei untersuchten Telegram-Gruppen geteilt und erfüllen innerhalb der Gruppen die Funktion von Brückennarrativen. Die geringe Anzahl von explizit antifeministischen Postings lässt sich so interpretieren, dass es sich bei den schlagwortbezogenen Themen „Gender“ und „Trans“ nicht um das zentrale Mobilisierungsthema der Gruppen handelt. Anhand ihrer Rolle als „Brückennarrative“ lässt sich jedoch nachvollziehen, welche qualitative Bedeutung antifeministische Narrative innerhalb der Gruppen haben. Auf keinen der beschriebenen Beiträge in den drei Gruppen gab es eine Gegenreaktion, weder in Form einer Antwort noch eines direkten Dislikes. Dieser fehlende Widerspruch erscheint als gruppeninterne Zustimmung zu den antifeministischen, queer- und transfeindlichen Postings.

Alle drei Gruppen werden von einer relativ kleinen Anzahl an Abonnent*innen gelesen. Wie die Telegram-Gruppen, so formieren sich auch die jeweils aus den Gruppen resultierenden lokalen Montagsproteste aus nur sehr wenigen Aktivist*innen. Was die Relevanz der Gruppen, sowohl digital als auch analog, jedoch ausmacht, ist der fehlende Gegenprotest. In keiner der Gemeinden in Nordsachsen hat sich in den letzten drei Jahren nennenswerter Gegenprotest formiert, weder auf den Straßen noch online. Anders als in der Stadt Leipzig trifft das in den Telegram-Gruppen geteilte Gedankengut im Landkreis Nordsachsen also auf wenig Widerspruch und kann somit auf die lokale politische Kultur wirken. Die untersuchten nordsächsischen Telegram-Gruppen tragen damit zu einer Normalisierung antifeministischen Gedankenguts unter den Abonnent*innen und in ihrem Umfeld bei.

4.5. Frauen in der extremen Rechten: Strategien und Orte von (Anti-)Feminismus

T: Lea Lochau

Frauen spielen eine zentrale Rolle in der Weitergabe von Ideologie sowie nationaler und kultureller Identität,⁷¹ so auch innerhalb der extremen Rechten. Die Rolle von Frauen und Mädchen innerhalb der extremen Rechten wird jedoch nach wie vor unterschätzt.⁷²

Ihre Sichtbarkeit und ihr Aktivismus stehen nicht im Widerspruch zu dem ihrer Ideologie inhärenten Antifeminismus. Ein primäres Ziel ist die Schaffung vermeintlich vielfältiger Identifikationsangebote von und für extrem rechte Frauen – ein Phänomen, das bereits in den 1990er Jahren zu beobachten war und von Wissenschaftler*innen damals wie heute als Anpassung an Modernisierungsprozesse eingeordnet wird.⁷³ Besonders junge Frauen werden innerhalb der parteiförmigen extremen Rechten immer sichtbarer. Aktuelle Studien zeigen, dass immer mehr junge Menschen beispielsweise die AfD wählen oder rechts-extremen Einstellungen zustimmen.⁷⁴ Mit der generell höheren Zahl junger Menschen lässt sich auch die zunehmende Sichtbarkeit junger Frauen erklären. Darüber hinaus verleihen Frauen extrem rechten Inhalten einen harmloseren Anstrich.⁷⁵

Antifeministische Besetzung von Themen in der extremen Rechten

Trotz verstärkter Präsenz lassen sich keine eindeutig neuen Themen erkennen, die diese Frauen bespielen. Zwar erschließen sie sich neue Räume, vernetzen sich im EU-Parlament oder gründen Fraueninitiativen.⁷⁶ Die Themen und auch die Funktion von Frauen bleiben dabei aber unverändert.

Mit Inhalten wie der rassistischen Instrumentalisierung sexualisierter Gewalt versucht die extreme Rechte, gezielter Frauen zu erreichen. Dabei dienen „der Islam“ oder Schlagworte wie „Migration“ und „Einwanderung“ als Feindbild. Sexualisierte Gewalt wird als importiertes Problem inszeniert. Gleichzeitig wird das Narrativ einer „weißen Identitätspolitik“ gesponnen:⁷⁷ Eine „weiße“

Minderheit würde unterdrückt und sei in ihrer Existenz bedroht durch einen vermeintlich organisierten „Bevölkerungsaustausch“. Extrem rechte Akteur*innen politisieren feministische Themen von rechts und versuchen Begriffe wie „Feminismus“ oder „Sexismus“ bewusst als „Kampfbegriffe“ einzusetzen. Dies zeigen Vorträge einzelner Aktivistinnen, die unter entsprechenden Titeln u.a. im EU-Parlament gehalten wurden.⁷⁹

Intersektionale (queer-)feministische Ansätze werden auch in Bezug auf Mutterschaft dämonisiert. Reichweitenstarke extrem rechte Influencerinnen unterstellen „dem Feminismus“ bspw., dass er Mutterschaft als etwas Schlechtes betrachte und die heteronormative „Kernfamilie“ bekämpfe. An diesen Beispielen zeigen sich antifeministische Einfallstore der extremen Rechten: Transfeindlichkeit, Biologismus und Hetze werden zur Legitimierung und Vormachtstellung eines traditionellen Verständnisses von Geschlechterkategorien benutzt. Um Vivien Laumann zu zitieren: „Ohne die Kategorie Geschlecht würde der Rechtsextremismus bzw. die rechtsextreme Ideologie nicht funktionieren.“⁸⁰

„Feminismus von rechts“? Was wirklich dahinter steckt

Ein vermeintlicher Versuch, sich „Feminismus“ als ein neues Themenfeld zu erschließen, erfolgt in extrem rechten Frauengruppen. Dies lässt sich in den letzten Jahren sowohl im deutsch- als auch im französischsprachigen Raum erkennen.⁸¹ Gleichzeitig zeigt sich, dass die extrem rechte Instrumentalisierung von „Feminismus“, wie etwa der angebliche Kampf gegen die „Verdrängung der Frau aus dem öffentlichen Raum“ oder ihr vermeintlicher Kampf „gegen Gewalt an Frauen“, letztlich nur zur Rechtfertigung rassistischer Argumente dient und von der inhärenten Ungleichheit zwischen „Mann“ und „Frau“ ausgeht. Hier drängt sich ein Widerspruch auf, der sich als antifeministisch beschreiben lässt. Zwar finden wir im französischsprachigen Raum vereinzelt Eigenbezeichnungen wie „féministe identitaire“ von szenetypischen Frauengruppen, dennoch handelt es sich auch hier um femonationalistische Agitation nach Farris 2011.⁸²

Orte der antifeministischen Besetzung von Diskursen

Social Media-Formate werden von der extremen Rechten häufig zur Zielgruppenerweiterung genutzt – leider mit Erfolg.⁸³ Primär um junge Menschen und explizit junge Frauen und Mädchen zu erreichen. Auch hier ist es das Ziel, Diskursfähigkeit zu erlangen, indem aktuelle Themen und Begriffe aufgegriffen und vereinfacht, unterkomplex dargestellt werden.⁸⁴ Für 2023 waren u.a. folgende Trends zu beobachten: TradWife Content (hergeleitet von „traditional wife“ – „traditionelle Ehefrau“) erlangte viel Reichweite – dahinter steckt ein Revival alter Geschlechterrollen in der Ehe. Aber auch das oben bereits beschriebene rassistische Framing von Gewaltverbrechen gegenüber Frauen sowie transfeindliche Hetze spielten eine Rolle. Und nicht zuletzt und immer wieder das Schüren von Feindbildern in Gestalt der politischen Gegner*innen. ●

Resilienz gegen Antifeminismus und Frauenhass:

Was ist zu tun?

T: Judith Rahner

Ein Erstarren autoritärer, vielfaltsfeindlicher und extrem rechter Bewegungen und Ideologien in den letzten Jahren geht auch mit einem Erstarren von Antifeminismus einher. Um antidemokratischen und menschenfeindlichen Entwicklungen zu begegnen und die Resilienz der Zivilgesellschaft gegen Antifeminismus zu stärken, sind die nachfolgenden Punkte relevant.

Benennen: Antifeminismus ist demokratiefeindlich

Geschlechtergerechtigkeit, Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitiken sowie (rechtliche) Errungenschaften der Frauenbewegungen sind demokratische Grundwerte, die nicht zur Disposition stehen. Angriffe auf diese Werte sind Angriffe auf die Demokratie. Antifeminismus, Geschlechter- und Familienpolitik müssen als zentrales Mobilisierungsfeld neurechter oder extrem rechter Akteur*innen ernst genommen werden. Kaum ein anderes gesellschaftspolitisches Feld wird derart massiv, aber gleichzeitig unbemerkt angegriffen.

Systematisches Monitoring (on- wie offline) und Erstellung eines Lagebilds Antifeminismus

Bisher fehlten eine Übersicht sowie ein Monitoring antifeministischer und sexistischer An- und Übergriffe. Das Lagebild Antifeminismus versucht diese Lücke zu schließen. Es gibt zu wenig systematisch erfasste und aufbereitete Daten zur Gefährdungslage und Ausprägung, zu Betroffenen- oder Akteursgruppen. Auch über frauenhassende und queerfeindliche Online-Subkulturen und Phänomene wie Incels, die Manosphere oder Pick-Up-Artists ist zu wenig bekannt. Zudem fehlt

Wissen um antifeministische Mobilisierungen in extrem rechten migrantischen Gruppierungen, beispielsweise bei kroatischen Ultranationalist*innen oder türkischen Grauen Wölfen.

Bildung und Beratung gegen Antifeminismus intensivieren

Es braucht mehr Fortbildungen und Coaching, um die zivilgesellschaftliche Resilienz gegen Antifeminismus zu fördern. Dazu gehört eine beratende Begleitung für Sozialarbeiter*innen, Journalist*innen, Sicherheitsbehörden, aber auch für Kommunalpolitiker*innen oder politisch Engagierte zu den Themen antifeministische Hassrede und misogynie, sexistische Anfeindungen. Bildung gegen Antifeminismus sollte Teilnehmende befähigen und darin stärken, mit sexistischen und antifeministischen Anfeindungen umzugehen. Nur so kann gewährleistet werden, dass engagierte Frauen an demokratischen Entscheidungsprozessen partizipieren und ihre Themen einbringen können und es in kommunalen Strukturen nicht zu Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsräume durch antifeministische Aggressionen kommt.

Auch braucht es eine Stärkung und Weiterentwicklung geschlechterreflektierender Ansätze. Ohne eine Analyse und Kritik der gesellschaftlichen Bedingungen ist Phänomenen wie Antifeminismus und Sexismus oder männlichem Überlegenheitsdenken im Rechtsextremismus nicht adäquat zu begegnen. Diese Mechanismen sind in Methoden der männlichkeitskritischen Jungenarbeit, in starker Mädchenarbeit und in der geschlechterreflektierenden Rechtsextremismusprävention zu berücksichtigen.

Intersektionalen Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit produktiv voranbringen

In der Lebenswirklichkeit vieler Menschen „kreuzen“ oder verknoten sich soziale Kategorien wie Geschlecht, ethnische oder soziale Herkunft oder körperliche Befähigung. Es ist wichtig, diese Verschränkungen anzuerkennen und einzubeziehen. Es gibt zahlreiche Ansätze, Konzepte und Methoden, die unter dem Label der Intersektionalität auf die Analyse und Bekämpfung von Unterdrückungsformen hinwirken.

Last but not least gilt es, sich selbstbewusst die Tatsache klarzumachen, dass eine Zunahme von Antifeminismus auch ein Indikator von erfolgreicher Gleichstellungsarbeit ist. ●

»Das Lagebild Antifeminismus zeigt das bundesweite Ausmaß antifeministischer Vorfälle.«

Expert*innen über Antifeminismus – Stimmen zum Start der Meldestelle Antifeminismus:



„ Antifeminismus hat im Moment enorm Konjunktur und Mobilisierungspotential. Trotzdem wird die Bedeutung von Geschlecht als zentrales Element in (extrem) rechten Ideologien weiterhin unterschätzt. Mit einer Meldestelle ist ein erster Schritt getan, das Ausmaß des Problems sichtbar zu machen. **“**

Ulla Wittenzellner
Düsseln – Institut für Bildung und Forschung e.V.

Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken

antifeminismus-melden.de

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

„ „Antifeminismus ist kein Randproblem. Es ist Querschnittsthema vieler demokratiegefährdender Phänomene. Wir brauchen Zahlen, damit Gegenargumente leichter fallen – egal, ob in der Kneipe oder im Plenum.“ **“**

Sandra Ho
Gundo Werner Institut

Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken

antifeminismus-melden.de

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

„ Antifeminismus ist demokratiegefährdend. Angriffe auf Personen werden bislang kaum als strukturelles Problem wahr- und ernst genommen. Die Meldestelle wird dieses Problem in den Fokus rücken.“ **“**

Henning von Barga
Gundo Werner Institut

Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken

antifeminismus-melden.de

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

„ Einsatz gegen Gewalt an Frauen heißt auch antifeministische und frauenfeindliche Ideologie sowie deren Auswirkungen zu benennen und sichtbar zu machen. Wir freuen uns, die Meldestelle Antifeminismus dabei jetzt an unserer Seite zu wissen. **“**

Katharina Göpner
Geschäftsführerin Vfb Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe

Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken

antifeminismus-melden.de

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Ein bundesweites Monitoring antifeministischer Vorfälle, wie es durch die Meldestelle möglich wird, liefert Einblicke in aktuelle Entwicklungen und Bedarfe und kann so einen wichtigen Beitrag zu der regionalen Arbeit im Themenfeld Antifeminismus leisten.

„ Len Schmid | Julia Haas
Schwerpunkt Antifeminismus bei der Fachstelle mobilität | Projekt Spotlight – Antifeminismus erkennen und begegnen **“**

Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken

antifeminismus-melden.de

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Gleichstellung wird politisch immer wieder in Frage gestellt. Dass dahinter antifeministische Netzwerke stecken, muss sichtbar gemacht werden.

Daher meldet eure Fälle an die Meldestelle Antifeminismus!

„ Juliane Fischer-Rosendahl
Bundessprecherin Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsteilung (BAG) **“**

Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken

antifeminismus-melden.de

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

„
Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer, queer- und transfeindlicher Gewalt werden immer wieder auch aus antifeministischen Motiven heraus angegriffen. Dafür braucht es mehr Aufmerksamkeit.

Die Meldestelle Antifeminismus setzt hier an. ➤

“
Antje Arndt
Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG)

antifeminismus-melden.de AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Antifeminismus begegnen - Demokratie stärken

„
Antifeministische Akteur*innen bauen auf Trans*feindlichkeit als politisches Mittel.

Die Meldestelle wird das immense Ausmaß trans*feindlicher Rhetorik und Angriffe und deren Auswirkungen auf queere Communities sichtbar machen. ➤

“
Gabriel_Nox Koenig
Bundesverband Trans*

antifeminismus-melden.de AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Antifeminismus begegnen - Demokratie stärken

Angriffe auf die Geschlechterforschung sind antifeministisch und gefährden vor allem Nachwuchs-wissenschaftler*innen. Die Meldestelle Antifeminismus bietet neben einem systematischen Monitoring auch Unterstützungsstrukturen. ➤

“
Prof. Dr. Esther Lehnert
Alice Salomon Hochschule Berlin

antifeminismus-melden.de AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Antifeminismus begegnen - Demokratie stärken

Antifeminismus und zunehmende queerfeindliche Gewalt hängen zusammen - wir müssen uns klar gegen beides stellen.

Die Meldestelle Antifeminismus macht das Thema sichtbar und bietet konkrete Unterstützung an. ➤

“
Alva Träbert
Bundesvorstand Lesben- und Schwulverband in Deutschland (LSVD)

antifeminismus-melden.de AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Antifeminismus begegnen - Demokratie stärken

Antifeminismus betrifft viele Menschen und kommt selten allein daher. Er findet in Verbindung mit rassistischen Vorfällen statt, richtet sich gegen LGBTIQ*-Personen und gegen Frauen, die in der Öffentlichkeit stehen.

“
Kati Becker
Berliner Register

antifeminismus-melden.de AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Antifeminismus begegnen - Demokratie stärken

„
In unserer Arbeit ist Antifeminismus immer wieder Thema, sowohl direkt als auch unausgesprochen als Teil rechter Ideologie.

Die Meldestelle ist wichtig, um das Phänomen in all seinen Facetten sichtbar zu machen und gleichzeitig auf Beratungsstrukturen hinzuweisen. ➤

“
Arbeitsgruppe Antifeminismus
Bundesverband Mobile Beratung e.V.

antifeminismus-melden.de AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Antifeminismus begegnen - Demokratie stärken

Zum Projekt

Das Projekt „Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken“ ist ein Kooperationsprojekt der Amadeu Antonio Stiftung, des Gunda-Werner-Instituts in der Heinrich-Böll-Stiftung und des Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V. Es stärkt und qualifiziert potentielle Zielgruppen durch Informations-, Fortbildungs- und Vernetzungsangebote für die Auseinandersetzung und den Umgang mit Antifeminismus. Damit unterstützt das Projekt über seinen Themenschwerpunkt hinaus proaktive Demokratieförderung und nachhaltige Präventionsarbeit und stärkt die Resilienz der Zivilgesellschaft gegen menschenfeindliche Ideologien.

Informationen zum Projekt, aktuelle Veröffentlichungen und Veranstaltungen, Möglichkeit der Anmeldung für den Newsletter und den Netzwerkverteiler unter:

[www. antifeminismus-begegnen.de/de](http://www.antifeminismus-begegnen.de/de)

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
GUNDA WERNER INSTITUT
Feminismus und Geschlechterdemokratie

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**

 **Institut für Bildung
und Forschung**
dissens

Die Antifeminismus begegnen-Mediathek

nimmt an einem Ort gesammelt On- und Offline-Medien auf, die sich kritisch mit Antifeminismus auseinandersetzen:

www.antifeminismus-begegnen-mediathek.de/de



Erfahrungen teilen. Antifeminismus sichtbar machen. bei der „Meldestelle Antifeminismus“:



Kontakt:

antifeminismus@amadeu-antonio-stiftung.de

Weitere Informationen:

www.antifeminismus-melden.de

Die „Meldestelle Antifeminismus“ ist ein Projekt der Fachstelle Gender, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Novalisstraße 12, 10115 Berlin

fachstelle@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/fachstelle-gender-und-rechtsextremismus

FACHSTELLE
GENDER GMF UND
RECHTSEXTREMISMUS

Quellen und Fußnoten

- 1 Vgl. Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript Verlag.
- 2 Vgl. Dohm, Hedwig (1902/2010): Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung. Berlin: Books on Demand Contumax (Sammlung Zenodot).
- 3 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2022, Alles Einzelfälle?
- 4 Die Begriffe Femizid und Feminizid werden oft synonym verwendet, haben aber nicht die gleiche Bedeutung. Der Femizid oder auch Intim-Femizid benennt die Tötung von Frauen durch Männer, denen sie nahestanden. Der Begriff Feminizide betrachtet hingegen die Rolle staatlicher Institutionen und Akteure in der Bekämpfung von Tötungen an Frauen und die staatlicherseits getroffenen Maßnahmen, um Tötungen zu verhindern. Siehe: bff Frauen gegen Gewalt e.V. (o.J.), <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/infotek/toetung-von-frauen-femizid/merkmale-und-tatsachen.html> (abgerufen am 06.02.2024).
- 5 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2022, Alles Einzelfälle?
- 6 Vgl. Henninger, Annette (2020): Antifeminismen. „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltem Potenzial? In: Annette Henninger/Ursula Birls (Hrsg.): Antifeminismen. „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltem Potenzial? Bielefeld: transcript Verlag, S. 9-42.
- 7 Vgl. ebd.
- 8 Vgl. Berliner Register zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin (2022): Jahresbericht 2021, <https://www.berliner-register.de/documents/231/2022-Registerbroschue2021-web.pdf> (abgerufen am 06.02.2024).
- 9 Vgl. Rahner, Judith (2018): Antifeminismus als Demokratiegefährdung? Gleichstellung in Zeiten eines erstarkenden Rechtspopulismus. In: Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG)/ Amadeu Antonio Stiftung 2018, S. 6-9.
- 10 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2021, Frauenhassende Online-Subkulturen.
- 11 Vgl. Birls, Ursula (2020): Paradoxien und Aporien des Antifeminismus. Eine demokratietheoretische Einordnung. In: Henninger/Birls 2020, S. 43-58, 50 ff.
- 12 Vgl. Lang, Juliane (2017): Feindbild Feminismus. Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In: Stephan Grigat (Hrsg.): AfD & FPÖ: Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos, S. 61-78.
- 13 Vgl. Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2015): „Eine Frage an und für unsere Zeit“. Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse. In: Hark/Villa 2015, S. 15-40, 18 ff.
- 14 Belltower.News (2023): Lexikon: Männerrechtler, <https://www.belltower.news/lexikon/maennerrechtler> (abgerufen am 09.02.2024).
- 15 Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna/Höcker, Charlotte/Decker, Oliver (2022). Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Decker/Kiess/Heller/Brähler 2022, S. 245-270, 245 ff.
- 16 Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG)/ Amadeu Antonio Stiftung 2018.
- 17 Vgl. Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2021): Bekämpfung von geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichteten Straftaten. Stuttgart. Online: https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschlusse/20211201-03/anlagen-zu-top-11.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- 18 Vgl. ZEIT ONLINE, dpa (13.07.2023): Zwei Menschen bei transfeindlichen Angriffen in Berlin verletzt, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-07/transfeindliche-gewalt-berlin-angriff-transperson>
- 19 Vgl. Bundesministeriums des Innern und für Heimat, Bundeskriminalamt (2023): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022, https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/2022PMKFallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=3, S. 12-13.
- 20 ORR Dr. Felix Breyer (2020): Bunt in der Bundeswehr? Ein Barometer zur Vielfalt. Hrsg. vom Streitkräfteamt, Abteilung Personelle Grundsatzerfordernungen. Bonn. Online: <https://fragdenstaat.de/dokumente/238383-studie-bunt-in-der-bundeswehr-ein-barometer-zur-vielfalt>
- 21 Vgl. tagesschau.de (14.03.2023): Keine bunte Truppe, <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/vollbild-bundeswehr-sexismus-erniedrigung-101.html>
- 22 Vgl. Kreiszeitung (28.06.2023): Prozess in Bremen um Totschlag: Eine lange Liste von Verurteilungen, <https://www.kreiszeitung.de/lokales/bremen/bremen-prozess-um-totschlag-eine-lange-liste-von-verurteilungen-92370331.html> und keine-randnotiz.de (11.04.2023): Rassistisches Ablenkungsmanöver in Strafprozess, <https://www.keine-randnotiz.de/suche>
- 23 Bundesministeriums des Innern und für Heimat (22.04.2023): Übersicht „Hasskriminalität“: Entwicklung der Fallzahlen 2001 – 2022. Online: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/05/pmk2022-ueber-hasskriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- 24 Vgl. Deutscher Frauenrat 2020.
- 25 Lang, Juliane/Peters, Ulrich (2015): Antifeminismus in Bewegung. Marta Press.
- 26 Sächsische.de (23.03.2023): Büro von Bundestagsabgeordneter in Aue beschmiert, <https://www.saechsische.de/politik/parteien/die-linke/buero-von-bundestagsabgeordneter-in-aue-beschmiert-linke-5837619.html>
- 27 Beck, Dorothee (2023): Wie geschlechtsbasierte Gewalt und andere Hassattacken gegen Politiker*innen zusammenhängen. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft 2023, Online-Ausgabe, S. 222-235.
- 28 Vgl. Lukoschat, Helga/Köcher, Renate (2021): Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen. Eine empirische Untersuchung mit Handlungsempfehlungen an die Parteien. Berlin: Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V., S. 53.
- 29 Vgl. Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (28.10.2020): Forderung nach Umfrage. Mehr Frauen in Deutschlands Rathäuser. Online: <https://kommunal.de/mehr-Buergermeisterinnen-EAF>
- 30 Vgl. Beck 2023, S. 228.
- 31 Vgl. Lukoschat/Köcher 2021, S. 53.
- 32 Vgl. Decker/Kiess/Heller/Brähler 2022, S. 253.
- 33 Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG)/ Amadeu Antonio Stiftung 2018.
- 34 Vgl. Kalkstein/Pickel/Niendorf/Höcker/Decker 2022, S. 245.
- 35 Amadeu Antonio Stiftung 2021, Frauenhassende Online-Subkulturen.
- 36 Siehe: Human Rights Channel des Council of Europe, <https://human-rights-channel.coe.int/stop-sexism-en.html>
- 37 Vgl. journalist (03.05.2023): „Ganz normale“ Morddrohungen und Vergewaltigungsfantasien, <https://www.journalist.de/startseite/detail/article/ganz-normale-morddrohungen-und-vergewaltigungsfantasien>
- 38 Diehl, Charlotte (04.10.2017): „Sexismus ist ein Werkzeug, mit dem Männer ihre Macht sichern“. In: ZEIT ONLINE, www.zeit.de/arbeit/2017-10/sexuelle-belaestigung-arbeitsplatz-sexismus-charlotte-diehl (abgerufen am 10.01.2021)
- 39 McLaughlin, H./Uggen, C./Blackstone, A. (2017): The Economic and Career Effects of Sexual Harassment on Working Women. Gender & Society, 31(3), S. 333-358. Online: <https://doi.org/10.1177/0891243217704631>
- 40 Vgl. Ainsworth, Claire (18.02.2015): Sex redefined. Nature 518, S. 288-291. Online: <https://doi.org/10.1038/518288a>
- 41 Queer.de (25.01.2024): Brandanschlag auf Homosexuellen-Mahnmal – Prozess gegen 63-Jährigen, https://www.queer.de/detail.php?article_id=48240
- 42 Human Rights Channel des Council of Europe, <https://human-rights-channel.coe.int/stop-sexism-en.html>
- 43 Plan International Deutschland e.V. (2020): Free to be online? Erfahrungen von Mädchen und jungen Frauen mit digitaler Gewalt. Hamburg. Online: <https://www.plan.de/free-to-be-online.html?sc=IDQ24100>
- 44 Deutscher Frauenrat 2020, S. 19.
- 45 Vgl. Commissioner for Human Rights (2024): Protecting the human rights of sex workers. Online: <https://www.coe.int/en/web/commissioner/-/protecting-the-human-rights-of-sex-workers>
- 46 Haschnik, Gregor. 2022. Attentäter von Hanau bedrohte Sexarbeiterin: Einsatz der Polizei wirft Fragen auf. <https://www.fr.de/rhein-main/main-kinzig-kreis/hanau-ort66348/attentaeter-von-hanau-bedrohte-sexarbeiterin-kritik-an-polizeiinsatz-in-bayern-91492818.html> Belltower News (2021): Acht Tote nach rassistischem und frauenfeindlichem Anschlag. Online: <https://www.belltower.news/atlanta-acht-tote-nach-rassistischem-und-frauenfeindlichem-an-schlag-113289/>
- 47 Kemper, Andreas (2012): [r]echte Kerle – Zur Kumpanei der MännerRECHTSbewegung. Unrast transparent.
- 48 Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2012): Die antifeministische Männerrechtsbewegung – Denkweisen, Netzwerke und Onlinemobilisierung. Band 8 der Schriften des Gunda-Werner-Instituts. Online: https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/antifeministische_maennerrechtsbewegung.pdf
- 49 Decker/Kiess/Heller/Brähler 2022, S. 253.
- 50 Ebd.
- 51 Der Gründer dieser Plattform ist bereits wegen Beleidigungen des Gerichts verurteilt worden und darf zudem seine von ihm getrennt lebenden Kinder nur in Begleitung von Mitarbeiter*innen des Kinderschutzbunds treffen (Schwäbische Zeitung (27.11.2021): Schmutziger Kampf um die eigenen Kinder. Online: <https://www.pressreader.com/germany/schwaebische-zeitung-ehingen/20211127/282063395238250>).
- 52 Vgl. Keller, Gabriela (19.09.2023): Väterrechtler auf dem Vormarsch, <https://correctiv.org/aktuelles/haeusliche-gewalt/2023/09/19/die-netzwerke-der-vaeterrechtler>

- 53 <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/antworten-auf-vorwurfe-gegen-meldestelle-antifeminismus-95701>
- 54 RedaktionsNetzwerk Deutschland (30.07.2023): FDP-Politikerin Preisler: „Jemand hat mir einen Strick ins Haus liefern lassen“, <https://www.rnd.de/politik/fdp-politikerin-karoline-preisler-erhaelt-strick-per-post-anzeige-erstattet-DVQEXM46IRH2ZM2MCKKA2UONYA.html>
- 55 Belltower.News (12.03.2019): Mit Genderstern in den Weltuntergang, <https://www.belltower.news/verein-deutsche-sprache-mit-genderstern-in-den-weltuntergang-82301>
- 56 Gamification bezeichnet den Einsatz spielerischer Elemente in Kontexten, die nicht mit Spielen in Verbindung stehen. (Laura Basten (28.03.2022) in: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/kultur/digitale-spiele/504558/gamification-grundbegriffe-chancen-und-risiken>)
- 57 Vgl. Reach3 Insights (o.J.): The Future of Gaming is Her, <https://www.reach3insightstop3.com/women-in-gaming/?submissionGuid=daa2bb31-56b0-4bac-947c-8ce777cfcbda>
- 58 Vgl. PinkNews (25.7.2021): Being a female gamer means facing violent abuse. These women have had enough, <https://www.thepinknews.com/2021/07/25/twitch-female-gamers-abuse-psyche>
- 59 Anti-Defamation League (12.06.2022): Hate Is No Game: Hate and Harassment in Online Games 2022, <https://www.adl.org/resources/report/hate-no-game-hate-and-harassment-online-games-2022>
- 60 Vgl. GLAAD: The State of LGBTQ Inclusion in Video Games, <https://glaad.org/glaad-gaming/2024/>
- 61 Siehe: Belltower.News (23.02.2023): Zwischen Transfeindlichkeit, Antisemitismus und rechten Entwicklern, <https://www.belltower.news/hogwarts-legacy-zwischen-transfeindlichkeit-antisemitismus-und-rechten-entwicklern-146533>
- 62 Meiering, David/Drizi, Aziz/Foroutan, Naika (2018): Brückennarrative – Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen. (Mit Simon Teune, Esther Lehnert, Marwan Abou-Taam.) In: PRIF Report 7/2018. Frankfurt: PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung.
- 63 Siehe auch: „Feminismus regiert die Welt“: <https://gegen-antifeminismus.de/feminismus-regiert-die-welt/>
- 64 Siehe auch: „Hilfe, die „Gender-Ideologie“ macht Kinder homosexuell und trans: <https://gegen-antifeminismus.de/hilfe-die-gender-ideologie-macht-kinder-homosexuell-und-trans/>
- 65 Ewert, Felicia/Marschner, Noah (2023): Podiumsgespräch „Transfeindlichkeit als antifeministische Strategie“. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft 2023, S. 150-159.
- 66 Sächsischer Landtag (31.05.2023): Antrag der Fraktion AfD „Vorsicht! Genderwahn im Stundenplan – Klares NEIN zur rot-grünen Ideologie in Kinderköpfen“. Drs. 7/13020. Online: <https://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/sitzungskalender/sitzung/1940>.
- 67 Vgl. polit-X (11.05.2023): AfD startet Kampagne: Genderwahn raus aus dem Stundenplan! Online: <https://polit-x.de/en/documents/16965408/germany/federal-states/saxony/political-groups/afd-fraktion/pressemitteilung-2023-05-11-afd-startet-kampagne-genderwahn-raus-aus-dem-stundenplan>
- 68 RAA Sachsen e. V. (30.03. 2023): Rechtsmotivierte, rassistische und antisemitische Gewalt in Sachsen 2022. Online: <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik/statistiken/rechtsmotivierte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-sachsen-2022-6968>
- 69 Rafael, Simone (2020): Kinderschutz propagieren, aber Kinder als Schutzschilde benutzen. In: Belltower.News, <https://www.belltower.news/querdenken-narrative-kinderschutz-propagieren-aber-kinder-als-schutzschilde-benutzen-103489>
- 70 Schmincke, Imke (31.05.2016): „Besorgte Eltern“ und „Demo für alle“ – das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzungen. Input des Panels zur „Gegner*innenaufklärung – Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus“ des Gunda-Werner-Instituts. Online: https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/07/input_besorgte_eltern_schmincke.pdf
- 71 Vgl. Blom, Ida/Hall, Catherine/Hagemann, Karen (Hrsg.) (2000): Gendered Nations: Nationalisms and Gender Order in the Long Nineteenth Century. 1. Publ. Oxford: Berg.
- 72 Siehe: Freund-Möller, Cynthia (2023): Das überdauernde Narrativ der Hüterin der Volksgemeinschaft – rechte Frauen und nationaler Feminismus damals und heute. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft 2023, Druck-Ausgabe, S. 48-61.
- 73 Siehe: Haas, Julia (2020): „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen. Hamburg: Substanz Verlag; Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.) (2017): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen „Identitären“, Hamburg: Marta Press; Antifaschistisches Frauennetzwerk/Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.) (2005): Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten. Münster: Unrast Verlag.
- 74 Siehe: Küpper, Beate/Mokros, Nico/Zick, Andreas (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- 75 Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2016): Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Verlag Barbara Budrich.
- 76 Siehe: Freund-Möller 2023, S.57 f.
- 77 Siehe: Strick, Simon (2021): Rechte Gefühle. Affekte und Strategien des digitalen Faschismus. Bielefeld: transcript Verlag.
- 78 Siehe: Jäger, Margarete/Kroppenburg, Max/Nothardt, Benno/Wamper, Regina (2019): #120Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream. (FGW-Studie Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie, 2). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). Online: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-68584-6>
- 79 Siehe: Belltower.News (14.12.2022): Antifeminismus statt „Frauenrechtlerinnen“, <https://www.belltower.news/feminismus-von-rechts-144183>
- 80 Siehe: Laumann, Vivien (2014): Von ‚Gender-Terroristen‘ und ‚Homosexualisierung‘ – Rechtsextreme Geschlechterideologie am Beispiel der Thüringer Initiative Free Gender. In: Berliner Debatte Initial, Jg. 25, Heft 1/2014, S. 33.
- 81 Siehe: Lochau, Lea/Schleyer, Victoria (2024, im Druck): „Féminisme identitaire“. Begriffspiraterie, Instrumentalisierung und Aneignung von „Feminismus“. In: Amadeu Antonio Stiftung 2024.
- 82 Femonationalismus ist die Verbindung zwischen einer nationalistischen Ideologie und einigen feministischen Ideen, insbesondere, wenn letztere von rassistischen Motiven getragen werden. Siehe: Farris, Sara (2011): Die politische Ökonomie des Femonationalismus. Feministische Studien 2011, Heft: 2 Band: 29, S. 321-334.
- 83 Siehe: MDR (06.02.2023): Zehn Jahre AfD: Wie die Partei durch Social Media erfolgreich wurde. Online: <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/recap-afd-social-media-tiktok-erfolg-ostdeutschland-102.html> (abgerufen am 23.01.2024).
- 84 Siehe: Amadeu Antonio Stiftung 2024.

Anlaufstellen: Beratung und Vernetzung

Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG): www.gleichberechtigt.org

Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff): www.frauen-gegen-gewalt.de/de/aktuelles.html

Deutscher Frauenrat: www.frauenrat.de

Frauenhauskoordinierung e.V.: www.frauenhauskoordinierung.de

Bundesverband Mobile Beratung (BMB):
www.bundesverband-mobile-beratung.de

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG): www.verband-brg.de

Bundesverband Trans* (BVT*):
www.bundesverband-trans.de/unsere-arbeit/beratungsarbeit

Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter (bufas): www.bufas.net

Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD):
www.lsvd.de/de/home

Bundesverband Queere Bildung e.V.: www.queere-bildung.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchen*politik (BAG M*):
www.maedchenpolitik.de

Fachstelle mobirex Monitoring | Bildung | Information -
Fachbereich Antifeminismus:
www.lago-bw.de/fachstelle-mobirex.html

Spotlight – Antifeminismus erkennen
und begegnen: www.wuppertaler-initiative.de/spotlight

Ressourcen und Literaturempfehlungen

Veröffentlichungen der Amadeu Antonio Stiftung

Antifeministische Behauptungen – erkennen und widerlegen: www.gegen-antifeminismus.de

Geschlecht und Rechtsextremismus. Analysen zu „echten Männern“ und extrem rechten Frauen. Berlin 2024 (im Druck).

Gender matters. Geschlechterreflektierende Ansätze gegen Rechtsextremismus. Berlin 2023. Online: www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/gender-matters

Alles Einzelfälle? Misogynie und sexistisch motivierte Gewalt von rechts. Berlin 2022. Online: www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/alles-einzelfaelle

Frauenhassende Online-Subkulturen. Ideologien – Strategien – Handlungsempfehlungen. Berlin 2021. Online: www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/frauenhassende-online-subkulturen-ideologien-strategien-handlungsempfehlungen

Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG)/Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2018): Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus. Berlin. Online: www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/antifeminismus-als-demokratiegefaehrung

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.) (2023): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antifeminismus & Hasskriminalität, Band 13. Jena. Online: www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/antifeminismus-hasskriminalitaet

Weitere Literatur

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Yline/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus-Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag. Online: www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf

Deutscher Frauenrat (2020): Auswirkungen von Antifeminismus auf Frauenverbände. Demokratie-Empowerment als Gegenstrategie. Berlin. Online: www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/auswirkungen-von-antifeminismus-auf-frauenverbaende

Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen an der Universität Leipzig (2023): Antifeminismus und Queerfeindlichkeit in der sächsischen Telegram-Szene. EFBI Digital Report 2023-3. Leipzig. Online: www.efbi.de/details/antifeminismus-und-queerfeindlichkeit-in-der-saechsischen-telegram-szene.html

Beck, Dorothee/Gesterkamp, Thomas/Kemper, Andreas/Stiegler, Barbara/von Barga, Henning (2021): Antifeminismus auf dem Weg durch die Institutionen. Strategien und maskulistische Netzwerke. Berlin. Online: www.gwi-boell.de/de/2021/10/04/antifeminismus-auf-dem-weg-durch-die-institutionen

Erfahrungen teilen. Antifeminismus sichtbar machen.

Mit Ihrer Hilfe machen wir antifeministische
Zustände sichtbar und setzen uns für
Geschlechtergerechtigkeit und Selbst-
bestimmung ein.

Werden Sie aktiv gegen Antifeminismus!

Unser Ziel ist eine Welt ohne Hass – ob aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe, Geschlecht(sidentität) oder Religion. Eine Welt ohne Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und andere Formen von Diskriminierung und Gewalt. Eine Welt ohne Nazis und Rechtsextreme jeglicher Couleur. Und vor allem: eine Welt der Gleichwertigkeit und Demokratie – ohne Wenn und Aber.

Das ist kein einfaches Ziel. Aber ein wichtiges. Deshalb arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung auf mehreren Ebenen, damit aus dieser Vision Realität wird. Die Arbeit der Stiftung fällt in fünf Bereiche, die einander ergänzen: Unterstützung von Betroffenen, Projektförderung, Forschung, Information und Campaigning.

WAS WIR TUN

- Wir unterstützen Betroffene antisemitischer, rassistischer, antifeministischer und rechter Gewalt finanziell – etwa mit dem Opferfonds CURA oder dem SHEROES Fund.
- Wir fördern bundesweit Projekte, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft einsetzen. Besonders im ländlichen Raum.

- Wir forschen und monitoren zu den Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus. Fachwissen, das in Studien, Broschüren und konkreten Forderungen einfließt.
- Wir sorgen dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben: durch Pressearbeit, Social Media oder Artikel auf Belltower.News, der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Aber auch durch konkrete pädagogische Arbeit und (Fort-)Bildung für Multiplikator*innen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Perspektiven von Betroffenen rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt oben auf der Agenda bleiben – ob auf der Straße oder im Bundestag.

WAS SIE TUN KÖNNEN

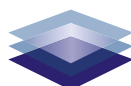
Es beginnt mit Ihrer Spende. Denn Spenden sind ein essentieller Bestandteil unserer Finanzierung. Jede Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit unserer Arbeit. Damit wir uns weiterhin gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus engagieren können. Zusammen. Seien Sie dabei. www.amadeu-antonio-stiftung.de/spenden-und-stiften



Bundesverband
Deutscher
Stiftungen



Anerkannter
Bildungsträger



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.



Der Stiftung folgen

- 🌐 www.amadeu-antonio-stiftung.de
- ✖ twitter.com/AmadeuAntonio
- 📘 facebook.com/AmadeuAntonioStiftung
- 📷 instagram/amadeuantoniofoundation
- 🎵 tiktok.com/@amadeuantoniofoundation
- 📺 youtube.com/c/AmadeuAntonioStiftung
- 🌐 linkedin.com/company/amadeu-antonio-stiftung

Kaum ein anderes gesellschaftspolitisches Feld wird derart massiv, aber gleichzeitig unbemerkt angegriffen wie die Gleichstellungs-, Geschlechter- und Familienpolitik. Das *Lagebild Antifeminismus* berichtet über das Ausmaß und die Qualität menschenfeindlicher Angriffe gegen Frauen und feministisch Engagierte. In einer umfassenden Analyse zeigt es, wie sich *Antifeminismus* von frauenfeindlichen Meinungsäußerungen und Sexismus unterscheidet und beleuchtet die Strategien, vielfältigen Erscheinungsformen und Wirkungen der antifeministischen Bewegung.

